

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Rückmeldung

In diesen Wochen haben sich Schreier aller Fraktionen in Lobeshymnen auf einen ostdeutschen Streik überschlagen. Sie nannten ihn ein Heldenepos, auf das man noch heute stolz sei. Dieser Streik – keineswegs landesweit befolgt und nur von kurzer Dauer – hatte vor 50 Jahren in Betrieben der DDR stattgefunden und war schon in der Stunde seines Beginns von den schlimmsten Feinden der Arbeiterklasse unterlaufen und umgeleitet worden. Sie wollten aus dem Protest Unzufriedener einen „Volksaufstand“ gegen den Sozialismus machen. Die heruntergerissene und abgefackelte rote Fahne war ihr eigentliches Angriffsziel.

Genau 50 Jahre nach dem zum Nationalfeiertag der BRD aufgeputzten 17. Juni streikten in Ostdeutschland wiederum Arbeiter: Stahlwerker, Metalller, Beschäftigte von Firmen der Elektroindustrie. Es war kein Gedenkausstand für die „Helden“ von damals, sondern ein Aufschrei der Empörung gegen die Vorenthaltung „eines Stücks Gerechtigkeit“. Tausende gingen auf die Straße, um drei Stunden, die ihnen bei ohnehin ungleicher Entlohnung wöchentlich mehr abverlangt werden als ihren Kollegen in gleichartigen Betrieben Westdeutschlands. 13 Jahre nach der Annexion der DDR durch die BRD hält die Diskriminierung an. Die Aktion der Arbeiter, die diesmal gegen die Richtigen streikten, wurde von den Medien entweder totgeschwiegen oder mit Haß und Hohn überschüttet. Während sich das linksbürgerliche und PDS-nahe ND vornehm „heraus hielt“ und nach einer halbseitigen Annonce des Unternehmerverbandes für die 38-Stunden-Woche tags darauf auch eine Anzeige mit der 35-Stunden-Forderung der Gewerkschaft druckte, ereiferte sich Kommentator Unger am 2. Juni im RBB: „Der Streik ist so überflüssig wie ein schmelzendes Schokoladeneis!“ Ausgestreut wurde die Parole, eine Minderheit von IG-Metall-Mitgliedern zwingt die Arbeiter zum Streik. „Aufmarsch der Papiertiger“ titelte „Der Spiegel“. „Experten halten den Konflikt für ebenso absurd wie gefährlich“, hieß es dort. „Ein häßlicher Streik mitten in der tiefsten Wirtschaftskrise und noch dazu im ökonomisch dahindümpelnden Osten?“, fragte das Nachrichtenmagazin provokatorisch. Wolfgang Clement, der SPD-Minister für Koordinierung der Interessen des deutschen Kapitals, nannte den Tarifkampf ein Ereignis „jenseits des Vorstellungsvermögens“. Auch IG-Metall-Chef Klaus Witzel blies in dasselbe Horn: „Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung“ habe „angesichts des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes zur Zeit keine Chance.“ Entsprechend

stimmte er die Stahl-Verhandlungsführer ein. Das Ergebnis war ein fauler Kompromiß: „Reduzierung der Arbeitszeit in drei Etappen“, beginnend 2005 (!). Besonders dreist argumentierte Metallunternehmer-Boß Kannegießer. Den Betrieben „in den neuen Ländern“ solle „ein wichtiger Standortvorteil“ genommen werden, der in der verlängerten Arbeitszeit bestehe. Gift und Galle schlug also den Streikenden entgegen, die sich gleichzeitig die Jubelreden zum 17. Juni anhören mußten.

Mit ihrem Streik gegen Diskriminierung und Extraausbeutung haben sich die ostdeutschen Arbeiter nach Jahren einer schmerzlichen „Auszeit“ endlich zurückgemeldet. Sie taten es noch nicht in der Zahl und mit dem Kampfgeist, die notwendig sein werden, um ihren Klassenfeinden größeren Respekt abzuverlangen. Doch die Annahme, die durch unendlich viele Betriebsschließungen und die Stilllegung der meisten großen Werke, durch die Entlassung Hunderttausender Frauen und des größten Teils politisch bewußter Kollegen bei gleichzeitigem Handverlesen fügsamer Belegschaften erfolgte Schwächung des Potentials der DDR-Arbeiterklasse hätte diese auf alle Zeiten zur Ohnmacht verurteilt, dürfte trügerisch sein.

1989/90 hatten Millionen Werktätige – unter dem ideologischen Druck des Gegners und angesichts des Fehlens der Führung durch die Partei – entmutigt und demoralisiert aufgegeben. Sie opferten kampfflos ihre sozialistischen Errungenschaften. Nicht wenige wechselten die Seiten. Inzwischen ist vielen klar geworden, daß das ein schwerer Fehler war. Ganz allmählich baut sich Klassenbewußtsein wieder auf. Auch wenn manche Theoretiker nur noch von der „Klasse der lohnabhängig Beschäftigten“ sprechen – es gibt sie noch: die Arbeiterklasse, für deren Triumph und Erfolg Kommunisten und Sozialisten immer gekämpft haben. Sicher bedarf es bei ihrer Darstellung neuer Präzisierungen und Standortbestimmungen. Doch unsere Sache hört deshalb nicht auf, dem internationalen Proletariat und seinem endgültigen Sieg gewidmet zu sein.

Die Tatsache, daß 50 Jahre nach dem 17. Juni nicht weniger als 79 % der gewerkschaftlich organisierten ostdeutschen Metall- und Elektroarbeiter, 83 % der Stahlwerker für einen großen Streik gegen die Unternehmer gestimmt haben, ist ein erstes ermutigendes Signal.

Klaus Steiniger



INHALT

Nähe zu unseren 11 Forderungen: Ostdeutsches Memorandum 2003	S. 2
Nach dem UZ-Pressesfest	S. 2
Vor 30 Jahren starb Walter Ulbricht	S. 3
PDS: Aus für Gera	S. 4
DDR: Oberschule für alle	S. 5
Strucks Interventionsarmee	S. 6
Die Schlacht im Kursker Bogen	S. 7
Schweigen unter der Folter	S. 8
Die Thälmann-Schmäher	S. 9
Anschlag auf Ziegenhals	S. 9
Warum Schröder beim Sozialmord logisch vorgeht	S. 10
Weil du arm bist, mußt du früher sterben	S. 10
Dresdner Totalitaristen	S. 11
Trojanische Pferde	S. 12
Als Bauer in der DDR (Schluß)	S. 13
150-Prozent-Normerfüllung als Norm?	S. 14
Stempelaufdruck „ausgemerzt“	S. 14
Zum Beispiel Piefke	S. 15
St. Petersburger Straßenkinder	S. 15
„RotFuchs“-Familie wächst weiter	S. 16
Die „Bredels“ aus Hamburg	S. 16
Wen darf man mit wem vergleichen?	S. 17
„Schämen Sie sich, Mr. Bush!“	S. 18
Wer sprengte das WTC?	S. 19
Song vom Kreuzzug	S. 20
Havanna signalisiert Gefahr	S. 21
Chinas Autonomes Gebiet Xinjiang	S. 22
Südafrikas unvergessener Sisulu	S. 23
Zum Tode Meir Vilners	S. 23
Palästinas PPP im Fadenkreuz	S. 23
Wahlerfolg der KP Moldawiens	S. 23
Polen: Rassistischer Ungeist	S. 24
Fischen nach Silber und Seelen	S. 25
Rote Fahne auf der Schneekoppe	S. 26
Das Arbeiterlied	S. 27
¡ Presente!	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Termine & Anzeigen	S. 32

In unmittelbarer Nähe zu unseren „11 Forderungen“

Über das Ostdeutsche Memorandum 2003

„Heute ist Ostdeutschland die größte geschlossene Krisenregion der EU“, lautet einer der einleitenden Sätze des „Ostdeutschen Memorandums 2003“, das auf 70 Seiten die katastrophalen Ergebnisse der Vereinnahmung der DDR durch die BRD beschreibt. „... der machtpolitischen und wirtschaftlichen Kolonialisierung (wurde) die geistige Unterdrückung und Nivellierung zur Seite gestellt.“ Niemand in den politischen Machtzentralen des Landes könne heute sagen, wie sich die strukturelle Schwäche und das nachhinkende Wirtschaftswachstum Ostdeutschlands schnell in einen „selbsttragenden Aufschwung“ verwandeln ließen. Das im Auftrag des „Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden“ von 26 Wissenschaftlern und Politikern erarbeitete Dokument wurde kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Bemerkenswerte: Jedes Kapitel enthält eine Analyse der Situation und mündet in insgesamt 120 Vorschlägen und Forderungen zur Überwindung der Misere. „Wir überfordern damit nicht das soziale und politische System (der BRD) – und wenn es so wäre, müßte es geändert werden“ (S. 10). Damit bewegt sich das Memorandum in unmittelbarer Nähe der „11 programmatischen Forderungen von Kommunisten und Sozialisten für Ostdeutschland“, die der „RotFuchs“ im Dezember 2001 veröffentlicht hatte – allerdings mit deutlicher Bezugnahme auf die Erfahrungen, die die Ostdeutschen als Bürger der DDR gesammelt haben.

Die Postulate des Memorandums ergäben – zumindest für Ostdeutschland – eine echte Alternative zur Schröderschen „Reformpolitik“. Sie sind alles andere als umstürzlerisch, aber sie verdienen breite Unterstützung, weil sie den rasanten Sozialabbau bremsen und die gewachsene Macht des Großkapitals eindämmen könnten.

Was uns an den Positionen des Memorandums nicht gefällt, ist, daß sie alle gewissermaßen gleichberechtigt, gleichwertig nebeneinander stehen. In unseren „11 Forderungen“ wurden die Prioritäten – meinen wir – präziser herausgearbeitet. Für besonders wichtig und von übergeordneter Bedeutung halten wir z. B. das Verlangen, die Verantwortung der Unternehmen für den Erhalt und die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen durchzusetzen (S. 40). Denn nur mit mehr Beschäftigung kann die Abwanderung junger Familien von Ost nach West gestoppt, nur so könnte das Steuer- und Beitragsaufkommen verbessert werden usw. Entscheidend ist, daß der Adressat hier klar genannt wird. Denn für mehr Beschäftigung sind in der BRD in erster Linie die Unternehmen zuständig. Es wäre schon viel gewonnen, wenn die Herren Hundt und Rogowski gezwungen würden, in einem ihrer vielen öffentlichen Auftritte dazu Stellung zu nehmen statt gebetsmüh-



lenartig die Entlastung von Sozialabgaben zu fordern.

„Der Spiegel“ (Nr. 19) berichtete kürzlich, daß der Anteil der Gewerbe- und Körperschaftssteuer am Gesamtsteueraufkommen seit 1980 von 13,5 % auf 6,2 % gesunken sei, während sich die Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder verdoppelt hätten. Und H. Nick rechnete vor (ND vom 20. 12.), daß die Unternehmen, ebenfalls in diesem Zeitraum, Steuererleichterungen eingesackt hätten, die sich inzwischen zu einem jährlichen Betrag von 90 Mrd. Euro summieren. Es gibt also genug Geld, das man für Investitionen nutzen könnte. Trotzdem und trotz niedrigerer Löhne und längerer Arbeitszeit als im Westen ist der Osten heute weiter denn je von einer selbsttragenden Wirtschaft entfernt.

Wer diese unheilvolle Entwicklung bremsen, ja umkehren will, muß sich vor allem in der Öffentlichkeit bemerkbar machen. Er muß das Totschweigen sowohl der Probleme als auch der Lösungsansätze durch die Medien durchbrechen. Diese Überlegung veranlaßten den PDS-Bundesvorstand und das parteipolitisch unabhängige Kuratorium, dem auch der „RotFuchs“-Förderverein angehört, am 31. Mai gemeinsam zu einer Konferenz nach Dessau einzuladen. Die Beratung hätte Ausgangspunkt für außerparlamentarische Aktionen sein können – statt dessen wurden nur weitere Gesichtspunkte den Analysen des Memorandums hinzugefügt. Eine Teilnehmerin meinte: „Wir haben doch genug Ausarbeitungen und Papiere. Was tun wir, um endlich an die Menschen heranzukommen?“ Die Antwort

blieben sowohl das Hauptreferat von Gabi Zimmer als auch die meisten anderen Redebeiträge schuldig. Eine Ausnahme bildeten die Ausführungen des Vorsitzenden der GBM, Prof. Wolfgang Richter, und des Vorsitzenden des Arbeitslosenverbandes Dr. Klaus Grehn. An die PDS gewandt, meinte er unter dem Beifall der Anwesenden: Die Politik der Regierung hätte sich immer mehr zur Politik einer großen Koalition gewandelt, damit würde „die gesamte linke Seite frei – wer diese Chance nicht nutzt, hat nichts Besseres verdient, als in der Vergessenheit zu verschwinden“. Das Wort Klassenkampf kam auf der Konferenz nicht vor – aber ohne ihn wird auch die kleinste der 120 Forderungen Illusion bleiben.

**Frank Mühlefeldt
Dr. Hartwig Strohschein**

Die Redaktion möchte ein Versäumnis nachholen: Frank Mühlefeldt war auch der Interviewer des Renten-Gesprächs „Angst vor dem Alter?“ in Nr. 65 des RF.

Ein großartiges Fest...

Zurück vom DKP-Pressfest im Dortmunder Revierpark Wischlingen (es fand allerdings wieder nicht im Osten statt), konstatieren wir: Es war ein schönes, stürmisches und buntes Volksfest. Und Hannes Wader trat wieder auf. Der „RotFuchs“ konnte unter der Auflage, seinen Förderverein nicht durchschimmern zu lassen, an der Veranstaltung teilnehmen. Die Standgebühr für den RF betrug 217 Euro. Er bot eine eigene Veranstaltung im Berliner Zelt an und wurde von den Münsteraner Genossen in deren Zelt eingeladen. Leider gab es Ausgrenzungen anderer. Die administrative Einengung des Spektrums der linken Kräfte ist zu bedauern.

R. F.

Ein bedeutender Parteiführer und Staatsmann des Sozialismus

Vor 30 Jahren starb Walter Ulbricht

Am 1. August 1973 endete das Leben eines deutschen Politikers, der wie kaum ein anderer Akteur der Nachkriegsgeschichte im Herzen Europas Konturen gab: Walter Ulbricht. Zu Recht überschrieb Wilhelm Treue in seinem 1978 in Stuttgart erschienenen Standardwerk „Deutsche Geschichte“ das abschließende Kapitel „Die Ära Adenauer – Ulbricht“ und folgte, Letzterer habe seinen Staat mit „dem höchsten Lebensstandard und den größten Wachstumsraten“ im RGW entwickelt.

Schicksalbestimmt schien das für den Schneidersohn am Geburtstag, dem 30. Juni 1893, durchaus nicht. Die Jugend: sechsjährige Volksschule, vierjährige Tischlerlehre. 1908 wurde er Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, 1910 trat er dem Deutschen Holzarbeiterverband bei. 1912 schloß sich Walter Ulbricht der SPD an, positionierte sich bei Kriegsausbruch als Mitglied der Karl-Liebknecht-Gruppe. 1915 „zog“ man ihn: Kriegsschauplätze waren Mazedonien, Serbien und Belgien. Der Antimilitarist trat 1917 zur USPD über und wurde bei Revolutionsausbruch in einen Soldatenrat gewählt. Im Januar 1919 gehörte er zu den Gründern der KPD in seiner Geburtsstadt Leipzig. Damit begann sein Leben als Funktionär: 1921 war er bereits Politischer Leiter der KPD in Groß-Thüringen, nahm 1922 am IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale teil, besuchte 1924 – nun auch Mitglied der KPD-Zentrale – die Moskauer Lenin-Schule. Seit 1926 saß er im sächsischen Parlament und gehörte seit 1928 auch dem Reichstag an. 1929 stieg er zum Politischen Leiter des KPD-Bezirks Berlin/Brandenburg/Lausitz/Grenzmark auf.

Die „Machtergreifung“ der Faschisten ließ ihn zu einem vordringlich gesuchten Staatsfeind werden. Paris – Prag – Paris – Moskau hießen die Exil-Stationen, ehe er 1938 ZK-Vertreter beim Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in Moskau wurde. Als Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland arbeitete er nach dem Überfall der Hitleristen auf die Sowjetunion aktiv unter Kriegsgefangenen und bereitete programmatisch ein neues Deutschland vor. Ende April 1945 landete die zehnköpfige „Gruppe Ulbricht“ auf deutschem Boden.

Nach Adenauers Separatstaatsgründung unterließ er geschickt den Vorschlag eines bürgerlich-neutralen Gesamtdeutschlands, den Stalin am 10. März 1952 unterbreitete. Dieser Plan sah gewissermaßen die Verwirklichung des österreichischen Projekts unter deutschen Bedingungen vor – die Schaffung eines entmilitarisierten, neutralen Landes unter Verzicht auf den sozialistischen Weg. Ulbricht wußte:

angesichts des im Westen neu entfachten Antikommunismus würde die SED bei gesamtdeutschen Wahlen an den Rand gedrängt. Adenauers Ignorierung der Stalin-Note beantwortete Ulbricht damit, daß er Moskau gegenüber die Auffassung vertrat, der Aufbau des Sozialismus in der DDR würde auch westdeutsche Arbeiter aktivieren. Mit der darauf im Juli 1952 vom Kreml akzeptierten „Schaffung der Grundlagen des Sozialismus“ sorgte er gewollt



22. Januar 1931. Walter Ulbricht antwortet Goebbels auf einer Nazi-Versammlung im Saalbau Berlin-Friedrichshain

für radikale Veränderungen und wirkte bewußt systemabgrenzend. Die damit beförderte Unmutskrise – Einschränkungen des Lebensstandards bei fast allen Bevölkerungsgruppen – gipfelte in den Protesten des 16./17. Juni 1953. Nach dem Sturz Berijas in der Sowjetunion wurde diesem „Vertrag am Bruderland“ vorgeworfen. Das war die Bestandsgarantie für die DDR.

Nach den Maßnahmen vom 13. August 1961, der „Zweitgeburt der DDR“, erlebte man einen „neuen“ Ulbricht. Nach zwei Versuchen – 1952 und 1958 – setzte er ein drittes Mal zur Entwicklung eines eigenständigen sozialistischen Gesellschaftsmodells deutscher Prägung an. Kernpunkt war das im Juli 1963 beschlossene „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“. Darin sollten „ökonomische Hebel“ wie Selbstkosten, Preis, Gewinn, Kredit, Lohn und Prämien als einheitliches System flexibel und in gewissem Sinne auch selbstregulierend wirken. Es war der Versuch, die Wirtschaft künftig nach ökonomischen Kriterien zu entwickeln und willkürlicher Einwirkung der Politik zu entziehen. Nach Anlaufschwierigkeiten begann das NÖS Erfolge zu zeitigen. Die Akkumulation, die 1963 bis 17,6 % abgesackt war, überschritt ab 1965 stets die 20-%-Marke. Der produzierte Zuwachs des Nationaleinkommens lag 1965 bei über 5 % (1961 – 1963 max. 3 %). Sollten die Ergebnisse von Dauer sein, so mußte man dem NÖS den Charakter eines

Laborversuches nehmen und es auf den RGW insgesamt ausweiten. Dem stimmte die UdSSR nicht zu. Ihr ging es vor allem um mengenmäßige Steigerungen und erst in zweiter Linie darum, qualitativ neue Ideen umzusetzen.

Ulbricht wirkte dennoch weiter an dem unter ihm in der DDR entwickelten „Modell“. Am 12. September 1967 stellte er anläßlich einer internationalen Würdigung des Marx'schen Werkes „Das Kapital“ fest, der Sozialismus sei „nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Gesellschaft, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab“. Im Mai 1968 baute er diesen Gedanken weiter aus: „Das ökonomische System des Sozialismus in der DDR ist, historisch gesehen, die volle Einstorisierung einer hochindustriellen Gesellschaft auf die inneren Vorzüge und Triebkräfte der wissenschaftlich-technischen Revolution.“

Als im Ergebnis der BRD-Septemberwahlen 1969 erstmals eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung amtierte, übermittelte Walter Ulbricht Mitte Dezember dem Bundespräsidenten einen Vertrag zur Herstellung völkerrechtlicher Beziehungen. Breshnew war gegen DDR-Alleingänge, aber Ulbricht setzte sich nochmals durch. Am 19. März (Erfurt) und am 21. Mai 1970 (Kassel) trafen die Regierungschefs Brandt und Stoph erstmals offiziell zusammen. Es gab keine Einigung hinsichtlich der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, doch Ulbricht ging davon aus, daß Realitäten auf Dauer nicht ignoriert werden könnten. So verbuchte die DDR weitere internationale Anerkennung durch Drittstaaten.

Am 21. Januar 1971 wandte sich der Honecker-Flügel – 13 Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED – mit einem Brief an Breshnew. Er wiederholte Vorwürfe des „Abweichens von vereinbarten internationalen Beschlüssen“ und sagte „Prager Verhältnisse“ in der DDR als möglich voraus. Am 12. April 1971 kam in einem Sechsaugengespräch – Breshnew, Ulbricht, Honecker – das „Aus“ für den unbotmäßigen Genossen. Am 3. Mai 1971 trat er auf der 16. ZK-Tagung „freiwillig“ vom Amt des Ersten Sekretärs zurück. Obwohl er noch bis zum Sterbetag zwei Jahre formell Vorsitzender des Staatsrates blieb, machten sich die Nachfolger unverzüglich daran, die Spuren des jahrzehntelangen Wirkens und insbesondere seine Beiträge zur europäischen Nachkriegsgestaltung aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit zu löschen. **Dr. Norbert Podewin**

Wie eine Beerdigung „positiv inszeniert“ wurde

Das Aus für Gera

„Positiv inszeniert“ – dieser wohl eher aus der Dramaturgie entlehnte Begriff ist einem „flammenden Plädoyer“ entnommen, mit dem die PDS-Europaabgeordneten André Brie und Hellmuth Markov die Rückkehr Biskys auf den Chefsessel der demokratischen Sozialisten als probates, wenn nicht gar einziges Mittel zur Lösung der Parteikrise anpriesen. Gemäß dieser (am 16. 5. im ND publizierten) Regieanweisung wurde auch verfahren. Die Mitwirkenden bei der Inszenierung agierten in mancherlei Rollen – tragenden wie auch zutragenden, lauten und stummen, nicht zu vergessen die der naiven Statisten. Unbestrittener Hauptdarsteller jedoch war jener Mann, der als Retter der Partei zurückkehren sollte; auf den Posten, den er, verärgert über das unbotmäßige Abstimmungsverhalten der Parteitagsdelegierten in Münster, 2000 geräumt hatte: Lothar Bisky.

Nach anfänglichem, dramaturgisch nicht ungeschicktem Zieren hatte der sich zu neuerlicher Übernahme dieser schweren Last zunächst „durchgerungen“, dann aber den Part mit Vehemenz betrieben. Der Mann versteht sich, von Berufs wegen, auf Mediendemokratie und -domptur.

Nur mit der innerparteilichen Demokratie kollidierte das, was da als Vorbereitung des Berliner PDS-Sonderparteitages ablief, ziemlich heftig. Denn immerhin: Nach dem nach wie vor gültigen PDS-Statut obliegt die Funktion des höchsten Beschlusgre-

miums zwischen den Parteitag allein dem gewählten Vorstand. Also zum gegebenen Zeitpunkt jenem Gremium, das in Gera das Mandat von über zwei Dritteln der Delegierten erhalten hatte. Diesem Parteivorstand wäre es zugekommen, einen – von einer ausreichend großen Zahl von Delegierten geforderten – neuen Parteitag einzuberufen und diesen, auch hinsichtlich personeller Entscheidungen, statutengemäß vorzubereiten. Wie bekannt und im „RotFuchs“ Nr. 65 („Der zweite Parteiputsch“) bereits beschrieben, stahl ein mit der damaligen Vorsitzenden Zimmer kungelndes „Küchenkabinett“ dem legalen Vorstand seine Kompetenz und machte den Weg frei zur Berliner „Korrektur von Gera“.

Lothar Bisky, ansonsten eifernder Anwalt demokratischer Prinzipien, hielt es dabei offenkundig für geboten, lieber auf Tricks zurückzugreifen, wie sie sich in grauer Vorzeit bei dynastischen Konkurrenzkämpfen um das Thronerbe bewährt hatten.

Sichtlich auf in der Mitgliedschaft verbreitetes Harmoniebedürfnis spekulierend, bot sich Bisky an als geeignete Führerpersönlichkeit, die „ein starkes Zentrum“ um sich scharen, die parteiinternen Flügelkämpfe beenden und so „Sammelpunkt für die Mehrheit der Mitgliedschaft“ sein könne. Kaum, daß er seine Kandidatur aufs Spitzenamt verkündet hatte, posierte er schon als kommender Chef. Und fortan

hofierten ihn seine Vasallen und „Neues Deutschland“ als den „designierten Parteivorsitzenden“. Also, um mit dem DUDEN zu sprechen, als „im voraus für das Amt bestimmte Person“. Das Abnicken durch den Parteitag würde bloße Formsache sein.

Um nicht bei Halbheiten stehenzubleiben, enthob der Künftige die Delegierten auch gleich der Mühe, sich über die personelle Zusammensetzung des zu wählenden Vorstandes den Kopf zerbrechen zu müssen. Seiner Zusicherung, ein „überzeugendes Personalangebot für einen komplett neuen Vorstand“ vorlegen zu wollen, ließ er flugs Namen folgen. Er machte deutlich, wer die von ihm für die Stellvertreterposten favorisierten Kandidaten seien, daß er Kutzmutz als Bundesgeschäftsführer an seiner Seite sehen wolle. Daß es einen Bundesgeschäftsführer namens Hiks gab, nahm er gar nicht mehr zur Kenntnis. Selbst politisch verschlissene Personen wie die Zwischendurch-Vorsitzende Gabi Zimmer bekamen, da zum eigenen Klüngel gehörig, eine neue Chance. Den „Exponenten der Flügel“ aber legte Bisky ultimativ nahe, „mal ein Jahr auszuhalten, ohne im Vorstand zu sitzen“, da er keine Lust habe, Chef einer in feindliche Lager geteilten Bewegung zu sein.

Stillhaltegebot für die Kritiker der Bisky-Connection ist also angesagt. Pluralismus, einst als besonderes Markenzeichen der PDS vorgeführt, darf nun allenfalls noch als „schweigender Dissens“ praktiziert werden. Wobei, um keine Irrtümer aufkommen zu lassen, das Beschneiden beider parteiinterner Flügel gar nicht gemeint war. Präsentierte Listen für Kabinett und Hofstaat machten deutlich, daß die als „Reformlinke“ agierende Parteirechte als Hausmacht des neuen Throninhabers selbstredend keinen Einschränkungen unterlag und für Vorstandsposten unter Bisky als bestens prädestiniert galt. Das Zurechtstutzen sollte dafür um so rigoroser gegenüber denen gelten, die sich nicht damit begnügen, Linkssozialisten bloß genannt zu werden, sondern die das auch tatsächlich sein wollen.

Zur Stunde, zu der diese Zeilen geschrieben werden, liegen uns die Ergebnisse des Berliner Parteitags noch nicht vor. Wir können also schwer abschätzen, welcher Gegenwind den Regisseuren und Dramaturgen der großen Show ins Gesicht wehte. Doch die Absicht kennen wir: Ihnen geht es um die Beerdigung der Ergebnisse von Gera. Die „neue“ Führung mit dem alten Küchenkabinett der Bries und Gysis im Hintergrund wird auch nur ein Provisorium sein. Denn: Wie lange soll das gutgehen – wenn es denn überhaupt gehen sollte? Auch wenn noch so „positiv inszeniert“, wird mit dem Antritt von Bisky II. die PDS nicht aus ihrer existentiellen Krise herauskommen. Sie tritt lediglich in deren nächstes, „höheres“ Stadium ein.

Wolfgang Clausner



SCHLAFEN SIE WEITER!
(DAS BRAUCHEN WIR)



Collage: Stefan Schultz

Wie in der DDR das Bildungsprivileg der Besitzenden gebrochen wurde

Chancengleichheit

Seit Bekanntwerden der Ergebnisse der Vergleichsstudie PISA ist offensichtlich, daß die Leistungsfähigkeit des auf Selektion beruhenden deutschen Bildungswesens im internationalen Maßstab kaum Mittelmaß erreicht. Die seitdem geführten Diskussionen benennen als eine der Ursachen die Tatsache, daß im deutschen Schulwesen die Kinder bereits sehr früh – in den meisten Bundesländern nach dem 4. Schuljahr – auf verschiedene Schulformen verteilt werden, womit praktisch für die meisten von ihnen ihre Lebenschancen vorausbestimmt sind. Im Unterschied dazu lernen in bei PISA erfolgreichen Ländern die Kinder und Jugendlichen sehr viel länger gemeinsam – bis zum 8., 9. oder 10. Schuljahr.

Es ist kaum mehr als ein Jahrzehnt her, daß es im Osten Deutschlands normal war, wenn die Kinder und Jugendlichen zehn Jahre lang gemeinsam die Oberschule besuchten. Statt diese Erfahrung für die Reformierung des Schulwesens in der ganzen heutigen BRD zu nutzen, wurde das altbundesdeutsche Bildungssystem auch der annektierten DDR übergestülpt. Von PISA kam nun die Quittung!

Erinnern wir uns: Von Anfang an war die Gestaltung des Bildungswesens der SBZ und dann der DDR dem Ziel verpflichtet, eine hohe Bildung für alle Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten.

Diesem Ziel diente vor allem die auf der Grundlage der Gesetze von 1959 und 1965 eingeleitete Entwicklung der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule zur Schule für alle Kinder und Jugendlichen.

Der Aufbau der Oberschule erfolgte in einem viele Jahre währenden und große Anstrengungen erfordernden Prozeß. Als Grundlage hierfür diente nicht zuletzt auch die Schaffung der materiellen und personellen Voraussetzungen: der Bau von Schulen, die Einrichtung von Fachunterrichtsräumen und die Ausstattung mit den erforderlichen Unterrichtsmitteln waren ein zentrales Anliegen der Volkswirtschaftsplanung; die Ausbildung einer großen Zahl fachwissenschaftlich und pädagogisch qualifizierter Lehrer und Horterzieher – Frauen wie Männer – war die Voraussetzung für die Schaffung guter Lehr- und Lernbedingungen in den Schulen durch die schrittweise Herabsetzung der Klassenfrequenzen und der Lehrerpflichtstundenzahlen.

Die Tatsache, daß alle Kinder und Jugendlichen eine zehn Jahre umfassende Oberschulbildung erwerben konnten und daß nahezu alle, die nicht über die Erweiterte Oberschule das Abitur anstreben konnten, eine vollwertige Berufsausbildung – z. T. in Verbindung mit dem Erwerb des Abiturs – erhielten, hatte deutlich sichtbare Auswirkungen auf die Qualifikationsstruktur der DDR-Bevölkerung:

Die Zahl der Un- und Angelernten, d. h. der Werk tätigen ohne abgeschlossene Ausbildung bzw. mit einer Teilberufsausbildung sank von 69,9 % (1955) über 28,2 % (1977) auf 15 % (1985); für 1990 waren 10 % anvisiert. Die Zahl der Facharbeiter und Meister stieg von 25,8 % (1955) über 54,6 % (1977) auf 64 % (1985); für 1990 waren 67 % vorgesehen. Die Zahl der Hoch- und Fachschulskader stieg von 4,3 % (1955) über 17,2 % (1977) auf 21 % (1985); für 1990 waren 23 % ins Auge gefaßt.

Der Aufbau der zehnjährigen Oberschule galt der Gewährleistung einer hohen Allgemeinbildung für alle Kinder und Ju-

le hinsichtlich des Kanons für allgemeine Bildung an die traditionellen Bereiche; die folgende Übersicht über die Proportionen in der zehnklassigen Oberschule verdeutlicht das: Muttersprache mit Literatur und Heimatkunde 27,5 %, Mathematische Bildung 18,5 %, Naturwissenschaftliche Bildung 11,6 %, Gesellschaftswissenschaftliche Bildung (einschließlich Geographie) 9,2 %, Künstlerische Bildung 7,2 %, Fremdsprachen 7,8 %, Körpererziehung 7,8 %.

Als für die Persönlichkeitsentwicklung besonders bedeutsamer Bereich war ab Ende der 50er Jahre die polytechnische Bildung hinzugekommen; ihr Anteil betrug 10,4 %.

Nun wurde die Lebenswelt der Eltern Bildungsgut, die Lebensvorbereitung gestaltete sich allseitiger. Polytechnische Bildung zielte darauf ab, die jungen Menschen in Grundlagen von Technik und Produktion, in den 80er Jahren zusätzlich in Informatik und Computertechnik, einzuführen und sie praktisch mit produktiver Werteschaffender Arbeit vertraut zu machen.

Der polytechnische Unterricht umfaßte die Fächer „Schulgarten- und Werkunterricht“ in den ersten sechs Schuljahren und „Einführung in die sozialistische Produktion“, „Technisches Zeichnen“ und „Produktive Arbeit“ in den 7. bis 10. Klassen. Die produktive Arbeit leisteten Schülerinnen und Schüler der 7. und 8. Klassen in

der Regel in speziellen Einrichtungen/ betriebseigenen Kabinetten, der 9. und 10. Klassen in der unmittelbaren Produktion von Betrieben der volkseigenen Industrie sowie der Land- und Forstwirtschaft.

Als ein Element von Allgemeinbildung und als Möglichkeit, differenzierten Interessen und Neigungen älterer Schülerinnen und Schüler Rechnung zu tragen, wurden Ende der 70er Jahre Arbeitsgemeinschaften eingeführt, für die es als Empfehlungen zentral erarbeitete Rahmenprogramme gab. Sie waren als ein Schritt in Richtung „Fakultativer Unterricht“ konzipiert und wurden zunächst in den 9. und 10. Klassen mit zwei Unterrichtsstunden pro Woche angeboten; erst Ende der 80er Jahre begann man mit ihrer Einführung auch in den 7. und 8. Klassen.

Prof. Dr. Günter Wilms



„Es gab eine Zeit, in der all das Geld für höhere Bildung verschwendet wurde!“ Aus: „The Guardian“, Sydney

gendlichen. Diese ist allerdings mehr als die Vermittlung und Aneignung von Faktenwissen! Sie beinhaltet ganz wesentlich auch die Entwicklung und Herausbildung von Fähigkeiten, Fertigkeiten und Gewohnheiten – darunter ganz entscheidend die Befähigung zu selbständigem und lebenslangem Lernen. Allgemeinbildung ist auf die Entwicklung der Persönlichkeit als Ganzes gerichtet. Sie beinhaltet auch die Ausprägung grundlegender Charaktereigenschaften.

Bei der Bestimmung der Inhalte der Allgemeinbildung gingen DDR-Pädagogik und DDR-Schulpolitik von dem klassischen deutschen Bildungsbegriff aus, der mit dem Namen Wilhelm von Humboldts untrennbar verknüpft ist. Das Motiv hierfür bestand darin, so die historische Verwurzelung unserer Bildungskonzeption im bürgerlich-humanistischen Gedankengut deutscher Vergangenheit zu verdeutlichen. Tatsächlich hielt sich die DDR-Schu-

Was Struck mit der „Verteidigung am Hindukusch“ gemeint hat

Die Interventionsarmee

Am 21. Mai 2003 hat der eigentlich für die Landesverteidigung zuständige Bundesminister Peter Struck (SPD) die in 95 Punkte gegliederten Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) für die Bundeswehr erlassen. Die Direktive sieht den Aufbau einer reinen Interventionsarmee vor. Sie ist daher verfassungswidrig. In der VPR wird sogar an Artikel 87a des Grundgesetzes erinnert, nach dem der Bund Streitkräfte zur Verteidigung aufzustellen habe. Gemeint ist hier natürlich die Landesverteidigung. Im Gegensatz dazu ist im Struck-Papier die Rede davon, die Bundeswehr werde für Zwecke der Landesverteidigung nicht mehr gebraucht. „Eine Gefährdung deutschen Territoriums durch konventionelle Streitkräfte gibt es derzeit und auf absehbare Zeit nicht“, heißt es in Punkt 9 der VPR. Und weiter: „Die herkömmliche Landesverteidigung gegen einen konventionellen Angriff als allein strukturbestimmender Aufgabe der Bundeswehr entspricht nicht mehr den aktuellen sicherheitspolitischen Erfordernissen. Die nur für diesen Zweck bereitgehaltenen Fähigkeiten werden nicht länger benötigt.“ (Pkt. 12)

Angesichts solcher Formulierungen muß man annehmen, daß nun die drastische Reduzierung des Abschreckungspotentials oder seine schrittweise Abschaffung verkündet werden, um die Militärausgaben der BRD auf ein absolutes Minimum herunterzuschrauben, damit die von der Schröder-Regierung vorgesehenen Maßnahmen sozialer Grausamkeit wegfallen können. Doch das Gegenteil ist der Fall. Mittel- und langfristige sollen die Militärausgaben sogar deutlich erhöht werden. Aus dem Dilemma, daß sich die Bundeswehr nun nicht mehr auf den Verfassungsauftrag der Landesverteidigung berufen kann, sucht man sich durch ein sehr „weites Verständnis von Verteidigung“ herauszuwinden. Es reicht bis zum Gegenteil dessen, was herkömmlicherweise unter Verteidigung verstanden wird: „Die Neugewichtung der Aufgaben der Bundeswehr und die daraus resultierenden konzeptio-

nellen und strukturellen Konsequenzen entsprechen dem weiten Verständnis von Verteidigung, das sich in den letzten Jahren herausgebildet hat.“ (Pkt. 4) Die jetzt entwickelte Konzeption stellt also einen frontalen Angriff auf gültiges Völkerrecht dar. „Verteidigung heute umfaßt mehr als die herkömmliche Verteidigung an den Landesgrenzen ... Dementsprechend läßt sich Verteidigung geografisch nicht mehr eingrenzen, sondern trägt zur Wahrung unserer Sicherheit bei, wo immer diese gefährdet ist.“ (Pkt. 5) Dieses „weite Verständnis von Verteidigung“, die zur Interventionsbereitschaft wann und wo auch immer umfunktioniert wird, hat sich tatsächlich erst „in den letzten Jahren herausgebildet“. Genauer gesagt: seit der konterrevolutionären Zerschlagung der antiimperialistischen Gegenmacht Sowjetunion, durch die das militärstrategische Kräftegleichgewicht zwischen Warschauer Vertrag und NATO aufgehoben wurde.

Zur Rechtfertigung des „weiten Verständnisses“ werden zahlreiche Bedrohungen aufgeführt: „Die Weiterentwicklung von Massenvernichtungswaffen in Verbindung mit weitreichenden Trägermitteln kann auch die Bevölkerung und die Länder Europas bedrohen. Die Streitkräfte im Einsatz unterliegen einer besonderen Gefährdung. Der Versuch von Terrorgruppen, Zugriff auf Massenvernichtungswaffen zu erhalten, hat die mit der Proliferation (Weiterverbreitung) verbundenen Risiken verschärft.“ (Pkt. 20)

Die Auflösung des klassischen Aggressionsbegriffs geht aber noch weiter: „Ungelöste politische, ethnische, religiöse, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konflikte wirken sich im Verbund mit dem internationalen Terrorismus, mit der international operierenden Organisierten Kriminalität und den zunehmenden Migrationsbewegungen unmittelbar auf die deutsche und europäische Sicherheit aus.“ (Pkt. 25)

Bemerkenswert ist, daß „Migrationsbewegungen“ (also Flüchtlingsströme) als Be-

drohung neben den internationalen Terrorismus und die Organisierte Kriminalität gestellt werden. Unter Berufung auf die „Errungenschaften moderner Zivilisationen wie Freiheit und Menschenrechte“, die zu den „bedrohten Gütern“ gehören (Pkt. 19), haben NATO-Staaten Jugoslawien, Afghanistan und Irak nacheinander überfallen und zerbombt.

Aber es geht wohl nicht so sehr um Freiheit und Menschenrechte als um handfeste politische und wirtschaftliche Interessen: „Der politische Zweck bestimmt Ziel, Ort, Dauer und Art des Einsatzes. Die Notwendigkeit für eine Teilnahme der Bundeswehr an multinationalen Operationen kann sich weltweit und mit geringem zeitlichem Vorlauf ergeben und das gesamte Einsatzspektrum bis hin zu Operationen mit hoher Intensität umfassen.“ (Pkt. 57) Weiter heißt es im Klartext: „Um seine Interessen und seinen internationalen Einfluß zu wahren, stellt Deutschland in angemessenem Umfang Streitkräfte bereit ...“ (Pkt. 72) Man wird noch direkter: „Deutschland fällt eine herausragende Rolle und Verantwortung für den künftigen Kurs der NATO zu.“ (Pkt. 47) Und in Punkt 48 wird ausgeführt: Auch „bei den EU-Beschlüssen zur Ausgestaltung der ESVP (der Eingreiftruppe der EU) habe die BRD „eine Schlüsselrolle“ gespielt. Beispielsweise nach Frankreich im Fall Kongo.

Strucks Direktive umfaßt letztlich auch die offene Zustimmung zu „vorbeugenden“ Maßnahmen: „Die breite internationale Koalition gegen den Terror ist die Grundlage für eine effektive Prävention und Bekämpfung dieser Bedrohung.“ (Pkt. 28)

Liest man die neuen VPR, dann begreift man besser, was Schröders Wehrminister unter „Verteidigung am Hindukusch“ verstanden wissen wollte. Die „herkömmliche Verteidigung an den Landesgrenzen“ ist überholt, nach dem „weiten Verständnis von Verteidigung“ läßt sich diese „geografisch nicht mehr eingrenzen“.

Das gilt jedoch nicht nur für Auslandseinsätze, sondern auch für bislang verbotene (!) bewaffnete Inlandseinsätze der Bundeswehr. „Angesichts der gewachsenen Bedrohung des deutschen Hoheitsgebiets durch terroristische Angriffe gewinnt der Schutz von Bevölkerung und Territorium an Bedeutung und stellt zusätzliche Anforderungen an die Bundeswehr bei der Aufgabenwahrnehmung im Inland und demzufolge an ihr Zusammenwirken mit den Innenbehörden des Bundes und der Länder.“ (Pkt. 75)

Wir wissen also, woran wir sind. Wir haben es mit Streitkräften zu tun, die für die Intervention nach außen und nach innen bereitgehalten werden. Eine neue Art von Bedrohung, der es ins Auge zu blicken gilt.

S. R.

Gestützt auf „Roter Stern“, Informationsblatt der DKP Ebersberg



Vor 60 Jahren siegte die Rote Armee in der Schlacht am Kursker Bogen

Einsturz der „Zitadelle“

Nach dem großen Sieg an der Wolga und der folgenden Offensive war die Rote Armee Hunderte Kilometer nach Westen und Südwesten vorgerückt. Zahlreiche Städte und Dörfer, viele tausend Quadratkilometer sowjetischen Bodens und Hunderttausende von den Faschisten verklärte Menschen wurden befreit. Als die erschöpften Truppen endlich zum Stehen kamen, war im Zentrum der Front ein großer „Vorsprung“ entstanden, der – weil er sich nach Westen um die Stadt erstreckte – als „Kursker Bogen“ bezeichnet wurde.

Das faschistische Oberkommando wollte im Frühjahr 1943 einen letzten Versuch unternehmen, die einstige Überlegenheit wiederzuerlangen und sich für die Niederlagen bei Moskau, Stalingrad, im Nordkaukasus, am oberen Don und bei Leningrad zu revanchieren. Alles, was die Nazi-Wehrmacht 1942 erobert und inzwischen wieder eingebüßt hatte, sollte zurückgewonnen werden. Mit einer großangelegten Offensive wollte Hitler beweisen, daß der Krieg doch noch zu gewinnen sei. Er nahm selbst an der von Generalfeldmarschall Manstein geleiteten Planung eines Gegenschlags teil. Der faschistische „Führer“ hoffte, daß ein großer militärischer Erfolg an der Ostfront die Moral seiner Truppen und des Volkes heben, den Zerfall des eigenen Blocks aufhalten und das militärisch-politische Durchsetzungsvermögen Deutschlands wiederherstellen würde.

Doch trotz begrenzter Erfolge rannten sich die Truppen der Wehrmacht bei den Kämpfen im Südwestabschnitt an der sowjetischen Verteidigung fest und konnten keine durchschlagenden Geländegewinne mehr erzielen. Von April bis Juni 1943 trat eine strategische Pause ein. Um dem sowjetischen Oberkommando die Initiative zu entreißen, einigten sich die Nazi-Militärs und Hitler darauf, im Sommer eine große Angriffsoperation gegen die Gruppierungen der Roten Armee im Kursker Bogen durchzuführen. Sie erhielt den Decknamen „Zitadelle“.

Auf sowjetischer Seite wurde die gegnerische Planung durch Informationen der Aufklärung und die Analyse der Lage im großen und ganzen vorausgesehen: Starke Panzergruppierungen, zu denen bereits die neuen Typen „Tiger“, „Panther“ und Selbstfahrlafetten „Ferdinand“ gehörten, sollten mit wuchtigen Stößen aus den Räumen nördlich und südlich von Kursk die sowjetischen Fronten durchbrechen, die Verbände der Roten Armee einkesseln und vernichten. Bereits Anfang April schlug Marschall Shukow daher dem Oberkommando vor, die eigenen Verbände noch nicht zum Angriff übergehen zu lassen. „Es wäre besser“, empfahl er, „wenn wir den Gegner durch unsere Verteidigung zermürben, seine Panzer vernichten und dann seine Hauptgruppierung unter Einsatz frischer Reserven im Generalangriff endgültig zerschlagen.“

Grafik: Arno Fleischer



Dieser Gedanke wurde Grundlage des Mitte April gefaßten Entschlusses über die planmäßige Verteidigung. Die Zentralfront und die Woronesher Front sowie die Steppefront als Reserve bildeten die Kräfte zu seiner Ausführung. In den folgenden Wochen bereiteten sich diese Truppen in bis zu 300 km Tiefe mit äußerster Intensität auf ihre Aufgaben vor, während der Feind seine Angriffsformationen konzentrierte. Ohne die Reservefront nahmen auf sowjetischer Seite 1 330 000 Soldaten mit bis zu 3600 Panzern und SFL, 20 000 Geschützen und 3130 Flugzeugen teil. Die Faschisten stellten etwa 900 000 Mann bereit, darunter viele Elitedivisionen, über 2800 Panzer und SFL sowie mehr als 2000 Flugzeuge. Über 2/3 aller Maschinen der Ostfront.

In der letzten Maidekade waren die Vorbereitungen auf beiden Seiten nahezu abgeschlossen. Die sowjetischen Partisanen verstärkten ihre Tätigkeit mit Schlägen gegen die Verbindungslinien der Faschisten. Doch ein für Ende Mai erwarteter deutscher Angriff blieb aus. Auch der Juni verstrich. Anfang Juli meldete die Aufklärung, daß der Angriff in den nächsten Tagen erfolgen werde. Gefangene und Überläufer bestätigten das.

Doch es kam anders. Die Schlacht begann am 5. Juli an der Woronesher Front mit starkem Artilleriefeuer, Katjuscha-Salven und Luftangriffen der Roten Armee – sie schlug in die bereitstehenden deutschen Truppen, die deshalb erst drei Stunden später vorstoßen konnten. Auch im Norden griffen sie an. An beiden Abschnitten gelang es den Faschisten jedoch weder an diesem Tag noch an den folgenden Tagen, die sowjetische Verteidigung zu durchbrechen. Nur im Raum Belgorod konnten sie die Front um 10 bis 35 km eindrücken. Die Wehrmacht erlitt schwere Verluste, be-

sonders bei den Fliegerkräften und ihrer großen Hoffnung, den Panzern. Am 9. Juli begann der deutsche Druck nachzulassen. Die erste Phase der Schlacht näherte sich ihrem Ende ...

Am 12. Juli eröffneten zunächst die West-, die Brjansker und die Zentralfront um den Raum von Orjol die Gegenoffensive. Drei Tage später folgten im Raum Belgorod-Charkow die Woronesher, die Steppen- und die Südwestfront. An allen Abschnitten entbrannten erbitterte und blutige Kämpfe, in denen Hunderte Panzer und SFL verbrannten. Der Himmel war dunkel, Flammen, Rauch und Staub hüllten die Schlachtfelder ein. Diese Tage brachten die Wende. Das „Schwert“ der Wehrmacht, ihre Panzerwaffe, wurde stumpf. Die Faschisten begannen, sich auf breiter Front zurückzuziehen; einige Gruppierungen wurden eingeschlossen. Bis Ende August setzte die Rote Armee ihre Offensive fort. Am 23. 8. gab es keinen Kursker Bogen mehr. Die Front wurde in der entgegengesetzten Richtung als jener vorverlegt, die sich Hitler und seine Generäle ausgemalt hatten. 30 ihrer Divisionen, davon 7 Panzerdivisionen, waren zerschlagen. Die Faschisten verloren über 500 000 Mann, 1500 Panzer, 3000 Geschütze und mehr als 3500 Flugzeuge – eine Niederlage, von der sie sich nicht mehr erholten. Die Rote Armee errang nach zwei harten Kriegsjahren endgültig die strategische Initiative und übernahm das Gesetz des Handels an der Hauptfront des Zweiten Weltkriegs. Der Weg zur Befreiung des noch besetzten Territoriums der UdSSR, der unterjochten Völker Europas und auch Deutschlands konnte nach dem Sieg in der Kursker Schlacht zügig fortgesetzt werden.

Werner Hoppe

Wie Conrad Blenkle in die Hände der Gestapo fiel

Schweigen unter der Folter



Conrad Blenkle

Proletarisches Klassenbewußtsein ist in der Berliner Arbeiterfamilie Blenkle Tradition. Schon der Großvater kämpfte gegen Bismarcks Sozialistengesetz, und auch der Vater, Schlosser von Beruf, ist Mitglied der SPD. In dieser Familie wächst der am 28. Dezember 1901 geborene Conrad heran. Die Eltern und seine Tante Grete legen großen Wert darauf, daß der Junge gut lernt, und auch seine Lehrer in der Volksschule fördern ihn nach besten Kräften. Doch für eine höhere Schule reicht das Geld nicht. Der 14jährige beginnt eine Lehre als Bäcker. Zu dieser Zeit tobt schon der vom preußisch-deutschen Kapitalismus begonnene Weltkrieg. Er hinterläßt tiefe Spuren im Denken des Jungen. Im Oktober 1918 gründen junge Leute aus Berlin und siebzehn anderen Orten Deutschlands die Freie Sozialistische Jugend (FSJ). Ihr tritt Conrad Blenkle wenige Wochen nach der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg bei, und noch im selben Jahr, zu seinem 18. Geburtstag, wird er Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands. Vater Reinhold und Mutter Anna sind stolz auf ihren Sohn, der auch dank ihrer Erziehung in die revolutionäre Arbeiterbewegung hineingewachsen ist. Nicht so sehr gefällt ihnen, daß er unablässig über Büchern sitzt, statt sich nach Abschluß der Lehre um eine Stelle als Bäcker zu kümmern. So schnürt Conrad sein Bündel und geht, wie damals üblich, auf Wanderschaft. Nach Berlin zurückgekehrt, stürzt er sich in die politische Arbeit, übernimmt erste Funktionen im Jugendverband. Seine Genossen mögen ihn, der belesen ist, gern wandert und radelt, gut singen und Schach spielen kann, leidenschaftlich und schlagfertig diskutiert. Als die FSJ in der Emser Straße 138 eine Jugendbuchhandlung eröffnet, übernimmt er deren Leitung. Schließlich wird er zum Obmann für Bildung und Schulung der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg des in Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) umbenannten Jugendverbandes gewählt. Nach dem Ende der revolutionären Nachkriegszeit stehen KPD und KJD vor großen

Nach langer Untersuchungshaft verurteilt ihn das Reichsgericht in Leipzig zu 18 Monaten Gefängnis.

Genau vier Wochen ist Conrad Blenkle wieder auf freiem Fuß, da gelangen die Nazis an die Macht. Wie für Zehntausende Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerliche Antifaschisten bedeutet das auch für ihn Verfolgung, Illegalität. Anton Ackermann berichtete später: „Wir brauchten Conrad Blenkle, er war für uns unentbehrlich, obwohl schon lange beschlossen war, daß er aus der Berliner illegalen Arbeit zurückgezogen werden sollte, weil er in Berlin gut bekannt war. Außerdem bedurfte er dringend ärztlicher Fürsorge, denn sein Augenleiden verschlechterte sich rasch. Aber er blieb in Berlin ... um die zerrissenen Verbindungen wieder zu knüpfen ... Seine Kenntnisse der Kader der Partei und des Jugendverbandes waren dabei von größtem Nutzen.“ Schließlich muß er doch die Hauptstadt verlassen, wirkt in Oberschlesien, Brandenburg, im Saargebiet, in Belgien, Frankreich und Holland. 1936 wird ihm die Leitung der Parteiorganisation Nordwest anvertraut, deren Sitz sich in Bremen befindet. Ein Jahr später wird sein Aktionsfeld die Abschnittsleitung Süd mit Sitz in Zürich. Dort verhaftet ihn die schweizerische Polizei, liefert ihn aber nicht an die Gestapo aus, sondern schiebt ihn nach Frankreich ab. Auf Beschluß der Partei begibt er sich wenig später nach Dänemark, von wo er für die illegale Arbeit entlang der Nord- und Ostseeküste verantwortlich ist. Zu seinen Mitarbeitern zählt ein junger Deutscher mit dem Decknamen Curt; später wird dieser unter seinem richtigen Namen Waldemar Verner als Admiral maßgeblich am Aufbau der bewaffneten Kräfte der DDR beteiligt sein.

Am 16. Dezember 1941 verläßt ein halblinder Mann, dessen Augenlicht vom Star angegriffen ist, sein illegales Quartier in der von der Naziwehrmacht besetzten dänischen Hauptstadt. Conrad Blenkle alias Thorvald will einen Genossen besuchen. Dort erwartet ihn die dänische Polizei und übergibt ihn noch am selben Tag der Gestapo. Ein ehemaliger Mitstreiter hat ihn verraten. „Nach seiner Verhaftung“, erinnerte sich Waldemar Verner, „haben wir uns gesagt: der redet nicht, der nicht, der sagt auch unter der Folter nicht aus. Ein Blenkle nicht!“ Elf Monate halten ihn die Faschisten in Einzelhaft. Sie kriegen nichts aus ihm heraus. Resigniert halten sie schließlich in der auf „Vorbereitung zum Hochverrat“ lautenden Anklageschrift fest: „Er ist der Typ des fanatischen Kommunisten. Er hat keinen der Funktionen, mit denen er zusammengearbeitet hat, preisgegeben. Er erklärte, daß er ... weiterhin Kommunist bleibe.“ Am 20. Januar 1943 stirbt Conrad Blenkle, 42jährig, für seine Überzeugung in Berlin-Plötzen-see unter dem Fallbeil. **Günter Freyer**

Was sich die Experten der Aufarbeitungsfront aus den Fingern saugen

Die Thälmann-Schmäher

Nach der zielgerichteten Kampagne zur Delegitimierung der DDR zeichnet sich jetzt eine neue Aufarbeitungsfront ab. Dabei geht es u. a. um die gezielte Diffamierung Ernst Thälmanns. Hierzu werden Legenden des Kalten Krieges als aktuelle Forschungen ausgegeben und handwerklich unsaubere Leistungen angeboten. Die Angriffe auf die Geschichte der KPD und speziell auf Thälmann folgen zunächst der traditionellen Route, die von antikommunistischen Altmeistern wie Weber oder Skrypczak eingeschlagen worden war. Es galt, von der DDR noch nicht erforschte Zusammenhänge oder verallgemeinerte Thesen auszunutzen und mit Unterstellungen oder durch Aussagen von Dissidenten (die häufig den vorliegenden Dokumenten widersprechen) aufzufüllen. Seit zehn Jahren ist nun das Historische Archiv der KPD für alle zugänglich. Wenn man den Benutzerblättern im Bundesarchiv folgt, hat kein Ansturm auf die Quellen stattgefunden. Wo auf sie zurückgegriffen wurde, zeigt sich ein interessanter Umgang mit ihnen. Der Leipziger Karriere-Professor Kinner beispielsweise vermag sie nicht einmal ordentlich zu zitieren und sortiert dann auch nur jene aus, die in sein dem Mainstream angepaßtes Geschichtsbild passen. Andere interpretieren die Dokumente aus ihrer ideologischen Sicht oder arbeiten mit Vermutungen bzw. Unterstellungen, um eine „katastrophale Fehlentwicklung der KPD“ zu beweisen. Beispiele solchen Arbeitsstils liefern die Autoren um Bernd Kaufmann („Der Nachrichtendienst der KPD“) oder der ehemalige Dozent an der Parteihochschule „Karl Marx“ der SED Ronald Sassning mit Aufsätzen zu Ernst Thälmanns Verhaftung. „Höchst faszinierend“ ist Michael Mallmann mit seiner soziologischen Phänomenologie, um das „bisher wenig bekannte Wissen über den Kommunismus“ zu erweitern. Seine Methode besteht darin, die KPD mit der Elle bürgerlicher Sozialnormen zu messen, um so mit einem soziologischen Antikommunismus zu brillieren. Um die weitere Erforschung von historischen Zusammenhängen oder um Prozeßanalysen geht es hierbei wenig, vielmehr um eine offensichtlich „aufarbeitende“ Umbewertung, die der ideologischen Desorientierung der Linken dient. Beabsichtigt ist auch die Lieferung von Mosaiken für eine bürgerliche Rechtfertigungspropaganda. Wir führen nur zwei Beispiele an: Erstens dreht es sich um den Terminus „Sozialfaschismus“, den viele Kommunisten gegen Sozialdemokraten benutzten. So unklug die Verwendung dieses Begriffes auch war, will niemand von den neuen „Arbeitern“ die politischen und sozialen Ursachen dafür zur Kenntnis nehmen, daß er sich so verbreiten konnte. Allein Stalin dafür verantwortlich zu machen, ist mehr als dümmlich. Vergessen sind die Morde

Grafik: Arno Fleischer



Anschlag auf Gedenkstätte Ziegenhals

Auf die Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals ist ein Anschlag verübt worden. Das denkmalgeschützte Bauwerk soll dem öffentlichem Zutritt entzogen werden. Die Aufrechterhaltung der Gedenkstätte war dem neuen Eigentümer bei der Versteigerung am 30. 11. 2002 zur Bedingung gemacht worden. Jetzt hat er die Schlösser ausgewechselt und den langjährigen Nutzer – den Freundeskreis „Ernst Thälmann-Gedenkstätte e. V.“ – ausgesperrt. Zugleich forderte er den Verein zur umgehenden Räumung des historischen Gedenkkimmers auf, das im Laufe der Jahre Zehntausende Besucher aus vielen Ländern besichtigt haben. Der „RotFuchs“-Förderverein e. V. verlangt die sofortige Wiederherstellung des rechtmäßigen Zugangs zur Gedenkstätte sowie die Aufrechterhaltung ihres gegenwärtigen Charakters. **R. F.**

Arbeiterbewegung besonders rabiat entgegengestellten und zugleich bestrebt waren, „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ zu spielen. Wer all das außer acht läßt, will keine historischen Zusammenhänge erforschen, sondern nur den alten antikommunistischen Popanz pfelegen.

Das zweite Beispiel: Nach 1927 gab es in der KPD heftige Meinungsverschiedenheiten zu taktischen Fragen, die mehrheitlich im ZK und auf dem VI. Weltkongreß der KI entschieden wurden. Eine Gruppe der Minderheit schloß sich dabei zu einer Fraktion zusammen und nutzte einen Fehler Thälmanns aus, um die Parteiführung durch einen „Putsch“ an sich zu reißen.

Das mißlang. Die Angelegenheit wurde intensiv in den Führungsgremien der Komintern erörtert. Dabei erhielten die Thälmann-Gegner ausführlich Gelegenheit, ihren Standpunkt darzulegen. Der danach gefaßte Beschluß des Präsidiums der KI, der empfahl, Thälmann trotz seines Fehlers an der Spitze der Partei zu belassen, wurde anschließend in der KPD zur Abstimmung gestellt. 90 % der anwesenden Mitglieder des ZK stimmten für ihn. Die Unterlagen hierzu liegen im Archiv. Die Tatsache indes, daß Thälmann in Übereinstimmung mit der innerparteilichen Demokratie Parteivorsitzender blieb, kümmert weder Weber noch Kinner. Für sie war es „ein Machtwort Stalins“.

Innerparteiliche Demokratie darf es in der KPD eben nicht gegeben haben.

Besonders schäbig finden wir Kinner's Haltung. Ihm fiel das Manuskript zum zweiten Band der SED-Geschichte (1917–1933) in die Hand, das die neuesten Forschungen der DDR-Historiker enthielt, infolge der „Wende“ von 1990 aber nicht mehr veröffentlicht werden konnte. Er zitiert sogar die Druckvorlage, weigert sich jedoch, diese anderen öffentlich zugänglich zu machen. Wer so handelt, dokumentiert seine Unehrlichkeit.

Uns kann keiner davon überzeugen, daß es ein Zufall ist, wenn die gegenwärtige Lohn- und Sozialraubpolitik der Herrschenden mit einer ideologischen Attacke gegen diejenigen zusammenfällt, die sich einst aktiv und mit ihrer ganzen Kraft für die Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte der Werktätigen eingesetzt haben. Allein die Logik des Klassenkampfes spricht dagegen.

Dr. Eberhard Czichon
Dr. Heinz Marohn

Warum Schröder bei seinem Sozialmord logisch vorgeht

Wollte man aus der als „Konjunkturabschwung“ verkauften Systemkrise des Kapitalismus in Deutschland herauskommen, gäbe es nur einen Ausweg: die Abschaffung des Kapitalismus und die Sozialisierung aller Akkumulationsquellen, deren Fehlen Finanzminister Eichel so bitter beklagt. In einem solchen Falle stünden ihm die Profite und Börsengewinne von Konzernen und Banken uneingeschränkt zur Verfügung. Das Geld ist ja da, es versickert bloß in privaten Koffern. Hunderte von Milliarden, um es ganz moderat zu berechnen, werden so den Fonds der Gesellschaft Jahr für Jahr entzogen.

Doch der Weg, an diese Summen heranzukommen, ist verschlossen. Denn der Kapitalismus wird sich nicht selbst abschaffen, und seine sozialdemokratischen Verwalter lehnen es ab, den Leuten, die im Gelde schwimmen, zu nahe zu treten. Die Losung Linker, das Geld dort zu holen, wo es ist, erscheint zwar einfach und naheliegend. Aber sie unterstellt eine Situation, die wir so nicht haben: Dazu bedürfte es einer anderen Gesellschaftsordnung, anderer Macht- und Eigentumsverhältnisse. Sie zu besitzen – gerade darin bestand ja die historische Größe der DDR, das war ihre wichtigste Errungenschaft: 40 Jahre lang entzog sie dem Kapital in einem Drittel Deutschlands die politische Macht und das ausbeuterische Eigentum. Sie holte sich tatsächlich das Geld dort, wo es war: bei den zuvor besitzenden Klassen.

Da Schröder diesen Weg weder gehen will noch kann, erweist sich seine Politik des ungehemmten Sozialabbaus als völlig logisch. Der Kapitalismus vermag sich Brot und Spiele nicht mehr zu leisten. Seit Jahren verändern sich die bescheidenen ökonomischen Wachstumsraten der BRD kaum noch. Jetzt wird sogar „Nullwachstum“ prognostiziert. Die Massenarbeitslosigkeit hat sich „auf hohem Niveau“ eingependelt. Die Unternehmer wollen weder einstellen noch ausbilden. Die Staatseinnahmen (vor allem aus Steuern, die prozentual ohnehin viel höher sind, als sie es in der

DDR waren) gehen weiter zurück. Und die Bevölkerungspyramide entwickelt sich nach Auffassung von Demoskopern „ungünstig“.

Um der ganzen Malaise zu entrinnen, bedürfte es radikal-demokratischer, antimonopolistischer Schritte. Dazu brauchte man jedoch eine klassenkämpferische Massenbewegung mit klarer Führung und – am Ende – einen entsprechenden Staat. Der aber ist 1989/90 durch eine Konterrevolution zerschlagen und von großen Teilen der Bevölkerung gegen Bananen eingetauscht worden.

Wer die gebündelten Probleme – wie Schröder – unter kapitalistischen Vorzeichen lösen will, dem steht nur ein Weg offen: Er muß den Arbeitenden, den an den Rand Gedrängten und den Rentnern in beide Taschen greifen und ihnen entweder Selbsterkämpfte oder mit Hilfe der damals existierenden Alternative DDR Errungenes rücksichtslos wegnehmen. In diesem Sinne handelt die Schröder-Regierung logisch und konsequent. Man darf ihr die Misere des Systems ruhig glauben.

Was uns Sozialisten und Kommunisten betrifft, ist täglicher Widerstand angesagt, wobei man im Strudel der Ärgernisse die große Perspektive des Kampfes – das sozialistische Ziel – niemals aus den Augen verlieren darf. **K. S.**



Hoffen auf Licht

Hinter den Fensterkreuzen steingrauer Häuserfassaden stemmt sich schwaches Licht gegen das Dunkel der Nacht. Hinter den gläsernen Augen nachtfahler Ziegelkaskaden verglühn künstliche Sterne, weichen gewohnter Macht. Doch mit dem Traum der Nacht sind die Sehnsucht auf Licht für den neuen Tag und der Wille erwacht, sich im Bunde zu wehren der Macht, die heute noch Ängste verlacht.

Hans-Dieter Krüger (1990)

Alt werden – Anschlag auf die Kassen der Klassengesellschaft

Es hat mehrere Tage gedauert, bis ich über die im „Neuen Deutschland“ veröffentlichte Horrormeldung hinwegkam: Es wurde vorgeschlagen, alten Menschen über 75 sollten aufwendige medizinische Leistungen, wie Dialyse, Herz- und Krebsoperationen durch die Krankenkassen nicht mehr bezahlt werden; es genüge, ihnen schmerzstillende Mittel zu verordnen.

Kam dieser menschenverachtende Vorschlag von irgendeinem Außenseiter? Keineswegs. Er wurde von hochdotierten Professoren, Spezialisten auf dem Gebiet der „Ethik“, unterbreitet. Von Leuten, die als Konsultanten für Politik und Wirtschaft großen Einfluß besitzen. Der katholische Theologe Prof. Joachim Wiemeyer (Bochum), bisher Berater der Bischofskonferenz, und Prof. Friedrich Breyer (Konstanz) sprachen sich in der ARD-Sendung „Report“ dafür aus, die medizinischen Leistungen für ältere Menschen drastisch zu begrenzen, sie faktisch einzustellen. Eine lebensretende Operation ist für einen 75jährigen dann nicht mehr möglich, er muß seinem Tod ins Auge schauen. Natürlich gilt die Ausgrenzung nicht für Betuchte. Sie können sich aus der eigenen Tasche jede noch so kostspielige ärztliche Betreuung leisten.

Es regt sich Widerstand. Der Vorsitzende der Ärztevereini-

gung Marburger Bund, Frank Ulrich Montgomery, sagte: „Die Forderung, älteren Menschen aus Kostengründen keine teuren medizinischen Leistungen zu gewähren, ist an Menschenverachtung kaum zu überbieten.“ Die Deutsche Hospizstiftung erklärte, was die Professoren Wiemeyer und Breyer jetzt öffentlich proklamierten, sei in den letzten Jahren bereits schleichend zur Realität im bundesdeutschen Gesundheitswesen geworden. Der Gedanke, alten Menschen dringende medizinische Versorgung zu verweigern, erinnert fast an das Euthanasieprogramm der Nazis, dem so viele Hilflose zum Opfer fielen. Ihr Leben galt als „unwert“. Alte Menschen sollen selektiert werden. Gab es das nicht schon einmal? Auch im Vernichtungslager Auschwitz wurden Arbeitsfähige von denen getrennt, die nicht mehr ausgebeutet werden konnten.

Wie man sieht, gehen die Monopolisten – und sie beherrschen ja auch die „Gesundheitsindustrie“ – buchstäblich über Leichen. Betrachtet man die Dinge bei Licht, dann handelt es sich bei dem Vorschlag der beiden Professoren, hinter dem sich andere Kräfte verbergen dürften, um „Sterbehilfe“ für Menschen, die leben wollen.

Ich habe, wie viele andere, die medizinische Fürsorge – gerade auch für Alte – in der DDR erlebt. Zu ihren Zeiten wäre ein Professor für Ethik (!), der einen solchen Vorschlag äußert, sofort zur Verantwortung gezogen worden. In der BRD verschaffen ihm die Medien die Gelegenheit, seine antihumanistischen Ideen einem Millionenpublikum zu unterbreiten.

Ich hätte als heute 90jähriger nicht geglaubt, einmal selektiert zu werden.

Herbert Thomas

Prof. Henke rechnet ab

Am 17. Juni 2003 – der Tag war nicht zufällig gewählt – feierte das Hannah-Arendt-Institut (HAI) sein zehnjähriges Bestehen. Das ist Anlaß, auch danach zu fragen, was das Institut zur Traditionspflege im Sinne des Vermächtnisses der Antifaschisten „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ getan hat.

Zum Glück kommt mir bei dem Versuch einer Bilanz ein Kompetenterer zu Hilfe: Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke, Direktor des Hannah-Arendt-Instituts von 1997 bis 2002, veröffentlichte im März 2003 den Artikel „Interesse und Erkenntnis“, der ein „Lehrstück konzertierter Krisenregulierung“ beschreibt. Es handelt sich um eine bitterböse Abrechnung mit jenen Mitarbeitern und Politikern, die ihn zunächst als Direktor stürzen halfen und dann nachträglich mit Hilfe eines sechs Seiten langen „Evaluierungs“-Berichts ihr undemokratisches Vorgehen rechtfertigen wollten. Henke verurteilt u. a. Sachsens Minister Rößler, die „Totalitarismus-Forscher“ Uwe Backes und Eckard Jesse, den Politologen Prof. Dr. Werner Patzelt und den bayerisch-sächsischen Prof. Dr. Heinrich Oberreuther. Beim Lesen des Henke-Textes erinnert sich unsereiner des Schicksals eines Michael Kohlhaas in den Fängen der sächsischen Justiz zur Lutherzeit und freut sich, daß dem Verfasser des „Lehrstücks“ heute so martialische Strafe wie einst Kohlhaas nicht droht.

Das Hannah-Arendt-Institut stand in den letzten Jahren im Mittelpunkt der Landespolitik und lenkte international mehr Medienecho auf sich als vermutlich jedes andere sächsische Institut. Allein der Landtag setzte mit ihm verbundene Probleme dreimal auf die Tagesordnung. Am 21. Januar 2002 gab es eine aktuelle Debatte „Die politische Instrumentalisierung des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts“, am 19. Januar 2001 ging es um dessen Perspektiven, und am 13. Juni 2002 behandelte man das Thema „Evaluation und politische Unabhängigkeit des HAI“. Welche Erkenntnisse und Schlußfolgerungen erlaubt der Text, den Henke vorgelegt hat?

Erstens weist er nach, daß die Arbeit des HAI und solcher „Totalitarismus-Forscher“ wie Jesse und Backes im Dienst konservativer politischer Interessen stehen. Er bestätigt damit das Urteil führender Kritiker der Totalitarismus-Forschung. Henke enthüllt, daß Backes und Jesse, die bei seinem Sturz eine besondere Rolle spielten, in den Augen des Präsidenten des Amtes für Verfassungsschutz, Dr. Peter Frisch, besonders wertvolle Streiter für die „freiheitlich-demokratische Ordnung“ seien. Nicht so überraschend für Interessierte ist die Mitteilung, daß das von den beiden Herren herausgegebene Jahrbuch „Extremismus & Demokratie“ politisch wie finanziell vom Verfassungsschutz unterstützt wird.

Beide „Totalitarismus-Forscher“ spielten bei den „Diadochen“-Kämpfen um die Nachfolge Kurt Biedenkopfs eine besondere Rolle. Mit Forschung und Wahrheitssuche kann das wohl kaum erklärt werden. Zweitens: Henkes Selbstverteidigung, die durch 100 Quellenangaben gestützt ist, ermöglicht einen tieferen Einblick in die Ursachen und das Wesen der Auseinandersetzungen am Institut, die der Öffentlichkeit meist als „Querelen“ zwischen Mitarbeitern verkauft wurden. Am bekanntesten war der „Skandal“, den eine Veröffentlichung Lothar Fritzes unter dem Titel „Die Bombe im Bürgerbräukeller“ auslöste. Sie erschien entgegen dem ausdrücklichen Wunsch Henkes zum 60. Jahrestag des mißglückten Attentats Georg Elgers auf Hitler. Dieser blieb damals unversehrt, einige Unbeteiligte wurden getötet. Fritze warf die Frage auf, ob ein solcher Anschlag moralisch gerechtfertigt werden darf, und löste damit einen Sturm in den Medien aus. Das Echo „war prompt und vernichtend“, resümiert Henke.

Im Streit wurden grundsätzliche Fragen aufgeworfen. Henke erinnert daran, daß schon CDU-Justizminister Heitmann öffentlich „weniger Antifaschismus“ und „mehr Antistalinismus“ gefordert hatte. Uwe Grüning, CDU-Landtagsabgeordneter und Kuratoriumsmitglied des Instituts, hatte kritisiert, daß sich dieses zu wenig mit der DDR-Geschichte beschäftige. Den Vorwurf kann allerdings nur der erheben, der nicht einmal die Literaturliste des Instituts kennt. Henke versucht, die Kritik als unberechtigt zurückzuweisen, indem er „Erfolge“ seiner Arbeit auflistet: Die „Drittmittelgelder“ seien vervielfacht worden; man habe das wissenschaftliche Personal auf gut zwei Dutzend Mitarbeiter erweitert; eine Reihe von Veröffentlichungen habe Anerkennung gefunden, so u. a. „Staatssozialistische Diktaturen in Deutschland und im internationalen Vergleich“, „Ideologische, ökonomische, soziale und kulturelle Dimensionen von Weltanschauungsdiktaturen“, „Sachsen unter zwei Diktaturen“ usw. Als besondere Leistung hebt Henke Arbeiten zur Geschichte der Dresdner Bank hervor. Ob solche Beiträge das Existenzrecht des HAI begründen, soll hier nicht erörtert werden. Henke führt sie nur an, um zu beweisen, wie bitter das Unrecht ist, das ihm die Mitglieder der „Evaluierungskommission“

antaten. DDR-Wissenschaftler, die 1990 gnadenlos „abgewickelt“ wurden, können ihm das nachfühlen.

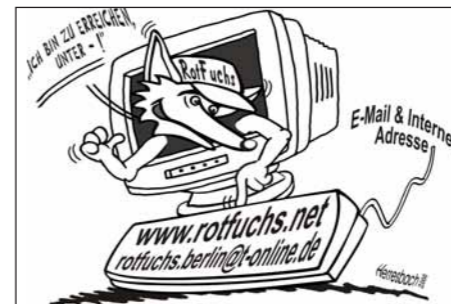
Drittens: Henkes Selbstverteidigung ermöglicht dem Interessierten einen bescheidenen Einblick in die skrupellosen Methoden, mit denen in Sachsen Wissenschaftspolitik gemacht wird. Der Leser erfährt u. a., daß Minister Rößler dreimal die Satzung des HAI in undemokratischer Weise ändern ließ, um seine politischen Interessen durchzusetzen. Zunächst erreichte er, daß es einen zweiten – ihm willfährigen – stellvertretenden Institutsdirektor gibt; dann sorgte er 1999 dafür, daß die „Bestallung“ des Leipziger Geschichtsprofessors Werner Bramke, der bis März 2003 der PDS-Fraktion angehörte, als Kuratoriumsmitglied verhindert wurde; schließlich verfügte er, daß der Direktor des HAI auch ohne akademisches Berufungsverfahren ernannt werden kann. Eines der Ergebnisse solchen Vorgehens ist, daß von 7 Kuratoriumsmitgliedern 5 in der CDU sind. Henke nennt das „wohlkalkulierten Scheinpluralismus“.

Wer an DDR-Hochschulen gearbeitet hat, wird verblüfft Henkes Information zur Kenntnis nehmen, wonach Backes „während der gesamten Arbeitszeit des Direktors (Henke – H. S.) keine einzige Zeile in den Institutsveröffentlichungen publizierte“. Wofür hat er dann sein Geld erhalten, für das der Steuerzahler aufkommen muß? Henke erwähnt, daß Backes „auf Vermittlung“ des berühmten-berühmten französischen „Schwarzbuch-Autors“ Stephane Courteois einen halbjährigen „Forschungsurlaub“ in Paris wahrnehmen konnte. Woran ist da wohl „geforscht“ worden?

Henke geht mit den Backes, Jesses & Co scharf ins Gericht: „Bei kanonischer Auslegung der Totalitarismus-Vorstellungen von Hannah Arendt ...“ müsse das HAI ... „von der Erforschung des Honecker-Mielke-Sozialismus gänzlich Abstand nehmen“. In der Tat hat Hannah Arendt die DDR nie zu den „totalitären“ Staaten gezählt. Henke folgert: „Der Vergleich von SED, Staatssozialismus und Nationalsozialismus ist ... in erster Linie Ressourcenvergeudung, denn niemand ist bisher – wenig überraschend – in der Lage darzulegen, welche Erkenntnisse uns über die NS-Zeit bzw. die DDR ohne deren Vergleich denn bislang verschlossen geblieben sind.“

Freilich ergäbe sich dann die Konsequenz, daß sich die „Totalitarismus-Forscher“, nicht nur in Dresden, einer nützlicheren Arbeit zum Wohle des „Volkes“ und zum Vorteil der Steuerzahler zuwenden könnten. Zumindest die Arbeiten, die der Direktor als seine Erfolgsbilanz auflistet, bedürften nicht der Planstelle im Hannah-Arendt-Institut.

Prof. Dr. sc. phil. Horst Schneider, Dresden



Trojanische Pferde

Mit vollem Recht und guten Argumenten wendet sich Genosse Majorow in der Mai-Nummer des „RotFuchs“ gegen die Lüge von der „Wende“. Aber in einem Punkt erscheinen mir seine Ausführungen ergänzungsbedürftig. In der Mitte des Artikels schreibt Majorow: „Nach der Festigung der Diktatur des Proletariats und angesichts der Existenz starker Schutz- und Sicherheitsorgane, eines breiten gesellschaftlichen Rückhalts und ausländischer Bündnispartner blieb die Konterrevolution ohne sofortige Siegeschancen (Polen/ Poznań und Ungarn 1956). Nun mußten andere Kräfte und Formen gefunden werden, denn reaktionäre Gewalt führte fast immer zu einer Stärkung des Abwehrpotentials der Verteidiger des Sozialismus. Die ungarische Konterrevolution 1956 bildete hierfür eine wichtige Zäsur. In ihr wurden Faktoren sichtbar, die für die Zukunft mehr Erfolg verhiessen.“

Ist diese Zäsur nicht zu weit nach hinten im Jahr 1956 verlegt? Gab es zu Beginn jenes Jahres nicht eine andere, viel entscheidendere Zäsur, die mit dem XX. Parteitag der KPdSU zu tun hat? Zur Erinnerung einige Daten und Fakten, die vor der ungarischen Konterrevolution lagen und halfen, ihr den Boden zu bereiten.

Auf dem VII. Parteitag der Bulgarischen KP im Juni 1958 erklärte N. S. Chruschtschow: „Die kommunistischen Parteien führen einen unversöhnlichen Kampf gegen Revisionismus und Dogmatismus. In diesem Kampf richtet sich ihr Hauptfeuer naturgemäß gegen die Revisionisten als die Kundschafter des imperialistischen Lagers ... Der moderne Revisionismus ist eine Art trojanisches Pferd. Die Revisionisten versuchen, die revolutionären Parteien von innen zu zersetzen, die Einheit zu unterminieren und Verwirrung und Durcheinander in die marxistische Ideologie zu tragen ...“ Und er fuhr fort: „Im Jahre 1948 nahm die Konferenz des Informationsbüros (der kommunistischen und Arbeiterparteien) eine Resolution ‚Über die Lage in der KPJ‘ an, die eine berechnete Kritik an der Tätigkeit der KP Jugoslawiens in einer Reihe prinzipieller Fragen enthielt. Diese Resolution war im wesentlichen richtig und entsprach den Interessen der revolutionären Bewegung.“ (ND v. 5. 6. 1958)

Auf der Moskauer Beratung von 1960 wurde konstatiert: „Die kommunistischen Parteien haben die jugoslawische Spielart des internationalen Opportunismus, die einen konzentrierten Ausdruck der ‚Theorien‘ der modernen Revisionisten darstellt, einmütig verurteilt. Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, die den Marxismus-Leninismus verrieten, indem sie ihn für veraltet erklärten, haben der Erklärung von 1957 ihr antileninistisches revisionistisches Programm entgegengestellt, ihr Land vom sozialistischen Lager losgerissen, es von

der Hilfe der amerikanischen und anderen Imperialisten abhängig gemacht ... Die jugoslawischen Revisionisten betreiben eine Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Weltbewegung ... Die weitere Entlarvung der Führer der jugoslawischen Revisionisten und der aktive Kampf dafür, die kommunistische Bewegung wie auch die Arbeiterbewegung gegen die antileninistischen Ideen der jugoslawischen Revisionisten abzuschirmen, ist nach wie vor eine unerläßliche Aufgabe der marxistisch-leninistischen Parteien.“

Nach dieser Erinnerung an die prinzipielle Position der kommunistischen und Arbeiterparteien zum Tito-Revisionismus, wie sie 1958 auch von Chruschtschow ausgesprochen wurde, nun also zwei Daten, die lange vor den Ungarn-Ereignissen liegen: 1. Derselbe Chruschtschow, der 1958 die Tito-Revisionisten als Kundschafter des Imperialismus bezeichnete, öffnete der Zersetzungsarbeit dieser Kundschafter innerhalb der kommunistischen Bewegung Tür und Tor, als er bei seiner Ankunft in Belgrad am 26. Mai 1955 erklärte: „Teurer Genosse Tito! Wir haben eingehend die Materialien überprüft, auf denen die schweren Beschuldigungen und Beleidigungen beruhen, die damals gegen die Führer Jugoslawiens erhoben wurden. Die Tatsachen zeigen, daß diese Materialien von Volksfeinden, niederträchtigen Agenten des Imperialismus, fabriziert waren ...“

Stellt es nicht eine Zäsur dar, wenn durch den Führer der KPdSU ein Kundschafter des Imperialismus zum unschuldigen Opfer von „erfundene[n] Beschuldigungen imperialistischer Agenten“ erklärt und ihm dadurch freie Hand für seine Zersetzungsarbeit in den kommunistischen Parteien verschafft wird?

2. Vom XX. Parteitag ging der Impuls für die konterrevolutionären Ereignisse des Jahres 1956 aus, von denen bei Genossen Majorow die Rede ist. Am 11. Juli 1956 hielt US-Außenminister John Foster Dulles eine Rede, in der er sich auch zu diesem Ereignis äußerte. Die bürgerliche Presse berichtete darüber so: „Dulles sieht eine Befreiung der Satellitenstaaten für möglich an. Er sagt voraus, daß Kräfte der Freiheit, die nun hinter dem Eisernen Vorhang am Werke seien, sich als unwiderstehlich erweisen und daß sie die internationale Szenerie bis zum Jahre 1965 umändern könnten. Die Anti-Stalin-Kampagne und ihr Liberalisierungsprogramm hätten eine Kettenreaktion ausgelöst, die auf lange Sicht nicht aufzuhalten sei.“

Tito erklärte nach der von ihm verurteilten Niederwerfung der ungarischen Konterrevolution: „Gemeinsam mit den polnischen Genossen werden wir gegen solche Tendenzen kämpfen müssen, die in den verschiedenen anderen Parteien der Ostländer oder im Westen auftreten.

Dieser Kampf wird schwer und langwierig sein, denn jetzt geht es wirklich darum, ob in den kommunistischen Parteien der neue Geist siegen wird, der in Jugoslawien seinen Ausgang genommen hat und für den in den Beschlüssen des XX. Kongresses der KPdSU ziemlich viele Elemente geschaffen wurden.“

Tito bezeugte damit meine Feststellung, daß der XX. Parteitag die schärfste Zäsur in der Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staatengemeinschaft sowie der entscheidende Ausgangspunkt für alle nachfolgenden konterrevolutionären Attacken und deren schließlichen Erfolg ist.

Hierzu gehörten auch die nachfolgenden Ereignisse in Polen. Auf dem 8. Plenum des ZK der PVAP (Oktober 1956) wurde der 1948 wegen rechter Abweichungen abgesetzte Wladislaw Gomułka wieder zum Generalsekretär gewählt. Tito kommentierte: In Polen sei „ein Kern mit Gomułka an der Spitze geblieben, der auf dem 8. Plenum die Dinge in seine Hände zu nehmen und mutig einen neuen Kurs einzuschlagen vermocht“ habe. Das sei „dem reifen Verständnis und dem Verhalten der sowjetischen Staatsführung ... zu verdanken“. Zugleich war Tito mit der Führung anderer sozialistischer Staaten, darunter der SED, sehr unzufrieden. „... Bei diesen Ländern hat Polen nicht das gleiche Maß an Unterstützung gefunden wie bei den sowjetischen Staatsmännern, die einer solchen Haltung Polens zustimmten.“

Im Oktober 1956 wurde Imre Nagy durch den gemeinsamen Druck von Tito und Chruschtschow ungarischer Regierungschef. Er übernahm sofort die Schirmherrschaft über die konterrevolutionären Banden, die am 23. Oktober den bewaffneten Kampf gegen die Volksrepublik begannen. Am 1. November 1956 erklärte Nagy den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Vertrag und rief den Westen um Hilfe an. Wegen seines Verrats wurde er zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Aus all dem ergibt sich, daß die ungarische Konterrevolution von 1956 keineswegs das einschneidende, zäsurbildende Ereignis war, das dazu gezwungen hätte, neue Kräfte und Formen einer schleichenden, durch innere Zersetzung vorangetriebenen Konterrevolution zu wählen. Sie war vielmehr das Ergebnis des bereits 1955/56 vollzogenen Übergangs der äußeren und inneren Feinde des Sozialismus zu eben einer solchen schleichenden, von oben betriebenen, die sozialistische Gesellschaft und Staatsmacht von innen her zersetzenden Konterrevolution, deren Folge, wenn ihr nicht Einhalt geboten wurde, in irgendeiner Form das sein mußte, was wir 1989/90 erlitten. **Dr. sc. Kurt Gossweiler**

Als Bauer in der DDR (8 und Schluß)

Bei der Kreisleitung meinte man, daß ich zwar gute ökonomische Erfolge erreichte, aber an politischer Bildung fehle es mir. Ein Parteischulbesuch sei da gerade das Richtige. Erst später wurde mir klar, daß man dadurch meine Widerspenstigkeit bändigen wollte.

Vor Beginn des Studiums mußte ich drängende Fragen in der LPG klären. Der Stallumbau erforderte meine ganze Kraft. Selbst für die Erarbeitung von Hausordnungen für LPG-eigene Gebäude war ich zuständig. Die Habgier einzelner Mitglieder machte mir zu schaffen: Die Waldeigentümer hatten, wie es das Statut vorsah, ihre Baumbestände ebenfalls in die LPG eingebracht. Nachdem wir die Wälder jahrelang selbst bewirtschaftet hatten, übergaben wir sie Ende der 60er Jahre vertraglich an den Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb.

Als Bauer Rasche 1970 in die LPG Typ III übertrat, traf die Regelung auch für seinen Wald zu. Vorher schlug er jedoch ohne Absprache mit uns noch schnell 20 Festmeter Holz für sich. Natürlich blieb das nicht lange im verborgenen. Der Vorstand beschloß, daß Rasche als Ausgleich drei Festmeter Latten für den Schulzaun unentgeltlich zu liefern hatte. Damit war er gut davongekommen. Außerdem führte ich noch vor meinem Weggang die Mittagessenversorgung für alle Mitglieder der LPG ein, was die Frauen wesentlich entlastete.

Am 1. September 1970 begann der Lehrgang an der Bezirksparteischule in Dresden. Es war ein wesentlicher Einschnitt in meinem Leben. Zehn Monate lang wurde ich in ein Kollektiv eingebunden, das ich mitformen konnte, das aber noch stärker mich formte. Ich war einer der ältesten Lehrgangsteilnehmer und selbständiges Arbeiten gewohnt. Mir fiel es schwer, mich in das Lernkollektiv einzufügen. Ich mußte ständig büffeln und mich auf die Seminare vorbereiten. Die eigene Meinung galt nichts, die des Kollektivs um so mehr. Wer aber war das Kollektiv? War es nicht oft eine schweigende Mehrheit, die den einzelnen allein ließ, wenn seine Meinung von der der anderen abwich?

Ich wurde Studiengruppenleiter und kam mit meiner Truppe, deren Mitglieder alle aus dem Kreis Niesky stammten, gut klar. Ich war der einzige Landwirt unter ihnen. In einer Diskussion über Agrarfragen forderte mich der Seminarleiter auf, meine Ansichten zur sowjetischen Landwirtschaft zu darzulegen. Nun hatten wir ja zwei Jahre zuvor unsere Wolga-Schiffsreise unternommen und dabei auch einiges kritisch festgestellt. „In der Sowjetunion haben sie noch einen ziemlichen Nachholbedarf“, lautete meine ehrliche Antwort. Da brach ein „Gewitter“ über mich herein! Nicht einmal die Begründung meiner Meinung war gefragt. Sitznachbar Peter

flüsterte mir zu: „Das war politisch falsch.“ Na so etwas!

Beim Studium Leninscher Werke gelangte ich zu anderen Schlüssen. Ich bemühte mich, tiefer in die Gedankenwelt der marxistischen Klassiker einzudringen und sie auf die Praxis zu übertragen. Das ging anderen aber schon zu weit.

Noch während des Lehrgangs erfuhr ich vom Landwirtschaftssekretär der Kreisleitung, was man mit mir vorhatte: Ich sollte nicht in meine LPG zurückkehren. Größere Produktionseinheiten wurden jetzt gebildet, um eine höhere Effektivität zu erzielen. Ich sah darin die künftige Entwicklung, die ich seit jeher für richtig gehalten hatte.

Im Sommer 1972 wurde ich von allen beteiligten LPGs zum Vorsitzenden der Zwischengenossenschaftlichen Einrichtung „Jungrinderaufzucht Sächsische Schweiz“ gewählt. Ich koordinierte die Vertragsbeziehungen zwischen den LPG unseres Kreises und denen der Kreise Görlitz und Kamenz. Unsere Betriebe kauften alle Kälber der LPGs aus diesen Kreisen auf. In der 6000 Plätze fassenden Kälberanlage Lichtenhain zogen wir Tiere bis zu einem Alter von sechs Monaten auf. Von dort gingen sie in die Jungrinderanlagen nach Hohnstein, Ulbersdorf, Saupsdorf, Mitteldorf und Krumhermsdorf. Als hochtragende Färsen wurden sie schließlich wieder an die Kreise Görlitz und Kamenz verkauft. Es machte mir Spaß, über Kreisgrenzen hinaus zu organisieren, zu lenken und zu leiten. Besonders an die Kollegen im Kreis Görlitz erinnere ich mich gern.

Wir waren als zwischengenossenschaftliche Einrichtung relativ selbständig und faßten die Entscheidungen in unseren Vorstands- und Bevollmächtigtenversammlungen unabhängig. Darüber hinaus kümmerte ich mich gemeinsam mit meinem Aufbauleiter um die Errichtung der Kälberaufzuchtanlage. Dabei wurden wir von den Kollegen der Baubetreuung der Räte der Kreise und des Bezirkes unterstützt. Das war eine gute, freundschaft-

liche Zusammenarbeit. Nicht anders war das Verhältnis zur Leitung der Tierzucht Dresden. Zwischen uns herrschte Gleichberechtigung.

Nach fünf Jahren hatten sich die Jungrinderanlagen wirtschaftlich stabilisiert. Die Kälberaufzuchtanlage Lichtenhain hatte ihren Betrieb aufgenommen. Außerdem waren im Kreis zwei große Milchviehanlagen entstanden. Organisch gewachsen, schien eine Etappe zur „Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande“ abgeschlossen zu sein. Warum aber mußten die relativ selbständigen, gesunden Beziehungen spezialisierter LPGs aufgegeben werden? Unsere zwischengenossenschaftliche Einrichtung wurde jedenfalls auf staatliche Weisung aufgelöst. Meine bisherigen Aufgaben übernahm der VEB Tierzucht.

Werner Döring, Hohnstein

Hier beenden wir die Ausschnitte aus dem interessanten Lebensbericht eines gebildeten Bauern, wie ihn nur der Sozialismus hervorgebracht hat. Werner Döring war anschließend LPG-Vorsitzender in Mitteldorf, Sicherheitsinspektor, Parteisekretär und manches andere. Auch heute noch steht der 77jährige Genosse im politischen Leben der Region seinen Mann. Wie er die Geschehnisse von 1989/90 verarbeitete, schreibt er in seiner Autobiographie: „Trotz des Versagens unserer politischen Führung konnten mich die sich überschlagenden Ereignisse nicht in meiner Grundhaltung beirren ... Ein angesehener alter Bauer stand damals in der Vollversammlung auf und appellierte an die Anwesenden, nun erst recht zusammenzuhalten. Ich stimmte ihm zu ... Zum 1. Mai 1990 hängte ich wie immer am LPG-Gebäude die DDR-Fahne heraus. Am nächsten Morgen lag sie verschmutzt und mehrmals mit einem Traktor überfahren am Boden.“

Menschen wie Werner Döring haben die DDR aufgebaut und ihr Bild geprägt. Ihnen gehört unser Respekt.

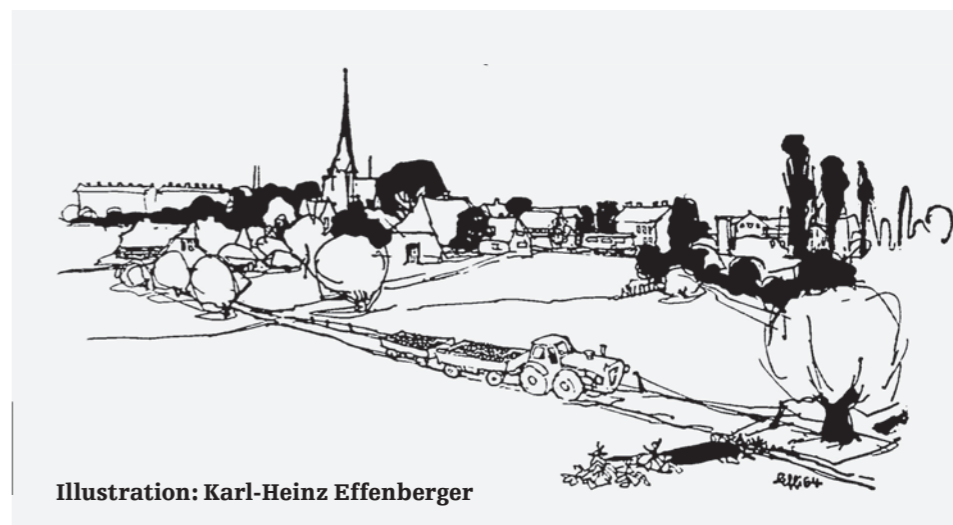


Illustration: Karl-Heinz Effenberger

Als 150prozentige Normerfüllung zur „Norm“ wurde

Realer Maßstab?

Nun hat auch die PDS, in Gestalt ihrer Historischen Kommission, den 17. Juni 1953 als „Arbeiteraufstand“ erkannt, was allerdings die Konsequenz nach sich zieht, daß die ausgesprochene Arbeiterforderung in ihm, die Normenfrage, an die erste Stelle der Haltung rückt, die man zu diesem „Aufstand“ einnimmt. „Den Arbeitern (!) jedoch blieb das Wichtigste (!) versagt (in jenen ersten Korrekturbeschlüssen des Politbüros vom 9. und 11. Juni – H. J.): Der Beschluß zur Normenerhöhung wurde sogar bekräftigt. Das trieb die Bauleute in der Hauptstadt auf die Straße. Erst daraufhin (also erst auf den 17. Juni hin – H. J.) rückte das Politbüro auch von jenem Mai-Beschluß ab (der die Erhöhung der Normen um 10 % gewünscht und angewiesen hatte – H. J.) – halbherzig und ohne es hinreichend publik zu machen.“

Vollherzige Rücknahme der Normenerhöhung und hinreichende Publizierung des entsprechenden Beschlusses hätten demnach den 17. Juni verhindert? Dann sollte man in dem angeblichen Arbeiteraufstand doch nicht das sehen, was von bestimmter Seite hineininterpretiert wird.

Aber zurück zur Normenfrage: Die PDS erklärt durch den Mund ihrer Historiker nicht, wo sie die Lösung des Problems gesehen hätte bzw. sieht. Was ist denn nun richtig? Ständige Übererfüllung der Norm um 30, 50, 80 oder gar 100 %, wie es seit fünf Jahren (seit 1948) in der Praxis der DDR „eingerissen“ war oder 10prozentige „administrative“ Erhöhung der Stückzahl, also Senkung der Arbeitszeiten pro Stück bei Stücklöhnen? Man muß doch nicht nur den Beschluß der Partei und der Regierung von 1953 sehen, sondern auch die Frage stellen, in welchem Verhältnis er zur realen Erfüllung von Normen in der DDR stand. Es ist doch ein Unterschied, ob von einer durchschnittlichen Erfüllung von 100 % ausgegangen werden kann oder von einer, sagen wir, die bei 150 % lag.

Auch muß man die Frage auf ihren allgemeinen ökonomischen Boden stellen – dem Verhalten zu den Preisen (Preissummen, Geldmengen, Lohnmengen) unter dieser Bedingung steigender Produktivität: Sanken sie oder blieben sie konstant? Was ist im Sozialismus anders als im Kapitalismus?

Sinkende Preise bedeuten, daß eine selbe Geldmenge mehr Waren kaufen kann. Die Löhne brauchen nicht erhöht zu werden. Konstant bleibende Preise aber bedeuten, daß die Löhne angehoben werden müssen. Schließlich: Wie ist es denn mit der Normenpolitik in der DDR weitergegangen? „Der Beschluß der Normenerhöhung wurde sogar bekräftigt“, kritisieren die PDS-Historiker das Verhalten des Politbüros am 16. Juni. Aber was wissen sie von jener Reform, die 1962 in der DDR erfolgte, als die 100prozentige Erfüllung der Normen im Prinzip wiederhergestellt wurde – auch „administrativ“, ohne daß allerdings die

Löhne dabei gesenkt wurden? (Beim Mai-Beschluß 1953 bedeutete die 10prozentige Erhöhung der Normen eine entsprechende Senkung der Löhne.) 1962 war das so, daß die Lohnanteile aus der Normenübererfüllung den Tariflöhnen als fester Mehrlohn hinzugefügt wurden. Die absolute Lohnhöhe blieb demnach unverändert. Hatte die SED nicht gelernt und richtig gelernt? Später, in den 60er und 70er Jahren, bis in die 80er wurden nur die Mehrlohnbeiträge erhöht, einmal wohl auch der Tarif (jedenfalls in meinem Betrieb – MLK Berlin – war es so). Jetzt hatte man den richtigen Mechanismus gefunden, der „17. Juni“ im Eigentlichen – als Grund, als Ursache für Frust am Beginn des Sozialismus – war endlich aus der Welt geschafft. Die Zeit vor dem 17. Juni, aber auch dieser selbst, haben also eine Nachgeschichte. Sie zeigt in einer Gesamtchronik des Lohnes im Sozialismus der DDR sowohl eine lernende SED als auch eine offensichtlich begreifende Arbeiterschaft.

Worum geht es überhaupt? Darum, daß mit der Produktivität die Löhne stiegen; eine Forderung, die schon Marx im „Kapital“ stellte. (Seine Lösung konnte nur die sein, daß Löhne unter der Bedingung sinkender Warenpreise langsamer sinken als die Preise.) Im Sozialismus soll die Akkumulation

Stempelaufdruck „ausgemerzt“

Mancher Umsichtigere hat nach dem Bilder- und Büchersturm von 1989/90 dafür gesorgt, daß Bewahrenswertes erhalten blieb. Ganze Bibliotheken, die auf der Müllhalde „entsorgt“ oder durch „Recycling“ aus der Welt geschafft werden sollten, konnten so gerettet werden. Es gibt dafür eine Reihe von Vorbildern.

Ähnliches – in freilich bescheidenerem Ausmaß als anderswo – vollzog sich jetzt ganz still am äußersten östlichen Rand der Kulturhauptstadt Europas, die 1999 „am Meer“ lag. (Weimar = Wihemar = „geweihtes Meer“). Hier stehen im Erdgeschoß eines alten Bauernhauses in der Ilmtalstraße 51 des Ortsteils Taubach auf 50 Quadratmetern etwa dreitausend Bücher aus DDR-Produktion, geordnet nach Fach- und Sachgebieten, fein säuberlich in neu aufgestellten Regalen. Die Hälfte davon sind Kinder- und Jugendbücher, aber es gibt auch Fachliteratur, Belletristik und Schallplatten. Die meisten von ihnen tragen den eingestempelten Vermerk „ausgemerzt“, viele von ihnen mit eingeklebtem Ausleihzettel, wurden aber noch nie verliehen, sind also fabrikneu. Sie alle wurden vor einem Jahrzehnt von der Kreisbibliothek einer Mittelstadt weggeworfen, als diese hopplahopp ihr Domizil in einer Villa räumen mußte, deren westlicher Eigentümer seine Ansprüche darauf geltend machte. Bevor die besagten Buchmassen in die bereitstehenden Container flogen, hat sie samt einigen Buchregalen, die nun ebenfalls überflüssig waren, der

auch eine der Arbeiter sein, nicht nur eine in mehr Arbeitern, wie im Kapitalismus üblich. In diesem Sinne war die Forderung auf Erhalt der Löhne am 17. Juni ein Recht der Arbeiter, unterstellt man, daß der Lohnzuwachs auf echtem Produktionszuwachs beruhte und nicht auf der beliebigen Übererfüllbarkeit falscher, weil zu niedrig berechneter Normen. Aber den Lohnzuwachs, der aufgrund des neuen ökonomischen Mechanismus an sich gegeben war, gesellschaftlich zu begründen, war ein Recht der Arbeiterpartei! Die individuelle Basis der Begründung, die individuelle Normenübererfüllung mußte letztlich fallen. Den Lohn folglich zu erhalten, aber ihn in seiner Bestimmung in einen festen Teil (Tarif), der auf die Qualifikation des Arbeiters zurückzuführen war, und den anderen steigenden Teil aufzuspalten, der auf gesellschaftlichem Produktionszuwachs beruhte, wäre die Lösung des Problems schon am 17. Juni gewesen.

Das Verständnis der Normenfrage, vor allen Dingen deren Lösung, unterstellt im Sozialismus ein neues Verständnis der Preise (Preissummen, Geldmenge, Lohnmenge auf deren Basis). Es wird nicht Zeit in Menge umgesetzt, sondern Menge auf Zeit verteilt, was zu begreifen ist.

Hermann Jacobs

Berichterstatter mit seinem Sohn im Kleinbus abtransportiert, aufgehoben und nun wieder den wichtigsten Förderern und Schützern menschlicher Kultur zur Verfügung gestellt: den lesenden Menschen.

In diesen Tagen, in denen es sich zum siebzigsten Mal jährte, daß in Deutschland Bücher durch den Flammentod vernichtet wurden, ist es ein kleines Zeichen der Wiedergutmachung an den damals und auch neuerdings Verfeimten, wenn sie jemand denen wiedergibt, für die sie gedacht sind: den Wißbegierigen, den Lesehungrigen, den Wahrheitssuchenden. In meinen Augen ist es nur ein technischer Unterschied, ob ich ein Buch den Flammen oder dem Müll übergebe. Es lebe der kleine Unterschied! Nein, es lebe und wirke fort, was Generationen von Schriftstellern, Illustratoren, Fotografen, Zeichnern und Buchherstellern geleistet haben in einem Land, in dem das Buch, staatlich hochsubventioniert, eine wichtige Rolle im Leben seiner Bürger spielte, eben in einem Kulturland ersten Ranges.

Da des Berichterstatters Frau und er selbst ihr Tun völlig ehrenamtlich ausüben, also auch nicht mit Unterstützung ihrer Kulturhauptstadt rechnen können, sind sie vorerst noch nicht imstande, reguläre Öffnungszeiten einzuführen. Dafür aber kann eine Telefonnummer von Interessierten gewählt werden, um individuellen Lesewünsche zu entsprechen. Sie lautet: 036453/81256.

Peter Franz, ev.-luth. Theologe

Die Jungens aus dem Kohlenpott

Zum Beispiel Piefke

1947. Er war ein echter Junge aus dem Kohlenpott, in Günnigfeld geboren und ein -skibowsky. Trotzdem hieß er Piefke. Weiß der Deiwel, wer wann und warum ihm diesen Namen verpaßt hat.

Wir waren um die 15, 16 Jahre alt, noch über Tage beschäftigt: auf dem Holzplatz, der Verladung, im Kesselhaus, in der Schreinerei, der Fettfabrik, der Grubenschlosserei oder in irgendeiner anderen Werkstatt. (Alle träumten wir vom Posten als Probennehmer im Labor oder wünschten uns, Laufbursche in der Markscheideerei zu werden.) Wenn wir Morgenschicht hatten, trafen wir uns nachmittags zum Pöhlen unten neben dem Bahndamm, um nebenher bei Gelegenheit einen Kohlenzug kapern zu können. Unsere Marmeladeneimer hatten wir immer dabei.

Einmal wollten wir schon abziehen, weil es mächtig regnete, und das Spiel sowie so unentschieden stand, da quietschten doch noch Räder und Puffer eines Güterzuges, weil das Vorseignal auf HALT stand. „Stückkohle!“ Alle Mann rauf auf die Waggons!

Plötzlich quietschte auch Piefke – doch der wie ein abgestochenes Schwein. Er war unten geblieben, hatte mit einem Knüppel eine Waggontür entriegelt und sich unter deren Rollen eine Flosse geklemmt. Wir sprangen wieder auf die Böschung. Der Zug ruckte an, aus dem Waggon, an dem Piefke hantiert hatte, rutschte die Kohle nur so raus. Alle liefen wir, was das Zeug hielt, mit unserer Beute nach Hause, trommelten Verwandte und Nachbarn zum

Einsacken von Piefkes klug erbeuteter Sore zusammen. Derweil stand Piefke immer noch wie bestellt und nicht abgeholt oben im Regen neben den Gleisen. Mit leeren Eimern zurück, scharten wir Jungens uns jetzt erst um ihn, während die Alten sich auf die ausgelaufenen Kohlen stürzten. Piefke streckte uns zitternd eine zermanschte Hand entgegen, aus der nicht einmal viel Blut tropfte. Weiße Sehnen in rotem Fleisch und bleiche spitze Knochen splitter. Keiner von uns kam auf die Idee: Der Bursche muß ins Krankenhaus.

„Mein Alter ist doch Meister in der Kohlenwäsche, ich darf keine Kohlen klauen. Haut mich ja nicht in die Pfanne! Ich tu' die Mütze um die Hand, dann pöhlen wir weiter. Scheiß auf das bißchen Regen“, flehte Piefke nachgerade. Irgendwie fiel uns allen ein Stein vom Herzen. Wir hatten nur kohlrabigroße schlappe Gummibälle damals oder aus Lumpen mit Schießdraht zusammengezurrt Stoffkugeln. Noch während wir ehrgeizig wie immer zwei neue Mannschaften wählten, machte Piefke schlapp. Fiel einfach um.

Ein Jahr später waren wir alle als Schleppler im Untertagebetrieb. Meist erst im Füllort oder im Umlauf an Blindschächten; Wagen an- oder abkuppeln.

Und wieder ein Jahr danach trafen sich vier von uns zufällig auf der Kirmes vor der Boxbude auf dem Gertrudisplatz und palaverten wie üblich. Piefke, der lustige Knirps, witzelte wie früher. „Mit der Krüppelhand kann ich im Loch noch Wagen abkuppeln, nur boxen kann ich nicht damit, sonst könntet ihr schlappen Pille männer samt der Kirmesboxer hier was erleben!“ Wir standen im Kreis, 0 und wie auf Kommando streckte jeder spontan eine Hand aus; wir starteten auf unsere im Pütt verkröpften Pfoten und lachten dabei. Ich zählte statt zwanzig nur elf und einen halben Finger, davon zwei Daumen; einige mit gekrümmten und gesplissenen Kuppen. Alle kamen nach und nach vor Kohle.

Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen



Aus „The Guardian“, Sydney

Angeregt und aufgeregt durch eine Fernsehsendung am 27. Mai 2003 im ZDF zum 300jährigen Jubiläum von „St. Petersburg“ widme ich mein Gedicht den Straßenkindern dieser Stadt, die ich 1991 – damals hieß sie noch Leningrad – kennenlernte.

Wolodja, 12

Leere Augen
im Dunkel
unter der Straße
die Mutter verschwunden
betrunken der Vater
den Hunger vertreibt
der giftige Leim.

Allein ist er nicht
Zehntausende hausen
dort unten.

Und oben
feiern die Reichen
in goldnen Palästen
den Sklavenhalter
den Zaren
mit Kaviar und Sekt
spenden ergaunerte Gelder
tanzen für Wohltätigkeit.

Vergessen der Retter
Lenin
und Stalins Sowjetsoldaten
die einst vom Faschismus befreiten
die neunhundert Tage belagerte Stadt.
Vergeblich
versucht man
nach dreihundert Jahren
tätlich zu morden
die Revolution.

Eva Ruppert

Die „RotFuchs“-Familie wächst weiter

Strausberg

Nach der gelungenen Auftaktveranstaltung im März – einem Forum mit Botschafter a. D. Rolf Berthold zur aktuellen Lage in China – ist der „RotFuchs“ inzwischen zu einem gern gesehenen Gast in Strausberg geworden. Unter dessen fand am 24. Mai das zweite Treffen der inzwischen gegründeten Regionalgruppe des „RotFuchs“-Fördervereins statt. Rund 30 Interessenten – ausnahmslos Sozialisten und Kommunisten des näheren Umkreises, die verschiedenen Parteien angehören oder gegenwärtig parteilos sind – folgten der Einladung des Gruppenvorsitzenden Bernhard Wartke.

Unter der Moderation von Prof. Dr. Erich Kundel referierte „RotFuchs“-Chefredakteur Klaus Steiniger zum Thema „Irak, USA, UNO, NATO, Völkerrecht“.

Er spannte einen weiten internationalen Bogen über die Konflikte und Klassenkämpfe unserer Zeit.

Im Anschluß daran entspann sich eine angeregte Diskussion. Klaus Steiniger betonte unter allgemeiner Zustimmung der Teilnehmer, daß es derzeit vor allem darauf ankomme, Kräfte zu sammeln, Sozialisten und Kommunisten unseres Landes auf marxistischer Basis zusammenzuführen. Diesem Anliegen fühlen sich der „RotFuchs“ und sein Förderverein verpflichtet – nunmehr auch in Strausberg und Umgebung!

Michael Forbrig, Strausberg



Neubrandenburg

Am 4. Juni 2003 bildeten „RotFuchs“-Leser aus dem Raum Neubrandenburg eine

Regionalgruppe, um die Wirkung und Verbreitung des Gedankens der linken Einheit im östlichen Raum Mecklenburgs und Vorpommerns zu stärken. Ein Teilnehmer bezeichnete das Treffen als „historisch“, da sich zum ersten Mal seit 1989 linke Kräfte der Stadt in solcher Breite zusammengefunden hätten. Die Anwesenden – unter ihnen Mitglieder der PDS, der DKP, der SPD sowie zahlreiche Parteiloze – diskutierten mit Klaus Steiniger und Armin Neumann aus Berlin über die Entwicklung der Zeitschrift und ihres Fördervereins. Auch in Neubrandenburg wurde deutlich, daß viele Genossinnen und Genossen auf eine solche Publikation wie den „RotFuchs“ gewartet haben, andere müssen mit der Zeitschrift vertraut gemacht werden, um wieder aktiv zu werden. Denn: Nicht wenige dem Sozialismus ergebene Menschen haben sich – auch als Folge des Parteienhaders und innerparteilicher Vorgänge – vom Kampf zurückgezogen. „Im ‚RotFuchs‘ findet der Leser seine Ansichten wieder und seine Lebensleistung anerkannt. Deshalb hat unsere Regionalgruppe reale Chancen, den Leserkreis rasch zu vergrößern. Wir wollen am Erfahrungsaustausch in der Zeitung und auf den RF-Internetseiten mitarbeiten. Die Regionalgruppe wird regelmäßig zusammenzutreten und öffentliche Veranstaltungen mit marxistischen und anderen heute diskriminierten Autoren gestalten, um der Hetze und Verleumdung der bürgerlichen Medien entgegenzuwirken.

Auf ihrer Zusammenkunft am 4. Juni 2003 wählte sie einen Vorstand aus vier Genossen. Vorsitzender ist Günter Schmidt, der unter der Tel.-Nr. 03 95/469 16 92 erreicht werden kann.

Günter Schmidt, Neubrandenburg

Ein gelungener Rundbrief der „Bredels“ aus Hamburg

Viele „RotFuchs“-Leser werden von meiner Heimatstadt manches aus Willi-Bredels „Unter Türmen und Masten“ wissen, jener „Geschichte einer Stadt in Geschichten“, wie Hamburgs großer Sohn sein Werk im Untertitel nannte. Und das meint einen Blick auf das Leben an Elbe, Alster und Bille durch die Jahrhunderte, nicht mit den Augen der Pfeffersäcke, sondern denen der Ausgebeuteten und Unterdrückten, Hungrigen und Kämpfenden. In der Tradition einer solchen Geschichtsauffassung des proletarisch-revolutionären Schriftstellers, antifaschistischen Kämpfers und unbeugsamen Kommunisten, der 1964 in der Hauptstadt der DDR als Präsident der Akademie der Künste starb, begreift die im Hamburger Norden beheimatete Willi-Bredel-Gesellschaft ihre nun im 15. Jahr geleistete Arbeit. Außer der Ergründung und Interpretation von Leben und Werk Willi Bredels zählt sie zu ihren Aufgaben auch die Forschung über Faschismus und antifaschistischen Kampf in Hamburg und seinem Umland, insbesondere aber in den Stadtteilen Fuhlsbüttel und Ohlsdorf. Denn dort befand sich das berüchtigte KZ Fuhlsbüttel, Kola-Fu genannt, die Stätte von Willi Bredels „Prüfung“ und noch heute wichtigste Strafanstalt der Hansestadt.

Der Jahresrundbrief 2003 der WBG gibt in einer ganzen Reihe von Artikeln Aufschluß über Geschehnisse in der Nacht des Faschismus wie auch zu Aktuellem. Ein hochinteressantes Material befaßt sich mit der Entstehungsgeschichte von Bredels „Prüfung“. Man erfährt, wie es dem Gefangenen der Nazi-Faschisten gelang, die Hölle des Kola-Fu zu überleben.

Gerade das aber ist noch mehr Anlaß, über die „Neugestaltung“ der dort seit 1987 beste-

henden Gedenkstätte besorgt zu sein. Was solche „Modernisierungen“ bezwecken, weiß man nur zu gut von dem, was in Gedenkstätten der DDR wie Buchenwald und Sachsenhausen seit der Konterrevolution geschah. In Fuhlsbüttel bedeutet es – ganz dem „Leitmotiv“ der Delegitimierung des Sozialismus folgend – eine empfindliche Reduzierung der Darstellung des proletarischen Widerstandes. Darüber hinaus wird bei der „Würdigung“ Willi Bredels seine Folterung ebenso verschwiegen wie sein weiterer Kampfesweg nach der KZ-Haft, sein Wirken als Politkommissar in Spaniens Internationalen Brigaden, in Moskau und an der Front für das Nationalkomitee Freies Deutschland, in der DDR ... Solche „Ausblendungen“ im Zusammenhang mit der finsternen Vergangenheit dieses Baus erinnern mich daran, wie ich dort Anfang der 70er Jahre Traditionswahrung und -pflege anderer Art erlebte: Im Dienstraum der Sicherheitsgruppe der Anstalt hing zwischen den Bildern anderer Gefängnisdirektoren auch das Konterfei des Kola-Fu-Kommandanten Ellerhusen ... Bredel war 1950 Zeuge im Prozeß gegen ihn. Ellerhusen saß übrigens nur kurze Zeit der im Urteil gegen ihn verhängten 12 Jahre ab.

Es gibt eine Vielzahl von Gründen, der Willi-Bredel-Gesellschaft für ihre weitere antifaschistische Arbeit, deren Wirkung – wie im Rundbrief dokumentierte Zuschriften belegen – weit über die Stadt hinausreicht, nur das Beste zu wünschen. **Werner Hoppe**

*Der Rundbrief kann (gegen eine kleine Spende) bei der Willi-Bredel-Gesellschaft
Im Grünen Grunde 1b
22337 Hamburg
Telefon 040/591358
(www.bredelgesellschaft.de)
bezogen werden.*

ner finanziellen Sorgen ledig. Das ist jedoch nicht der Fall. Die Herausgabe einer konsequent kommunistisch-sozialistischen Zeitung in dieser BRD hängt von der ständigen materiellen Sicherstellung durch die Leser ab. Wir haben kein anderes Hinterland. Bisher hat uns die umsichtige Solidarität aller, die dazu in der Lage sind, über sämtliche Hürden gebracht. Bleibt bitte dran, damit der RF auch in Zukunft kräftig zubeißen kann.

Herzlichen Dank!

Wen darf man mit wem vergleichen?

Manche meinen, zum Thema Irakkrieg sei genug gesagt. Nun sei mehr Zurückhaltung als Überspitzung ratsam. Nein. Die derzeitige US-Führung hat ein solches Ausmaß an Unwahrhaftigkeit, Heuchelei und Brutalität an den Tag gelegt, daß diplomatische Befürchtungen – etwa daß wir uns durch Kritik oder gar schon durch Nichtbeteiligung an Feldzügen wie gegen den Irak isolieren würden – fehl am Platze sind. Aber dürfen wir den Vorsteher des Weißen Hauses in Washington mit dem Nazi-Diktator vergleichen? Warum nicht? Falsch wäre es, beide umstandslos gleichzusetzen. Vergleichen und gleichsetzen ist zweierlei.

Wenn wir Deutsche, vor allem wir Alten, mit dem Finger auf die USA zeigen, setzen wir uns sofort dem Verdacht aus, von unserer eigenen geschichtlichen Verantwortung ablenken zu wollen. Doch gerade nach den deutschen Verbrechen der Nazi-Zeit sind die allgemein gültigen Kriterien der Menschenrechte und des Völkerrechts formuliert worden, die in der UN-Charta stehen. An diesen Kriterien ist das Handeln heutiger Regierungen zu messen. Deswegen wehre ich mich dagegen, daß manche Zeitgenossen, auch Amtspersonen, jeden Vergleich als Majestätsbeleidigung und Staatsvergehen zurückweisen – wie im Fall der Justizministerin Herta Däubler-Gmelin, die kurzerhand aus dem Amt gejagt wurde. Mich kann keiner daran hindern, den gegenwärtigen US- und den einstigen NS-Führer zu vergleichen.

Wer sich an die UN-Charta, an die Leitlinien des Völkerrechts, der Allgemeinen Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit auch im demokratischen Innenleben der Staaten gebunden fühlt, kann auf die Handlungen des Präsidenten Bush nicht anders reagieren, als sie als Verstöße gegen elementare Normen anzuprangern und vor allem junge Menschen darauf hinzuweisen, wie solches autoritäres Gebaren den Weg in die Diktatur ebnet kann. Es gibt nicht nur Affinitäten, sondern Analogien zur Praxis Hitlers.

Der „Präventivkrieg“ gegen den Staat des Saddam Hussein begann mit der Propagandalüge, dieser stelle eine latente Dauerbedrohung der USA und anderer Staaten dar, da der irakische Diktator Massenvernichtungsmittel bereithalte. Der Kriegsverlauf sowie vorher die Untersuchungen der von den Vereinten Nationen beauftragten Blix-Kommission ergaben keinerlei Beweise für diese primäre Kriegs begründung der USA und Großbritanniens. Außerdem war von vornherein klar, daß Saddam Hussein solche Waffen, wenn er sie gehabt hätte, gar nicht anwenden konnte, weil er mangels erforderlicher Logistik (Flotte oder moderne Luftwaffe) gar nicht in der Lage gewesen wäre, sie ins Ziel zu bringen. Die Dreistigkeit der US-Regierung steigerte sich noch, als sie nun – unter Desavouierung der Blix-Gruppe und deren Auftrag-

gebers UN – die Entsendung eines eigenen Untersuchungsteams mit CIA- und FBI-Agenten ankündigte. Die Lügenhaftigkeit der Kriegs begründung erinnert an Hitlers „Ab 5.45 Uhr wird zurückgeschossen“ zu Beginn des Zweiten Weltkriegs mit dem Überfall auf Polen.

Gewiß sind die beiden von Herkunft und Typus her sehr unterschiedlich, aber die Unterschiede werden überdeckt durch das gewollt forsch-militärische Gehabe bei ihren öffentlichen Auftritten. Vergleichbar ist die Selbstverständlichkeit, mit der einst Hitler und jetzt Bush in ihrem Reden und Handeln von der Überlegenheit arisch-deutschen Wesens oder US-amerikanischer Lebensart ausgehen. Ähnlich erscheint mir das Sendungsbewußtsein der beiden, mit dem sie einen geradezu natürlichen Anspruch auf militärische und wirtschaftliche Dominanz erheben. Beide glühende Nationalisten mit hegemonialen Gelüsten, wobei sich Bush religiös-sektiererisch auf Gott beruft wie einst Hitler auf „die Vorsehung“. Auch die an Fanatismus grenzende Besessenheit beider in Wortwahl und Tonfall darf nicht übersehen werden. „Wir werden weitermarschieren, bis alles in Scherben fällt; heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt!“, grölte Hitlers Soldateska. Ähnlich großmäulig sagt nun Bush: „America first“ und „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ oder, auf Syrien angesprochen: „Eines nach dem anderen – alles zu seiner Zeit.“

Hitler trat bald nach seiner „Machtergreifung“ aus dem Völkerbund aus. Bush mißachtet die UN und deren Beschlüsse und die Normen des Völkerrechts. Damit entwertet er die UN, die einst von den USA mitgegründet und gefördert wurden. Er unterbindet den Beitritt der USA zum Internationalen Strafgerichtshof, um sich den Rücken freizuhalten für künftige Aktionen wie im Irak.

Vergleichbar ist auch die Art der Kriegsführung. Zeitzeugen des Zweiten Weltkriegs erinnern sich zeitlebens der durch Mark und Bein gehenden Heultöne, wenn deutsche Sturzkampfbomber-Geschwader („Stukas“) zwecks „Aufbereitung des Geländes“ Städte wie Rotterdam, Warschau und Belgrad bombardierten. Heutige Bombardierungen durch die US-Luftwaffe sind noch wirkungsvoller, zum Beispiel wenn Streubomben oder mit Uran angereicherte Geschosse verwendet werden. Heute wie damals läßt es die Strategen kalt, welche Schäden dabei entstehen, nicht nur an militärischen Zielen, sondern auch an Verwaltungsgebäuden, Betrieben, Schulen und Krankenhäusern („Kollateralschäden“). Zu den vielen Parallelen in der Kriegsführung gehört auch die Drohung mit der Superwaffe; die USA haben den Einsatz von Atomwaffen ausdrücklich nicht ausgeschlossen.

Nicht zuletzt die Art, wie die Supermacht USA durch mehr oder minder starken Druck sogenannte „Partner“ in ihre strategischen Ziele einspannt und unterordnet – ohne daß die Trabanten wegen mangelnder vorheriger Konsultation aufbegehren und Widerstand leisten –, erinnert mich an den einstigen deutschen Umgang mit „Verbündeten“. NATO-Mitglieder lassen sich zu „Willigen“, Willfährigen herabstufen, wobei Tony Blair als Steigbügelhalter möglicherweise davon träumt, noch einmal einen Hauch vom Glanz des früheren Empire spüren zu können. Wie bei den willkürlichen Grenzziehungen im Nahen Osten nach dem Ersten Weltkrieg mag London nach dem Irak-Krieg wieder mithelfen wollen, eine neue Landkarte der Region zu zeichnen, Blair mag sich dabei wirtschaftliche Vorteile erhoffen. Jedenfalls müssen Gefolgschaftsunwillige im Gefüge des Bündnisses damit rechnen, in die Kategorie der nach Belieben definierten „Bösen“ eingeordnet und in der Folge mit Nachteilen bedacht zu werden. – Die NATO hat nach Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts als Bollwerk gegen den „Bolschewismus“ ausgedient. Die USA sind jedoch als ihr Befehlshaber und Nutznießer daran interessiert, ihren Machtbereich auszudehnen und durch die „Osterweiterung“ der NATO sich im Osten neue Märkte zu erobern (auch Absatzmärkte für ihre Rüstungsindustrie) und neue „Partner“ unter ihre Botmäßigkeit zu bekommen. Dies ist eine ihrer Methoden, ihre Stellung als Weltmacht zu festigen. So könnte man Bush und Rumsfeld für den Chorgesang empfehlen: „Wir werden weiter zerbomben, bis alles in Scherben fällt; heut‘ untersteht uns der Westen, morgen die ganze Welt!“ Oder werden sich – über Europa hinaus – Völker und Staaten doch noch rechtzeitig zusammenfinden, um den Vormarsch der USA zu bremsen?

Ich habe nur auf einige Parallelen hingewiesen, etliche andere – zum Beispiel bei der Behandlung von Gefangenen – ließen sich hinzufügen. Das alles berechtigt nicht zur Gleichsetzung. Solche Verbrechen wie die fabrikmäßige Menschenvernichtung in Auschwitz sind einmalig und dürfen niemals vergessen werden. Unsinnig ist aber das häufig zu hörende Argument, daß wir Bushs Politik unterstützen müßten, weil einst die USA mitgeholfen haben, das Nazi-Regime niederzukämpfen. Vielmehr sind wir es den Opfern des Kampfes gegen Hitler-Deutschland schuldig, auf die Rechtsnormen zu achten, die damals erkämpft worden sind und die jetzt von Bush rücksichtslos niedergetrampelt werden. Verantwortlich in die Zukunft denkende Politiker sollten daher überlegen, ob nicht nach derart gravierenden Völkerrechtsverletzungen wie auf den Kriegsschauplätzen Balkan, Afghanistan und Irak ein internationales Tribunal in Aktion treten sollte.

Den Beitrag von Hannsheinz Bauer (SPD) entnahmen wir „Ossietzky“, Nr. 10/2003. Bauer ist das einzige noch lebende Mitglied des Parlamentarischen Rates, der 1948/49 das Grundgesetz der BRD auf den Weg gebracht hat.

In eigener Sache

Der Umstand, daß wir aufgrund einer Sonderspende dazu in der Lage waren, in der Mai-Ausgabe ein vielbeachtetes Farbfoto zu publizieren, hat bei einigen Genossinnen und Genossen den Eindruck entstehen lassen, der „RotFuchs“ sei nunmehr sei-

„Schämen Sie sich, Mr. Bush!“

Der Autor Michael Moore ist ein Grüner in den USA, was dortzulande bedeutet, daß er relativ weit links steht. Er ist mutig, witzig und geistreich. Wer das Buch mit dem langen Titel „Dumme weiße Männer und andere bedauerliche Entschuldigungen für den Zustand der Nation“ zur Hand nimmt, erinnert sich vermutlich, daß Moore bei der jüngsten Oscar-Verleihung und der 45 Sekunden dauernden Dankesrede für die Auszeichnung seines Dokumentarfilms über das waffentragende Amerika die Zeit fand, dem Mann im Weißen Haus ein „Schämen Sie sich, Mr. Bush!“ entgegenzuschleudern. Der hatte gerade Irak überfallen.

In dem 2002 herausgebrachten Buch, dessen 24. Auflage inzwischen erschienen ist, beschäftigt sich Moore mit vielen Dingen, die den Amerikanern und nicht nur ihnen den Spaß am Leben und ihrer sogenannten Demokratie vergällen. Sie läßt sie zu Opfern eines Systems werden, das sie kaum durchschauen und dem sie nichts entgegensetzen können als ohnmächtigen Zorn und die Hoffnung, daß es bei der nächsten Wahl besser wird. Aber Moore weiß und sagt es auch, daß Republikaner und Demokraten im Grunde deckungsgleich und nur in Kleinigkeiten unterscheidbar sind. Die Suppe, die alle löffeln müssen, wird von beiden großbürgerlichen Parteien versalzen. Und spätestens dann erinnert man sich, daß der Vergleich auch bei uns Einsichten befördern hilft; denn die Botschaften der führenden Parteien ähneln sich auch hier so sehr, daß man die Politiker fast beliebig austauschen könnte.

Moore ist ein Spötter, und was er sagt, trifft die Erscheinungsform, nicht das Wesen, auch wenn er Bush einen Narren, einen Wahlbetrüger nennt und seine Regierungsmannschaft als Clique von Gaunern bezeichnet, die den Staat als gut sortierten Selbstbedienungsladen betrachten. Den Leuten des demokratischen Gegenkandidaten Al Gore begegnet er nicht minder grob, und für die amerikanische Demokratie hat er nur Hohn übrig, auch wenn er das Land mit seinen Menschen liebt und einen Ausweg aus dem verbrecherischen, korrupten, herzlosen, verrückten, eitlen und egomanischen Teufelskreis von Begierde und Selbstüberschätzung nicht entdecken kann. Moore weiß, daß er über den Kapitalismus spricht, aber dieser ist für ihn die unwandelbare Form der Existenz, die man beklagen und mit Hilfe demokratischer Mittel auch korrigieren, im Grunde und insgesamt aber nicht infrage stellen darf. Alles in allem, Moore unterhält und belehrt und erreicht mit seinen bissigen Kommentaren, daß man die Schelte der herrschenden Klasse mit Sympathie und häufiger Zustimmung quittiert. Er stellt in 11 Kapiteln und einem Epilog amerikanische Zustände dar, widmet sich der zerrütteten Wirtschaft, der Energiekrise, dem gefährdeten Weltfrieden, der Arbeitslosigkeit, dem maroden Gesundheits- und

Schulwesen und natürlich auch dem Rassismus und dem Betrug mit unbrauchbaren Wahlzetteln. Al Gore ist für ihn der eigentliche Sieger des amerikanischen Wahldebakels, aber wem nützt das? „Sie haben die Wahl zwischen zwei politischen Parteien, die gleich klingen, gleich entscheiden und von genau den gleichen reichen Spendern finanziert werden.“

Über Bush sagt der Autor: „Früher warteten Politiker, bis sie im Amt waren, bevor sie zu Gaunern wurden. Diesen Gauner ... bekamen wir fix und fertig geliefert. Jetzt ist er ... ein Hausbesitzer im Oval Office“ (dem Zimmer des Präsidenten – G. S.). In einem drastischen Brief „Lieber George“ hält er dem „Gauner“ vor: „Du warst ein Trinker, ein Dieb, vielleicht ein Verbrecher, ein nicht verurteilter Deserteur und ein Muttersöhnchen.“ Aber „Daddys Freunde beim Obersten Gerichtshof haben Dich wie Schutzengel zu den Höhen des Olymp getragen“.

Was da getragen wurde, erklärt Moore in „Ab zum Abschwung“: „Die Reichen baden in der Beute, die sie in den letzten zwei Jahrzehnten zusammengerafft haben. Und wollen jetzt verhindern, daß die Bürger ihr Stück vom Kuchen verlangen ... Und weil das nie passieren darf, ziehen die Reichen die langen Messer, um einen Präventivschlag in der Hoffnung zu führen, daß dann niemand mehr daran denkt, ein begerliches Auge auf ihre Geldberge zu werfen.“ Wie sich die Methoden gleichen. Auch in Deutschland werden Messer gewetzt, um den Kuchen zu verteidigen.

In einem anderen Kapitel stellt Moore fest, daß „die meisten Amerikaner nur dann eine High School betreten, wenn sie das Abstimmungslokal ihres Wahlbezirks ist. Ironie der Geschichte. Wir nehmen teil an dem hehren Ritual der repräsentativen Demokratie, während 2000 Studenten im selben Gebäude eine Form der totalitären Bedrückung ertragen müssen“. PISA und Erfurt lassen grüßen.

Im Kapitel „Ende des Mannes“ erwähnt Moore, daß seit 1920 keine der großen Parteien Amerikas eine Frau als Präsidentschaftskandidatin aufgestellt hat, daß es in 50 Bundesstaaten nur fünf Gouverneure

rinnen gibt, 495 der 500 größten Firmen von Männern geleitet werden und für jeden Dollar, den ein Mann verdient, eine Frau durchschnittlich 76 Cent erhält.

Aber: „Wir sind die Nummer eins! Wir sind es! Wahrhaftig! ... Bei Milliarden! ... Bei Todesopfern durch Handfeuerwaffen! ... Beim Ausstoß von Kohlendioxid! ... Beim Risikomüll! ... Beim Ölverbrauch! ... Beim Haushaltsdefizit! ... Bei geringer Wahlbeteiligung! ... Bei angezeigten Vergewaltigungen! ... Bei der Anzahl nicht unterzeichneter Menschenrechtsabkommen! ... Bei der Hinrichtung straffällig gewordener Jugendlicher! ... Wir sind die Nummer eins als erste Gesellschaft der Geschichte, in der die Kinder die ärmste Bevölkerungsgruppe stellen!“

Moore vergißt nicht, daß er ein „großes glückliches Gefängnis“ beschreibt, in dem 1976 fast 800 Hinrichtungen stattfanden. In Texas 274 in den letzten 27 Jahren. In diesem Zeitraum wurden 4578 Todesurteile ausgesprochen und dann bei Revisionsverfahren in 70% der aufgerollten Fälle gravierende Verfahrensfehler festgestellt. Von 1979 bis heute ist das Einkommen des reichsten Hundertstels der USA-Bevölkerung um 157% gestiegen. Die ärmsten 20% verdienen hingegen (inflationbereinigt) 100 Dollar weniger als zu Beginn der Reagan-Ära. Die Gewinne der reichsten 200 Konzerne der Welt sind seit 1983 um 362,4% gewachsen; ihr gemeinsamer Umsatz ist größer als das gemeinsame Bruttosozialprodukt aller Länder der Erde mit Ausnahme der zehn reichsten. Und schließlich: 44 der 82 größten Konzerne der USA zahlten nicht den normalen Steuerersatz von 35%. 17% zahlten überhaupt keine Steuer ...

„Wir werden auf so viele Arten betrogen, daß ich wegen Anstiftung zum Aufruhr angeklagt werden könnte, wenn ich sie alle aufzähle.“ Offensichtlich gilt noch immer das alte lateinische Sprichwort: „Was Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen nicht gestattet.“

Es lohnt sich, dieses Buch aufzuschlagen, denn Moores Recherchen und Faktenkenntnisse sind verblüffend, seine Fehler-suche nimmt für ihn ein, sein unverwüthlicher Humor, der manchmal mit einer lachenden, manchmal mit einer weinenden Grimasse den Schattenseiten des Lebens nachspürt, verdeutlicht, daß es auch in den oft so verhaßten USA Menschen gibt, für die der Reichtum an menschlichen Beziehungen wichtiger ist als materieller Besitz. Moore macht deutlich, daß die hochgelobte Demokratie längst faschistische Züge trägt. Und das wiederum veranlaßt den Leser, an der Seite Moores Partei zu ergreifen und daran zu erinnern, daß die Amerikaner die ersten waren, die aus dem Gedanken der Aufklärung Schlüsse gezogen und Menschenrechte eingefordert haben. Mögen sie es nicht vergessen!

Gerhard Schmidt

Der „RotFuchs“ hat verlässliche Mitstreiter und treue Leser verloren. Der Tod riß sie aus den Reihen der Kämpfer für ein besseres Deutschland.

**Wir trauern um
Werner Heyna**

und **Peter König**
aus Leipzig und um

Herbert Weis
aus Schopfheim.

Den Angehörigen übermitteln wir unser aufrichtiges Mitgefühl.

Wer sprengte das WTC?

Während sich immer mehr die vor allem auch von britischen Experten vertretene Auffassung verfestigt, die Terroranschläge am 11. September 2001 seien nach dem „Drohnen“-Prinzip mit vom Boden aus ferngesteuerten Maschinen verübt worden, hat der amerikanische Autor Eric Hufschmid (Verfasser des Buches „Time for Painful Questions“ – „Zeit für schmerzhaftige Fragen“) das Thema auf den Punkt gebracht: War die CIA der Auftraggeber des Anschlags auf das World Trade Center? Hatte die Bush-Administration – im übertragenen Sinne – die Hand am Steuerknüppel? fragt er und stellt fest:

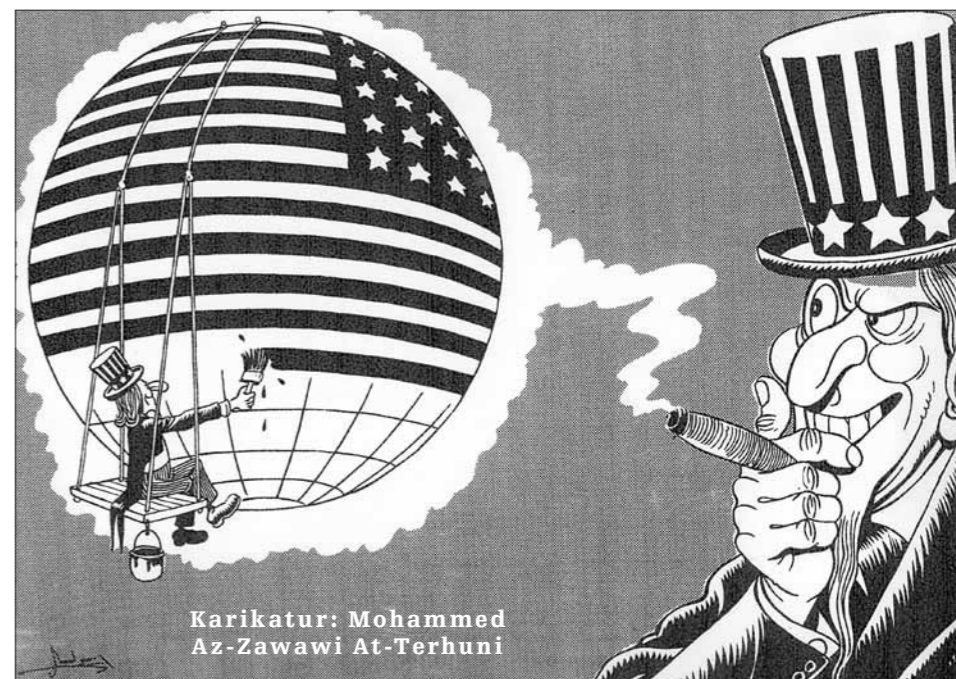
1. Bei Terroranschlägen melden sich die jeweiligen Täterorganisationen immer und propagieren ihre Forderungen oder Ideologien. Nur Geheimdienste melden sich nicht oder schieben bei ihren Mord- und Terroraktionen Einzeltäter vor. Nach den Anschlägen vom 11. 9. 2001 meldete sich niemand.

2. Schon in der Stunde nach den Anschlägen verkündete Präsident Bush, es seien islamische Terroristen gewesen. Nicht nur ihnen, sondern auch allen Ländern, die ihnen Unterschlupf böten, erklärten die USA den Krieg. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch nicht die geringsten Beweise, und trotzdem machte Bush überschnell Aussagen von derart weltpolitischer Tragweite.

3. Die Beweise kamen dann wie gerufen: Es hieß, am Flughafen von Boston sei ein Auto der Terroristen gefunden worden. Man erfuhr auch, es seien zwei Koffer nicht eingekannt worden, zufällig gerade die der Terroristen. Inhalt: Koran, Fluganleitung in arabischer Sprache, ein Abschiedsbrief mit letzten Unterweisungen an die Terrorkomplizen. Das ist höchst unglaubwürdig: Ein fanatischer Moslem würde seinen Koran nicht im Koffer verstauen, der in den Frachtraum geht. Diese angeblichen Profi-Piloten brauchten auch keine Boeing-Gebrauchsanleitung in letzter Minute. Und sie benötigten keine Klischee-Unterweisungen wie die im angeblichen Abschiedsbrief: „Prüft eure Waffen, prüft eure Messer ... Sterbt mit einem Lächeln auf dem Gesicht.“

4. Am 13. September meldeten die Medien, in den Trümmern des WTC sei ein Paß gefunden worden, der einem der Terroristen gehörte. Die explodierenden Flugzeuge brachten angeblich Stahl zum Schmelzen. Kann ein Paß aus Papier bei diesem Inferno rausfliegen, ohne sogleich in Flammen aufzugehen? Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit?

5. Der Nachrichtensender CNN besaß Büros im WTC, erwähnte das aber in seiner Nonstop-Reportage nie und hatte anscheinend auch keine Opfer zu beklagen. CNN unter Chef Walter Issacson war so schnell zur Stelle, daß man den zweiten Einschlag bereits live senden konnte. Später zeigte man auch Filmaufnahmen eines „Amateurs“, der den ersten Einschlag „zufällig“



Karikatur: Mohammed
Az-Zawawi At-Terhuni

gefilmt haben wollte. Er hatte ein Flugzeuggeräusch gehört und begann zu filmen. Aber er richtete die Kamera nicht auf das Flugzeug, sondern auf den Nordturm des WTC, so daß das Flugzeug vor seiner Linse in den Turm flog. Welcher Amateur würde überhaupt auf ein Flugzeuggeräusch reagieren und nähme dabei noch mit so treffender Voraussicht gerade den richtigen WTC-Turm in den Brennpunkt? 6. Auf der offiziellen Website des Weißen Hauses wurden zwei Interviews mit Präsident Bush veröffentlicht, in denen er am 4. 12. 01 und am 5. 1. 02 gefragt wird, wie er sich gefühlt habe, als er von den Anschlägen hörte. Am 4. Dezember 2001 gab Bush zur Antwort: „Ich saß außerhalb des Klassenraumes und wartete darauf, ihn zu betreten, als ich ein Flugzeug sah, das den Turm traf. Offensichtlich war der Fernseher an. Ich pflegte selbst zu fliegen und sagte, gut, es handelt sich um einen schrecklichen Piloten. Es muß einen furchtbaren Unfall gegeben haben.“ Dasselbe wiederholte er am 5. Januar 2002.

Man stelle sich das vor: Der Präsident der Großmacht USA sieht, daß ein Flugzeug in das US-Wahrzeichen fliegt, aber er geht seelenruhig nach Plan in das Schulzimmer und läßt sich eine neue Leselehre erklären. Er meint, dies sei ein Unfall aufgrund eines „schrecklichen Piloten“ gewesen. Über New York City herrscht Flugverbot, und kein Passierflugzeugpilot würde in einen WTC-Turm fliegen. Allein schon diese Erklärung von Bush ist sehr fadenscheinig. Zwischen beiden Einschlägen vergingen 18 Minuten. Bush wartete, dann wurde er empfangen, in die Schule und in das Schulzimmer begleitet, wo er die Kinder traf und sich die Erklärungen anhörte. Dies alles dauerte bestimmt 10 bis 15 Minuten, eine sehr schnelle Abfolge

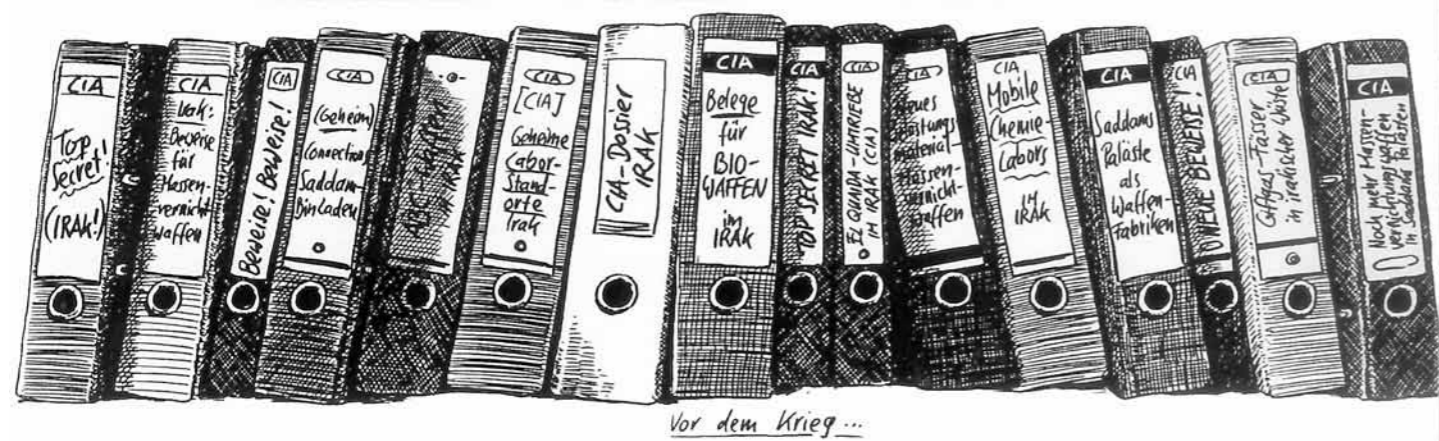
der Programmpunkte vorausgesetzt. Das würde bedeuten, daß das, was Bush auf dem Bildschirm sah, höchstens drei bis acht Minuten nach dem ersten Einschlag ausgestrahlt wurde. Aber zu diesem Zeitpunkt sendete noch keine TV-Station Bilder davon! Was hatte Bush also gesehen? In der Website www.apfn.org lautet ein Kommentar: „Wenn wir davon ausgehen müssen, daß ein Geheimdienst diese Terroranschläge ausführen ließ, höchstwahrscheinlich die CIA, dann ist es auch sehr wahrscheinlich, daß die Drahtzieher wollten, daß Bush das ‚schuldige machende‘ Vorauswissen hatte. Sah er also eine interne CIA-Live-Übertragung im TV-Gerät seiner Präsidentenlimousine? (Man erinnere sich, daß sein Vater einst Chef der CIA war.)“

Präsident Bush geht ins Klassenzimmer, und nach einer gewissen Zeit kommt sein Delegationsleiter Andrew Card und informiert ihn, daß ein zweites Flugzeug in den anderen WTC-Turm geflogen sei. Bush bleibt überraschend ruhig, hört sich sogar noch an, wie eine Gruppe von Kindern eine Tiergeschichte vorliest. Aber eine halbe Stunde später spricht er öffentlich von Vergeltung und Krieg.

7. Innerhalb einer Stunde vier Großraumflugzeuge zu entführen erfordert einen Grad an Organisation und Komplexität, die keine Terrorgruppe vom Ausland her zustande bringen kann. Es mußten sämtliche Sicherheitssysteme ausgetrickst werden, kein Geheimdienst (FBI, CIA, Mossad usw.) durfte davon erfahren, was aber praktisch unmöglich ist, gibt es doch Satellitenüberwachung, Beobachtung der Telefon- und Internetkommunikation etc.), vor allem wenn die Koordination von Arabien oder Afghanistan ausgegangen wäre.

(Wird fortgesetzt)

Aus dem Aktenschrank der CIA-Zentrale Langley



Song vom Kreuzzug

Sie haben dem Kaiser die Krone gebracht.
Nun flieg, deutscher Adler, flieg!
Sie kamen mit Gott und Kanonen zur Macht
und bangten um jeden Sieg!

Refrain:

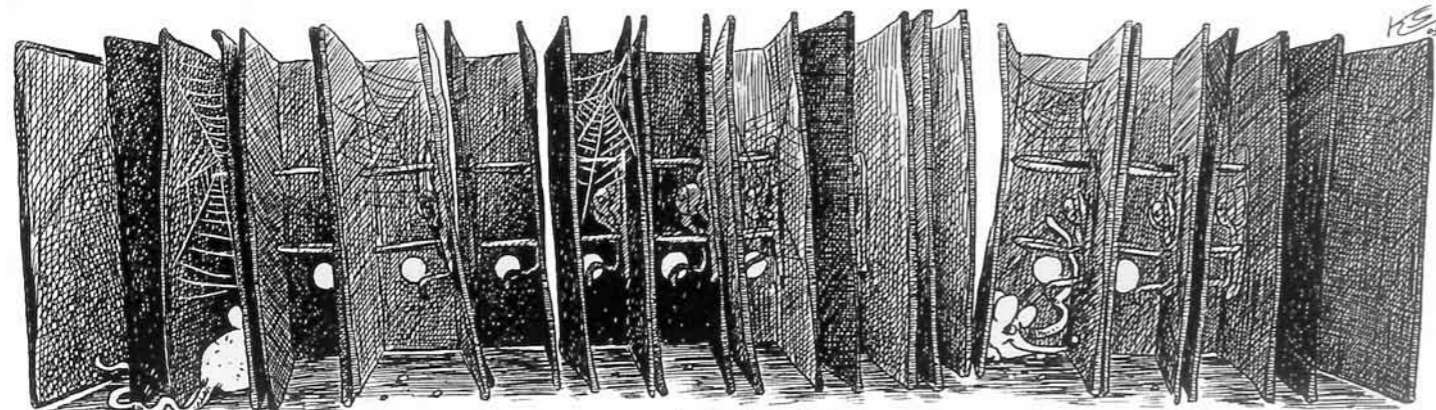
Und schon wieder, immer wieder
klingen ihre Kreuzzuglieder,
denn die Clique wird vom selben Boss gelenkt.
Ach, sie geben sich so bieder,
recken wieder ihre Glieder.
Leider hat man oft genug die Macht verschenkt.

Sie haben ihr Eigentum weidlich vermehrt
und nannten es Demokratie.
Sie haben den Frieden der Klassen gelehrt.
Nur friedlich waren sie nie.

Refrain: ...

Sie haben gelogen auf Teufel, komm raus
und färben die Lüge braun.
Sie holten den Führer ins großdeutsche Haus
und schminkten den Bush als Clown.

Refrain: ...



Nach dem Krieg...

Sie haben an jedem Soldaten verdient,
der einsam die Welt verließ.

Sie haben die Freundschaft der Völker vermint,
wann immer man sie auch pries.

Refrain: ...

Sie haben der Börse den Anschein verlieh'n,
als wär sie das Herz der Welt.
Doch das Herz, das wird ihnen niemals verzieh'n,
ist nie das schmutzige Geld.

Refrain:

Und schon wieder, immer wieder
klingen ihre Kreuzzuglieder,
denn die Clique wird vom selben Boss gelenkt.
Ach, sie geben sich so bieder,
recken wieder ihre Glieder.
Leider hat man oft genug die Macht verschenkt!

Gerhard Schmidt

*Unser Autor, der in Berlin lebt, gehörte dem
Schriftstellerverband der DDR an.*

Karikaturen: Klaus Stuttmann (aus Tagesspiegel)

Bush-Administration nimmt Cuba ins Visier

Havanna signalisiert Gefahr

Im April 2003 wurden auf der Grundlage der Verfassung und der Strafgesetze der Republik Kuba 75 Angeklagte zu hohen Haftstrafen verurteilt. Gegen drei Täter wurde die Todesstrafe, für die seit drei Jahren ein Moratorium galt, ausgesprochen und vollstreckt. Es handelte sich durchweg um Konterrevolutionäre, Söldner im US-Dienst und Terroristen. Was sind die Hintergründe?

Seit Monaten verstießen die USA einseitig und massiv gegen das Migrationsabkommen zwischen beiden Ländern, indem sie von Herbst 2002 bis Frühjahr 2003 nur 2,5% der vereinbarten Visazahl (jährlich 20000) ausstellten. Da kubanischen Staatsbürgern grundsätzlich und automatisch die US-Staatsbürgerschaft angeboten wird, sobald sie nordamerikanischen Boden betreten, kam die Politik der USA einer direkten Aufforderung zur illegalen Ausreise gleich.

Parallel zu dieser provokativen Handlungsweise betätigte sich seit Herbst 2002 der Leiter der USA-Interessenvertretung in Havanna, James Cason, als Organisator des Widerstandes. Entgegen allen diplomatischen Gepflogenheiten und Rechten hielt er seit Beginn seiner Amtszeit öffentliche Reden für den Umsturz der legalen Regierung Kubas. Er bereiste die ganze Insel, um durch Geld- und Materialübermittlungen ein Netz der Konterrevolution zu knüpfen. Er empfieng wiederholt Anführer terroristischer Gruppen in der USA-Vertretung, bei der es nach Aussagen eingeschleuster Mitarbeiter der kubanischen Sicherheitsorgane um „aktive Planungen“ ging.

Terroristische Akte folgten auf dem Fuße: Allein vom 29. Januar bis zum 31. März 2003 wurden zwei Kubanische Schiffe und zwei Flugzeuge, jeweils mit Passagieren, in die USA entführt. Die dortigen Behörden schikanierten die Passagiere, während die Entführer nicht, wie es das Völkerrecht zwingend vorschreibt, an Kuba ausgeliefert wurden. Sie gingen straffrei aus. (Eine am 2. April versuchte Entführung einer voll besetzten Personenfähre konnte von den kubanischen Sicherheitskräften erfolgreich unterbunden werden.)

Außenminister Felipe Pérez Roque gab am 9. April eine internationale Pressekonferenz. Anwesend waren neben kubanischen Berichterstattern auch 82 Journalisten der in Havanna akkreditierten Auslandspressen, die 59 Medien aus 22 Ländern vertraten. Thema: die Urteile. Roque bewies anhand zahlreicher Dokumente und Videos nicht nur die Rechtmäßigkeit aller Anklagepunkte, die Rechtsstaatlichkeit der Verfahren und Urteile, sondern entlarvte auch die aktive Rolle James Casons und hoher USA-Regierungsstellen, die seit 1997 insgesamt 22 Millionen Dollar für den „Regimewechsel“ in Kuba bereitgestellt haben. Cason fungierte auf Kuba als Laufbursche für die Verteilung der Summen, Funkgeräte, Flugschriften usw. Die bürgerliche Presse der BRD verschwie die von Roque präsentierten Beweise. Statt dessen setzte eine bisher beispiellose Verleumdungskampagne ge-

gen Kuba ein. Auch „linke“ Kreise fehlen dabei nicht. Andererseits erwiesen echte Freunde Kubas dem sozialistischen Staat in der Karibik ihre Solidarität.

Die USA-Administration setzt unterdessen ihren Konfrontationskurs fort: Am 12. und 13. Mai verfügte sie die Ausweisung von jeweils sieben Diplomaten der kubanischen Vertretung bei der UNO in New York und der Interessenvertretung in Washington. Am 20. Mai traf sich Bush mit Vertretern der Contras im Weißen Haus und verkündete die konsequente Beibehaltung der Blockade sowie eine „Initiative for a New Cuba“. Die Speerspitze hierbei sollen subversive Gruppen auf der Insel selbst sein. Zugleich wird der elektronische Krieg gegen Kuba verstärkt. Parallel zur Bush-Rede gingen am 20. Mai vom US-Territorium aus die konterrevolutionären Radiosender mit vier neuen Frequenzen in den Äther. Am Nachmittag desselben Tages wurden Störaktionen auch auf einem kubanischen TV-Kanal ausgestrahlt. Diese Maßnahmen stellen nicht nur eine politische Provokation dar, sondern verstoßen auch gegen gültiges Völkerrecht und die von der Internationalen Union für Telekommunikation (UIT) festgelegten Regeln und Normen. Es sei daran erinnert, daß von in Miami stationierten Contra-Sendern wöchentlich mehr als 1200 Stunden konterrevolutionäre Propaganda auf 24 Frequenzen nach Kuba übertragen werden.

Aber auch die politischen Gefolgsleute Washingtons in Europa waren nicht untätig. So hat die EU bereits angekündigt, im Juni ihren „Gemeinsamen Standpunkt“ zu Kuba (der bereits zahlreiche Bedingungen für die Zusammenarbeit beinhaltet) zu erneuern und darin explizit einen „demokratischen Übergang“ zu fordern. Außerdem werden u. a. die wechselseitigen Besuche hochrangiger Vertreter eingeschränkt und die Kulturkontakte reduziert.

Ins gleiche Horn blies die CDU/CSU-Fraktion. Sie hatte zur Bundestagsdebatte am 8. Mai einen Entschließungsantrag vorgelegt, in dem u. a. gefordert wurde, „die staatliche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit einzustellen und dafür die Unterstützung von Projekten von Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und politischen Stiftungen zu verstärken“. Das ist fast wortgleich mit Bushs „Initiative for a New Cuba“.

Nachdem von Contra-Organisationen bereits im April in Paris und Madrid je T. gewalttätige Attacken gegen die jeweiligen kubanischen Botschaften verübt worden waren, wurden für den 17. bis 20. Mai, parallel zur Bush-Rede, koordinierte Provokationen vor kubanischen Vertretungen angekündigt, so u. a. in New York, Washington, São Paulo und Berlin. Allerdings erwiesen sich diese Aktionen als ein Reinfall: Die Freunde Kubas waren überall in der Mehrheit.

Sind die jüngsten Provokationen möglicherweise das Vorspiel zu einem Angriffskrieg seitens der USA? Der Historiker und Publizist Dr. Kurt Gossweiler traf hierzu die Feststellung: „Daß auf der Liste der Länder, die Irak folgen sollen, das sozia-

listische Kuba einen vorderen Platz einnimmt, steht außer Zweifel.“

Fidel Castro hat am 1. Mai 2003 in Havanna ausdrücklich von einer konkreten Kriegsgefahr gesprochen: „In Miami und Washington wird heute diskutiert, wo, wie und wann Kuba angegriffen wird.“ In einem Interview mit dem argentinischen Journalisten Miguel Bonasso von der Zeitschrift „Página/12“ erklärte er: „Die terroristische Mafia in Miami hat sich zusammen mit der extremen Rechten in den Vereinigten Staaten zum Ziel gesetzt – und dieses Ziel besteht fort –, eine schwere Krise herbeizuführen, die zu einer bewaffneten Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba führen könnte. (...) Wir wissen sehr gut, daß die USA nach Vorwänden suchen, damit unser Land einer Aggression wie der gegen Irak unterworfen werden kann. Eine ihrer Hoffnungen ist es, eine Serie von Provokationen durchzuführen, ähnlich den bereits laufenden.“

Besondere Beachtung sollte in der Beurteilung der Frage, wie akut die Bedrohung Kubas ist, schließlich die „Mitteilung der Abteilung für internationale Beziehungen des ZK der KP Kubas an Parteien und befreundete Organisationen“ vom 14. Mai finden. Darin heißt es: „Es gibt mehr als genug Gründe anzunehmen, daß sie vorzüglich alle Mittel in Bewegung setzen, um eine Krise zu bewerkstelligen, die zu einer Aggression gegen Kuba führen könnte. Jene, die guten Glaubens annehmen, daß eine solche Aggression nicht zu ihren Optionen gehört, und die sogar sagen, daß keine Mobilisierung oder Aufstellung von Truppen zu beobachten ist, erinnern wir daran, daß im Unterschied zu Afghanistan und Irak Kuba nur 90 Meilen von den Vereinigten Staaten entfernt liegt, und daß ihr Armed Forces Central Command seinen Sitz im Bundesstaat Florida hat, nur wenige Flugminuten von unserem Land entfernt, und daß es eine US-Militärbasis gibt, die auf unserem eigenen Territorium liegt.“

Unter diesen Umständen erscheint es geboten, die legitimen Verteidigungsmaßnahmen Kubas einschließlich dereingangs genannten Urteile in den Zusammenhang zu stellen, in den sie gehören.

Fidel Castro sagte bereits vor Jahren: „Kuba ist nicht das Paradies, als das manche unserer Freunde es gelegentlich gern sehen wollen. Aber es ist auch nicht die Hölle, als die unsere Feinde es darstellen.“ Es gab und gibt auf der Insel Probleme, Mißstände und Widersprüche, die ihre Ursachen nicht zuletzt in der über 40 Jahre währenden Blockade haben.

Was heute mehr denn je zählt, sind nicht „wohlmeinende Ratschläge“ oder „kritische Solidarität“. Es ging und geht gerade jetzt um die Verteidigung der Revolution und des kubanischen Volkes, seines Rechts auf eine eigene und selbstbestimmte Entwicklung. Und es geht um die Verteidigung all dessen, was das sozialistische Kuba für die Völker der Welt, für die Unterdrückten und Marginalisierten als Hoffnung bedeutet.

Heinz W. Hammer, Essen

Das Uigurische Autonome Gebiet Xinjiang der VR China

Schnittpunkt von Konflikten

Die Veränderung der geostrategischen Situation in den letzten fast 15 Jahren hat Konflikte in Regionen in den Vordergrund treten lassen, die zuvor einen anderen Stellenwert hatten. Zu den heißen Regionen gehört das zentralasiatische Gebiet an den Grenzen zur VR China. Die imperialistische Strategie gegen dieses große Land enthält nicht zuletzt Elemente der Einkreisung, der Destabilisierung und der Aufspaltung. Der Aufbau starker militärischer Positionen der USA in Zentralasien ist auch gegen China gerichtet. Xinjiang ist das Gebiet, welches mit dieser Situation direkt konfrontiert wird.

Die bürgerlichen Medien propagieren immer wieder Aktivitäten oppositioneller Kräfte in China, wobei Xinjiang eine besondere Rolle spielt. Es wird von „Kämpfern für Religionsfreiheit, für die Rechte der Minderheiten“ usw. gesprochen. Es ist Tatsache, daß terroristische und separatistische Kräfte hauptsächlich unter der Bezeichnung „Ost-Turkestan“ aktiv sind, insbesondere in der Region Xinjiang, aber auch in anderen Landesteilen Chinas sowie in anderen Ländern Zentralasiens.

Xinjiang ist seit vielen hundert Jahren Bestandteil des chinesischen Staatsgebietes. Mit Gründung der VR China erhielt es den Status einer Provinz. Nach Annahme der Verfassung der VR China 1954, in der die Bildung autonomer Gebiete festgeschrieben ist, wurde am 1. 10. 1955 das Uigurische Autonome Gebiet Xinjiang gebildet (eine Meldung des ND vom 22. 2. 2002, in der es heißt, Xinjiang sei 1955 „als Autonome Region der Volksrepublik China eingegliedert worden“, gehört in den Bereich medialer Fehlinformation).

Xinjiang hat eine Fläche von 1,66 Millionen km² (das ist ein Sechstel des chinesischen Territoriums) und eine Einwohnerzahl von 19,3 Millionen (das sind 1,5 % der Bevölkerung der VR China). In der Region leben 47 Nationalitäten, darunter Uiguren, Han, Kasachen, Hui, Mongolen, Kirgisen, Tadschiken, Russen und Usbeken. Xinjiang grenzt an Pakistan, Afghanistan, Tadschikistan, Kirgistan, Kasachstan, Rußland und die Mongolei. Schon daraus sind Konfliktfelder zu ersehen, besonders wenn religiöse Fragen von gegnerischen Kräften für politische Zwecke mißbraucht werden. Xinjiang ist eine Region von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung. Hier verläuft eine strategische Eisenbahnverbindung nach Europa. Von Xinjiang führen die im Bau befindlichen Leitungen für Erdöl, Erdgas und Elektrizität in die Küstenregion. Das Gebiet verfügt über große Energieressourcen und andere Bodenschätze. Es spielt in der Strategie der VR China zur Entwicklung der zentralen und westlichen Gebiete eine besondere Rolle.

Die Kontrolle des chinesischen Kaiserreiches über die Region Xinjiang geht auf das Jahr 60 v. d. Z. zurück. Die Armee der Handynastie hatte die Truppen der Hunnen in

diesem Gebiet besiegt und eine „Kommandantur für die westlichen Gebiete“ eingerichtet. Über die Jahrhunderte war Xinjiang vor allem mit Kriegen überzogen, auch die Armeen von Dschingis Khan herrschten über das Land. Nach dem Opium-Krieg von 1840 waren Truppen des zaristischen Rußland eingedrungen. 1881 hat die Qing-Dynastie diese Gebiete zurückerobert und 1884 die Provinz Xinjiang gebildet. In der Periode nach der Revolution von 1911 bis zur Gründung der VR China war Xinjiang staatsrechtlich Teil der Republik China, aber de facto weitgehend autonom. Separatistische Kräfte, die z. B. 1933 eine „Islamische Republik Ost-Turkestan“ oder 1944 eine „Republik Ost-Turkestan“ ausriefen, scheiterten in kurzer Zeit. In der Periode des Bürgerkrieges und des antijapanischen Krieges liefen die Verbindungen zwischen dem revolutionären Stützpunkt Yanan und der Sowjetunion insbesondere über diese Gebiete.

Das Problem „Turkestan“ oder in bezug auf China „Ost-Turkestan“ hat eine lange Geschichte. Die Turk-Herrscher hatten 552 ein Khanat gegründet, sie spalteten sich aber in einen westlichen und einen östlichen Flügel im Kampf um die Vorherrschaft. In der Geschichte hat es niemals einen einheitlichen Staat der Turk-Völker gegeben. Turkestan ist ein historisch-geographischer Name für die von Turk-Völkern bewohnten Gebiete Mittelasiens, gliedert in West- oder Russisch-Turkestan und Ost- oder Chinesisch-Turkestan. Das Problem „Ost-Turkestan“ wurde infolge der Zersetzungs- und Krisenprozesse in Zentralasien und der damit verbundenen Einflußnahme imperialistischer Staaten in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts zunehmend akut. Bereits in den 80er Jahren nahmen Aktivitäten ausländischer Kräfte in Xinjiang auffallend zu. Es wurden Verbindungen zu potentiellen separatistischen und terroristischen Kreisen hergestellt. Unter der Bezeichnung „Dong Tu“ (Ost-Turkestan) wurden Gruppierungen geschaffen, die als konterrevolutionäre Formationen im Inland und als terroristische Kräfte im In- und Ausland aktiv werden konnten und die vornehmlich aus dem Ausland gesteuert wurden. Es sei in diesem Zusammenhang auch darauf verwiesen, daß einer der Hauptakteure der konterrevolutionären Unruhen in Beijing im Mai/Juni 1989, Wu'er Kaixi, zu ihnen gehörte. Im Zeitraum von 1990 bis 2001 haben die terroristischen Gruppen von „Ost-Turkestan“, die unter verschiedenen Namen agierten, in Xinjiang und an anderen Orten über 200 Anschläge mit 162 Toten und über 440 Verletzten durchgeführt. 1990 hat die „Stoßbrigade der Islamistischen Reformistischen Partei“ ein Trainingslager errichtet, in dem 60 Terroristen ausgebildet wurden, die später in mehreren Teilen von Xinjiang Aktionen durchführten. Im Februar 1997

wurde der Zwischenfall von Yining inszeniert. Es wurde zur Gründung eines „Islamistischen Königreiches“ aufgerufen. Die Terroristen begingen Akte des Vandalismus, ermordeten sieben Menschen und verletzten über 200 Personen. 15 Brandstiftungen wurden im Mai 1998 in der Hauptstadt des Autonomen Gebietes Urumqi begangen. Die Täter waren aus dem Ausland eingedrungen. Dutzende Mitglieder der „Islamistischen Bewegung Ost-Turkestan“, die eine Spezialausbildung in Afghanistan erhalten hatten, fielen im Februar 1998 in Xinjiang und andere Provinzen Chinas ein und bildeten 15 geheime Zellen für technische Ausbildung mit Sprengstoffen für 150 Terroristen.

„Ost-Turkestan“ erhielt umfangreiche Unterstützung von Osama bin Laden. Seit der Bildung der „Islamistischen Bewegung Ost-Turkestan“ hat er mit den Anführern dieser Organisation in Zentral- und Westasien mehrfach mit dem Ziel konferiert, den terroristischen Kräften zu helfen, in Xinjiang einen „heiligen Krieg“ zu entfachen und dort einen theokratischen „Islamischen Staat“ zu errichten. Anfang 1999 traf sich bin Laden mit dem Anführer der „Islamistischen Bewegung Ost-Turkestan“ und verlangte von ihm, alle Aktionen mit der „Islamistischen Befreiungsbewegung Usbekistan“ und den Taliban zu koordinieren. Dafür sagte er finanzielle Unterstützung zu. Im Februar 2001 berieten Komplizen von bin Laden und Führer der Taliban in Kandahar (Afghanistan) über die Ausbildung von „Ost-Turkestan“-Terroristen. Als diese abgeschlossen war, wurden sie wieder nach China eingeschleust. Einige schlossen sich den Tschetschenen in Rußland an, andere führten terroristische Aktionen in Zentralasien, so in Kirgistan und Usbekistan, durch. Die chinesische Polizei hat über 100 Terroristen verhaftet, die in Afghanistan und anderen Ländern ausgebildet wurden. Obwohl sich die „Ost-Turkestan“-Terroristen nach dem 11. September in den Untergrund zurückzogen, bleibt: Die vom Westen als Kämpfer für religiöse Freiheit, Menschenrechte und Rechte der Minderheiten gepriesenen Terroristen in Xinjiang sind mit dem System Osama bin Laden eng verwoben. Sie haben in China und anderen Ländern Aktionen durchgeführt. Die chinesischen Politiker erklärten nicht nur einmal, daß es im internationalen Kampf gegen den Terrorismus keinen doppelten Standard geben darf.

Die Politik der VR China ist darauf gerichtet, Xinjiang stabil zu entwickeln, wirtschaftlich zu stärken, das Lebensniveau zu erhöhen und die Rechte der Angehörigen aller Nationalitäten und Religionen zu sichern. Damit wird dem Terrorismus der Boden entzogen und ausländischen Destabilisierungsbestrebungen ein Riegel vorgeschoben. **Rolf Berthold**



Südafrikas unvergessener Walter Sisulu

Des großen Antipartheid-Kämpfers Walter Sisulu, der am 5. Mai 2003 kurz vor seinem 91. Geburtstag starb, gedachte der Generalsekretär der KP Südafrikas mit den Worten: „Ein Riese hat uns verlassen.“ Der Verstorbene habe mehr als 50 Jahre lang den opferreichen Befreiungskampf der vom Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) geführten Massen symbolisiert.

Zum Tode des Genossen Meir Vilner

Am 5. Juni 2003 ist Genosse Meir Vilner, eine herausragende Persönlichkeit der israelischen und internationalen kommunistischen Bewegung, im Alter von 84 Jahren in Tel-Aviv verstorben. Der ehemalige Generalsekretär der KP Israels, einer der Unterzeichner der Urkunde über die Unabhängigkeit Israels im Jahre 1948, genoß unter Linken seines Landes und bei Antimperialisten in aller Welt hohes Ansehen. Seit 1965 stand er an der Spitze der KP Israels, die er auch jahrzehntlang im Parlament, der Knesset, vertrat. Bis zum 23. Parteitag der KP Israels im Jahre 1998 gehörte Meir Vilner dem Politbüro der KP an. Entschieden trat er gegen die opportunistische Haltung der heutigen Parteispitze und deren Abweichungen vom marxistisch-leninistischen Kurs auf. Die „RotFuchs“-Redaktion bringt ihre Bestürzung über den Tod unseres treuen Lesers zum Ausdruck und übermittelt dem

Arbeitersohn und selbst Arbeiter, wurde Walter Sisulu 1949 Generalsekretär des ANC. Er gehörte zu den Architekten der bis heute gegen viele innere und äußere Angriffe verteidigten Dreierallianz aus ANC, KP Südafrikas und Gewerkschaftszentrale COSATU, von der auch die gegenwärtige Regierung in Pretoria getragen wird.

Sisulu war es zu verdanken, daß damals die tiefsitzenden antikommunistischen Vorbehalte unter führenden ANC-Mitgliedern, die heute wieder eine Rolle spielen, überwunden werden konnten. Zunächst ebenfalls nicht frei von solchen Vorurteilen, änderte Walter Sisulu aufgrund der engen persönlichen Zusammenarbeit mit herausragenden südafrikanischen Kommunisten jener Periode Schritt für Schritt seine Haltung. In seinem letzten Lebensjahr lüftete er ein streng gehütetes Geheimnis: seine langjährige Verbindung mit der Kommunistischen Partei, der er 1955 beigetreten war und zu deren Zentralkomitee er gehörte.

1960 nahm Walter Sisulu an der Aufnahme des bewaffneten Kampfes des ANC teil. Verhaftet, schloß er sich Nelson Mandela an. Beide hielten von der Anklagebank aus mutige Reden. Sie rechneten mit der Todesstrafe, wurden aber „nur“ zu lebenslanger Haft verurteilt. Walter Sisulu verbrachte 25 Jahre in der Gefangenschaft des Apartheid-Regimes, meist auf Robben Island. Seine Kerkermeister konnten ihn nicht brechen. Er nutzte den Gefängnis-aufenthalt als „Universität“, unterrichtete seine Mithäftlinge in politischen Fragen und vermittelte den jüngeren Genossen wichtige Kenntnisse.

Nach dem Ende der Apartheid machte Walter Sisulu seinen enormen persönlichen und politischen Einfluß geltend, um Konflikte zwischen verschiedenen ethnischen und Stammesgruppen Südafrikas zu schlichten. **E. R. J.**



Sohn des Verstorbenen, Genossen Micha Vilner, Generalsekretär des Israelischen Kommunistischen Forums, ihr tiefempfundenes Mitgefühl. **R. F.** Gestützt auf eine Nachricht des Genossen Hans Lebrecht, Kibbutz Beit-Oren

Überfälle auf Palästinas Kommunisten

Die Büros der Palästinensischen Volkspartei (PPP) – wie sich die Kommunisten in Palästina nennen – wurden unlängst Ziel von Überfällen bewaffneter israelischer Kräfte. Im PPP-Hauptquartier in Ramallah wurden Computer-Festplatten, Akten, Karteien und politische Materialien der Partei konfisziert. Sämtliche offiziellen Dokumente, die der PPP-Vertreterin im PLO-Exekutivkomitee Hanna Amira und anderen leitenden Genossen gehörten, unterlagen der Beschlagnahme.

Der Aktion waren israelische Armee- und Polizeiüberfälle auf Räumlichkeiten der Partei in Nablus, Toukarm, Salfeet, Qalqilia und Jenin vorausgegangen. Auch hier wurden wichtige Unterlagen entwendet, Fenster und Türen, Mobiliar und technische Geräte zerstört.

Bei den Anschlägen auf Büros der PPP – einer der führenden politischen Parteien im Westjordanland und im Gaza-Streifen – nahmen die Eindringlinge zahlreiche Mitglieder der PPP fest. **R. F.**

Erfolge der KP Moldovas bei Kommunalwahlen

Bei den Kommunalwahlen in Moldova, der früheren Moldauischen Sowjetrepublik, hat die PCM – die Kommunistische Partei Moldawiens – die meisten Stimmen erhalten. Auf ihre Liste entfielen 48 % des Votums. Auf den zweiten Platz gelangte das pro-rumänische Bündnis Moldova Noastra (21,3 %), während die Christdemokraten 9,5 % erzielten. Schon im ersten Wahlgang gewannen die Kommunisten 116 Bürgermeisterposten. In etwa 300 Städten und Gemeinden, darunter der Landesmetropole Chisinau (Kischinjew), wo die KP mit 43 % der Mandate stärkste Kraft in der Volksvertretung ist, war eine Stichwahl am 8. Juni notwendig. Moldovas demokratisch gewählter Staatspräsident gehört der PCM an. **R. F.**

Unter der Schirmherrschaft der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. und der Künstleragentur Con Takt findet am 11. Januar 2004 um 11.00 Uhr im Großen Saal des Konzerthauses Berlin am Gendarmenmarkt ein

Neujahrskonzert

statt.

Mitwirkende sind die Brandenburger Symphoniker und Solisten der Deutschen Staatsoper Berlin. Reservierungen über

Künstleragentur Con Takt

Husumer Straße 27, 12683 Berlin
Telefon 030/51 739803

Rassistischer Ungeist

Vor 1939 gab es über drei Millionen Juden in Polen. Hier lebten die meisten Juden Europas mit ihren eigenen Parteien, Kulturzentren, Verlagen, Zeitungen, Theatern usw. Sie stellten bei nur 10 % der Bevölkerung etwa die Hälfte der Intelligenz Polens, die Hälfte der Bourgeoisie und der Handwerker sowie über zwei Drittel aller Händler. Nur wenige waren Arbeiter. Antijüdische Einstellungen hatten deshalb vor allem ökonomische Gründe: Polnische Handwerker, Händler und Angehörige der Intelligenz fürchteten die jüdischen Konkurrenten. Polnische Arbeiter behaupteten, von jüdischen Fabrikbesitzern besonders ausgebeutet zu werden. Die bäuerliche Bevölkerungsmehrheit fühlte sich jüdischen Aufkäufern, Geldverleihern und Wirtshauspächtern am stärksten ausgeliefert. Der finanzschwache polnische Unternehmer erklärte, vom jüdischen Bankier am meisten ausgenommen zu werden. All das war Wasser auf die Mühlen des polnischen Antisemitismus, der in allen Klassen und Schichten eine Rolle spielte. Auch in der Arbeiterbewegung, wo der hohe Anteil jüdischer Genossen antisemitischer Legendenbildung diente.

Formell waren Juden gleichberechtigt, faktisch aber diskriminiert. Daher gab es unter ihnen eine starke zionistische Strömung. Dennoch waren die meisten Juden in Polen verwurzelt, patriotisch gesinnt und konservativ. Sie wollten nicht emigrieren.

Die Faschisten ermordeten fast alle Juden Polens. Die meisten der 200000 Überlebenden befanden sich in der UdSSR, in linksgerichteten Partisanenabteilungen oder in Verstecken. Das Verhältnis zwischen Juden und Polen hatte sich während des Krieges noch verschlechtert. Von vielen Polen waren Werkstätten, Verkaufsstellen, Wohnungen, Häuser und anderer Besitz der Deportierten und Ermordeten übernommen worden. Sie hatten die Angst der Gejagten zur eigenen Bereicherung ausgenutzt. Demgegenüber bildeten polnische Hilfeleistungen für verfolgte Juden achtungsgebietende Ausnahmen, zumal die Todesstrafe darauf stand.

Nach der Befreiung nahmen die Konflikte zu. Obwohl fast alle Polen den Völkermord an den Juden verurteilten, waren viele nicht bereit, Zurückkehrenden ihr Eigentum wiederzugeben. Schwere Auseinandersetzungen – auch mit Todesopfern – waren die Folge.

Die Volksmacht siedelte Juden vorrangig in den neuen Westgebieten an. Hier befanden sie sich bald in keiner guten Gesellschaft, da auch Polen dort hingezo-gen waren, die ihre nunmehr sowjetisch gewordene Heimat hatten verlassen müssen. Im Unterschied zu vielen Polen waren Juden ganz überwiegend der UdSSR für ihre Rettung dankbar und verhielten sich gegenüber der Volksmacht zustimmend oder loyal. Während nicht wenige Angehörigen der polnischen Intelligenz feindselig auftraten, unterstützten Juden

den neuen Staat mit wertvollen Kadern. Vor dem Krieg hatte nur 1 % von ihnen im öffentlichen Dienst arbeiten dürfen, nun waren Juden überall anzutreffen: in den Verwaltungen sämtlicher Ebenen, im Parteiapparat, in den Medien, im Kultur- und Bildungsbereich, in Volksarmee, Miliz und Innenministerium.

Da viele Juden aus Ostpolen stammten, sprachen sie oft Polnisch mit russischem Akzent. Seither hielt sich die Meinung, russische Juden würden Polen regieren. Der konterrevolutionäre bewaffnete Untergrund machte deshalb Jagd auf sie. Dabei wurden auch Menschen getötet, die gerade erst der Hölle faschistischer Konzentrationslager entronnen waren. Es fanden Pogrome statt, von denen das in Kielce (1946) besonders schrecklich war. Als die Volksmacht die Schuldigen hart bestrafte, kam es zu Protesten, in Lodz sogar zu Solidaritätsstreiks mit den Verurteilten. Staat und Partei sahen sich einer antisemitischen Fronde gegenüber, die von der Kirche über alle Klassen bis zum terroristischen Untergrund reichte. Vor dem Druck kapitulierend, zog man jüdische Genossen aus besonders exponierten Stellungen zurück. Die Pogrome, die antijüdische Haltung vieler Polen, zionistische Aktivitäten, aber auch die sich abzeichnende sozialistische Entwicklung, die von etlichen Juden abgelehnt wurde, veranlaßte etwa die Hälfte von ihnen zur Emigration in den Westen oder nach Palästina. 1950 gab es nur noch etwa 90000 Juden in Polen, die zumeist mit der Volksmacht verbunden waren oder sich anderweitig gut eingerichtet hatten.

Im Jahre 1956 erlitten Polens Juden einen neuen Schock. Unter der Losung der „Abrechnung mit dem Stalinismus“ wurden vor allem jüdische PVAP-Mitglieder für Verfehlungen in der Zeit der härtesten Klassenkampfsjahre nach 1945 verantwortlich gemacht. Polen seien solcher Grausamkeiten nicht fähig, ließ Politbüromitglied und Staatsratsvorsitzender Aleksander Zawadzki verlauten. Es kam zu Massenentlassungen, Parteiaus-schlüssen und Prozessen, von denen vor allem bewährte jüdische Genossen betroffen waren. Dieses Zurückweichen vor der rassistischen Ideologie trug maßgeblich zur Diskreditierung und zum Niedergang der Partei bei. In den folgenden Jahren verließen abermals Tausende Juden das Land. Andere näherten sich antisozialistischen Kräften, deren prowestliche Einstellung mit der Zeit auch zionistische Positionen umschloß. In Israel hatten es viele Juden aus Polen zu bedeutendem Einfluß gebracht: Ben Gurion, Issac Shamir, Menachem Begin, Shimon Peres u. a. Mit Ausbruch des Sechstagekrieges frohlockten polnische Antikommunisten: „Unsere polnischen Juden schlagen sowjetische Araber!“ Ein neuer Konflikt bahnte sich an.

In der Parteiführung fanden seit 1956 Flügelkämpfe zwischen konsequenten

Verteidigern der Volksmacht und Verfechtern des Revisionismus statt. Auf beiden Seiten gab es Juden, doch in den Augen vieler Parteimitglieder schienen sich diese bei den Rechten zu konzentrieren. Das griff der ehemalige Partisanenführer und Innenminister General Moczar, der dem Politbüro angehörte, demagogisch auf. Um antisemitisch eingestellte Angehörige des von ihm geleiteten Widerstandskämpferverbandes „fester mit Volkspolen zu verbinden“ und seine eigenen politischen Pläne zu verfolgen, rief er dazu auf, die „jüdischen Revisionisten aus der Partei zu jagen“. So erlangte er zeitweilig Masseneinfluß, wobei er die offenen Sympathien vieler Juden Polens gegenüber der Politik Israels propagandistisch ausnutzte. Unterdessen verlangte die Warschauer Führung von den verbliebenen Juden ein klares Bekenntnis zu Polen. Anderenfalls stünde ihnen der Weg nach Israel frei. Nun begann eine rigorose und undifferenzierte „Säuberung“. Viele jüdische Kommunisten wurden grundlos entlassen und aus der Partei geworfen. Auch andere jüdische Bürger verloren ihre Arbeit. Dieser Ausbruch des kaum kaschierten Rassismus stand in krassem Gegensatz zum Marxismus-Leninismus und war Ausdruck ideologischer Prinzipienlosigkeit. Ein neuer Exodus nach Israel und dem Westen setzte ein. Diese „Kampagne“ wurde von vielen Polen unterstützt, zumal sie de facto antisemitischen Charakter trug.

Die Ambitionen Moczars erfüllten sich allerdings nicht, weil Polen ein Jahr später durch neue Konflikte erschüttert wurde. Nun gab es andere Prioritäten. Mit dem Sturz Gomulkas verließ der General die Bühne der aktiven Politik. Nicht aber manche im Lande verbliebene Juden, die sich der Emigration verweigerten. Sie hatten inzwischen die letzten Illusionen über den Sozialismus in Polen verloren und engagierten sich offen in der erstarkenden antisozialistischen Bewegung. Sie war es auch, die sich fortan zur Verteidigerin des polnischen Judentums aufschwang und damit im Westen und bei Israel zusätzliche Punkte sammelte.

Nach der Konterrevolution von 1989/90 wurde das jüdische Thema öffentlich gemacht und dazu benutzt, mit Volkspolen abzurechnen. Das „EU-reife“ bürgerliche und an Investitionen interessierte Polen will nun den Eindruck vermitteln, der Antisemitismus sei seit der Beseitigung der sozialistischen Ordnung kein Thema mehr. Doch die letzten Jahre bewiesen das Gegenteil. Heute gibt es in Polen nur noch 2000 gläubige Juden. Die Bürger „jüdischer Abkunft“ werden auf 15000 geschätzt.

Für die Zukunft bleibt festzuhalten: Ohne konsequente Auseinandersetzung mit antijüdischen Auffassungen und deren restloser Eliminierung wird es in Polen keine ideologisch starke neue kommunistische Partei geben. **Stefan Warynski**

Fischen nach Silber und Seelen

In seinem kürzlich erschienenen Buch „Christentum und die Kirche aus der Sicht eines Wissenschaftlers und Atheisten“ untersucht Prof. G. I. Starchenkow die neue Rolle der Russischen Orthodoxen Kirche. Wir zitieren aus einer Rezension von V. Iwanow in der Zeitung „Trudowaja Rossija“.

Das Auseinanderfallen der Sowjetunion als Großmacht wurde von den historischen Feinden in den USA mit Jubel aufgenommen. Die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) tat nichts, um die Einheit des Staates zu bewahren. Am 4. Oktober 1993, als Jelzin Anweisung gab, unbewaffnete Demonstranten zu verprügeln und zusammenschießen, hätte die ROK ihre Rolle als Vermittler spielen können, um die Tragödie zu vermeiden. Doch Alexej II. bezeichnete die Verteidiger der Verfassung als „Säbelrassler“, wodurch er der kriminellen Aktion des Präsidenten seine Unterstützung lieh. So wurde die neue Symbiose zwischen Kirche und Staatsmacht auf Blut gegründet: Der Staat setzte Maschinengewehre und Panzer ein, das Patriarchat leistete seinen Beitrag mit Kreuzen und Segenssprüchen.

Nach dem Sieg der Konterrevolution in Rußland beteiligte sich die ROK an der Plünderung des Volksvermögens. Für einen symbolischen Betrag erwarb sie enorme Reichtümer. In den Jahren 1996 bis 1998 grenzten die Geschäfte der Kirche an das Verbrecherische. Damals autorisierte sie Präsident Jelzin, unter dem Vorwand humanitärer Hilfe steuerfrei Tabak und Wodka zu importieren. Die Kirche begann den Kauf von Zigaretten und alkoholischen Getränken im Ausland zu organisieren. Sie zahlte dafür keinerlei Steuern oder Zölle, veräußerte die Ware aber in Rußland mit beachtlichem Profit.

Manager dieses lukrativen Geschäfts war Metropolit Kyrill, der die Internationale Abteilung der ROK leitete. Seitdem gehören die höchsten geistlichen Dienstleister dem exklusiven Klub großer Geschäftsleute an. Sie wurden Teil des reichsten Segments der russischen Gesellschaft.

1992 trat die Christliche Russische Bank mit dem Segen seiner Heiligkeit, Patriarch Alexej II., in ihre Existenz ein. Dank göttlicher Hilfe machte die Bank etwa zwei Jahre später Bankrott. Als die betrogenen Anleger die Rückgabe ihrer Gelder forderten, teilte der Bankrat mit, das Geldinstitut gehöre in Wahrheit gar nicht der Kirche, sondern sei ein normales kommerzielles Unternehmen, für das die ROK keinerlei Verantwortung trage. Nicht einer der Direktoren wurde verhaftet, was mit den Organisatoren anderer finanzieller „Pyramiden“ geschah. Die Anleger erachteten es auch als sinnlos, die ROK vor Gericht zu verklagen.

1995 äußerte Alexej II. während eines Besuchs in Deutschland: „Wir können nicht schweigend über die Tatsache hinweggehen, daß das totalitäre Regime, welches in Ostdeutschland nach dem Fall des Nazismus errichtet wurde, und das vielen Deutschen Leid gebracht hat, von unserem Land aus auf diesen Boden gekommen ist. Es wurde durch viele meiner Landsleute mit ungerechten Aktionen unterstützt. Ich bitte um Ihre Vergebung für all das im Namen meiner millionenköpfigen Herde aus vielen Nationalitäten.“ So demütigte sich der Patriarch vor deutschen Politikern in der Folge der Nazis, ohne daß die Völker Rußlands oder die Gläubigen, für die zu sprechen er behauptete, etwas davon wußten ...

Was hat es also mit dem angeblichen Patriotismus und der vielgepriesenen Ethik der ROK auf sich?



Nachdem das Patriarchat gute wechselseitige Arbeitsbeziehungen mit der Exekutive hergestellt hatte, unternahm es intensive Bestrebungen, die Regierungskörperschaften und die Bevölkerung zu klerikalisieren. Im Gegensatz zur Verfassung vermochte es die Einführung des Religionsunterrichts in Grund- und Oberschulen und sogar auf der höchsten Bildungsebene durchzusetzen. Unter Präsident Putin nahmen Zwangstaufer riesige Ausmaße an. In seiner Eigenschaft als Oberkommandierender der Streitkräfte führte er das vorrevolutionäre System der Massentaufe von Soldaten wieder ein. Das wurde aus Tschetschenien berichtet. Er erklärte auch die Beisetzung von ums Leben gekommenen Militärangehörigen durch einen Priester für obligatorisch. In nahezu jeder Militäreinheit und in jedem Gefängnis gibt es jetzt Gebetsräume, wo der Priester Kulthandlungen und andere geistliche Tätigkeiten ausführen kann. Soldaten und Strafgefangene müssen antreten und zu den Gottesdiensten marschieren.

An Hochschuleinrichtungen wurde der Unterricht in politischer Ökonomie und sogar in Philosophie eingestellt. Das Patriarchat bestand darauf, daß Theologie zum Lehrgegenstand wurde, wobei die Dozenten von der ROK zu bestätigen sind. Zur Schande der russischen Wissenschaft wurden diese Veränderungen durch den Präsidenten der Moskauer Universität, Akademiemitglied Ossipow, und Vizekanzler Sadownitschi verfügt. Es ist zu bemerken, daß Theologie seit dem 18. Jahrhundert, in dem Rußlands erste Universitäten gegründet wurden, noch nie Pflichtfach gewesen ist.

Das Patriarchat nutzte die Gelegenheit, seine Vorherrschaft über die staatliche Macht zu errichten. Die hohe Priesterschaft ging dazu über, den orthodoxen Totalitarismus einzuführen. 1990 gab Metropolit Gideon die bestürzende Erklärung ab: „Die Zeit scheint mir für die Politiker gekommen, sich in Bescheidenheit zu üben und zu begreifen, daß sie kein Ungemach hervorrufen, wenn sie seine Heiligkeit, den Patriarchen, einladen, unser Land zu führen.“

Dies war das erste Anzeichen für Pläne zur Schaffung einer Theokratie, die der katholischen Macht des Vatikans und der islamischen Macht in Iran auf gewisse Weise ähnlich käme. Auf einer Konferenz der Geistlichkeit angenommen, die davon ausgeht, daß die Staatsmacht gegenüber der durch die Kirche vertretenen geistlichen Macht zweitrangig ist. Mit dieser Entscheidung wies die ROK die staatliche Rechtsetzung zurück, stellte sie sich selbst über den Staat.

Übersetzung aus dem Russischen:
Dr. Vera Butler, Melbourne



Die rote Fahne auf der Schneekoppe

Zwischen 1922 und 1933 fanden im Riesengebirge acht machtvolle Kundgebungen deutscher und tschechoslowakischer Kommunisten statt.

1923 begrüßten mehrere tausend Arbeiter nach Nachtmärschen auf dem Gipfel der Schneekoppe den Sonnenaufgang mit der Internationale. Bei einem anschließenden Meeting gegen das Massenelend sprach an der Wiesenbaude u. a. Fred Oelsner. 4000 Deutsche und 2000 Tschechen nahmen teil.

1927 fand eine besonders eindrucksvolle Begegnung Tausender aus beiden Ländern statt, bei der die Grenze nicht überschritten werden durfte. Die Polizei unterschätzte jedoch den Erfindungsgeist der Teilnehmer. Über das Bächlein an der Wiesenbaude wurde als Rednertribüne ein Plattenwagen geschoben, dessen beide Enden als Plattformen dienten. Hauptredner auf deutscher Seite war Ernst Thälmann, der unter dem Decknamen Ernst Kraft auftrat. Bei dieser Manifestation überreichten die deutschen Genossen ihren tschechischen Kampfgefährten eine Fahne. Sie überdauerte mehr als 75 Jahre oft schwerer Zeiten. Jetzt behütet sie der Kreisverband Trutnov der KP Böhmens und Mährens (KSCM).

Beim letzten Riesengebirgstreffen – es fand im März 1933 nach dem Reichstagsbrand statt – unterstützten die Genossen aus der CSR von der Verhaftung bedrohte deutsche Antifaschisten bei der Flucht in das Nachbarland. Heftiges Schneetreiben half ihnen dabei.

Nach dem Krieg wurde die Tradition von tschechoslowakischen, polnischen und deutschen Kommunisten weitergeführt. Zur Erinnerung an diese gemeinsamen Willensbekundungen und Aktionen errichtete die CSSR im Jahre 1972 in Malá Úpa bei der Grenzbaude ein Denkmal. 1974, nach der „samtenen Revolution“, wie Prag die konterrevolutionäre „Wende“ bezeichnet, wurde das Monument dem Erdboden gleichgemacht. Doch der Abriß konnte die Fortsetzung der Treffen nicht verhindern. Heute werden sie durch tschechische Kommunisten gemeinsam mit dem Grenzlandklub organisiert. Die nächste Begegnung mit Teilnehmern aus der CR, Polen und Deutschland findet am 30. August 2003 an der Grenzbaude in Malá Úpa statt.

Das Reisebüro tuk, Danziger Straße 161/163 in 10407 Berlin (Tel. 0 30/4 23 33 30, Fax 0 30/4 23 33 22) veranstaltet eine Busfahrt vom 28. 8. bis zum 2. 9. 2003 in das Riesengebirge mit Teilnahme am Treffen. Der Preis für Transport und Hotelunterkunft beträgt pro Person 286 Euro im DZ, EZZ 40 Euro.

Wir empfehlen unseren Lesern und Vereinsfreunden die Teilnahme an dieser eindrucksvollen Fahrt. **R. F.**

Gestützt auf philippinische Presseberichte

Terror auf den Philippinen

Unlängst wurden die leblosen Körper der philippinischen Menschenrechtsanwältin Edén Marcellana und des Bauernführers Eddie Gumanoy in Bansud gefunden, nachdem sie und drei andere von einer bewaffneten Gruppe in der vorangegangenen Nacht in Naujan, Oriental Mindoro, entführt worden waren. Marcellanas Kopf wies Schußwunden und Gumanoy's Leichnam Einschüsse in Brust und Kopf auf. Die 31jährige Juristin Edén Marcellana war Generalsekretärin der Allianz zur Förderung der Rechte des Volkes in Süd-Tagalog, der 36jährige Eddie Gumanoy Vorsitzender der Föderation der Bauerngruppen in derselben Provinz und Mitglied des Nationalrates der Bauernbewegung. Die drei übrigen Entführten waren Francisco Saez und Melvin Jocson, beide Mitglieder der Provinzkoordination der Landarbeitergruppe Anakpawis in Oriental Mindoro, und Virgilio Catoy von der audiovisuellen Gruppe St. Exposure. Jocson und Catoy fand man später gefesselt auf, von Francisco Saez fehlt weiter jede Spur. Die bewaffnete und maskierte Gruppe, auf deren Konto die Entführung und die Morde gingen, wird der 204. Brigade der

philippinischen Armee unter Oberst Jovito Palparan jr. zugeordnet.

Mit Marcellana und Gumanoy sind nun insgesamt 29 Kämpferinnen und Kämpfer der Volksbewegung in Oriental Mindoro ermordet worden. Marcellana ist die neunte Menschenrechtsanwältin, die unter dem Regime von Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo umgebracht wurde. Vor ihrem Tod leitete sie mehrere Aufklärungsmissionen, die zahlreiche Morde an Bauern, örtlichen Führern und Aktivisten in Oriental Mindoro erkunden sollten. Sie ermittelte dabei die Verwicklung des Militärs in die jeweiligen Vorfälle.

Eine Untersuchungskommission begab sich nach Oriental Mindoro, um die Leichname von Marcellana und Gumanoy abzuholen und wegen der Morde und der Entführung Nachforschungen anzustellen. Zu der Gruppe gehören Mitglieder und Repräsentanten der Menschenrechtskommission (CHR), der Vorsitzende des Komitees Erster Mai (KMU) und andere Leiter von Volksorganisationen. **R. F.**

Gestützt auf ein Material von tuk

Dieses Thema betrifft ein umfangreiches Gebiet, das mit mehreren Wissenschaftsbereichen verbunden ist: in erster Linie mit der Volkskunde sowie mit der Geschichtswissenschaft, mit der Musik- und Literaturwissenschaft. Als Phänomen ist es nicht nur einem Forschungsbereich zuzuordnen. Keine dieser genannten Wissenschaftsdisziplinen hat in der Vergangenheit die Bedeutung von Arbeiterkultur in ausreichendem Maße für ihre jeweiligen spezifischen Forschungen erkannt und näherer Betrachtung für wert befunden. Für die bürgerliche Volksliedforschung war das politische, das Revolutions- und Arbeiterlied in seiner ganzen Vielfalt nur ganz selten in Einzeluntersuchungen ein ernstzunehmender Gegenstand. Erst Wolfgang Steinitz hat in seinen Untersuchungen zum demokratischen Volkslied aus sechs Jahrhunderten, in die er das Arbeiterlied einbezog, den Nachweis für die weit zurückliegende Existenz und Fortentwicklung einer lebendigen demokratischen Liedkultur erbracht.

Demokratische Volkslieder waren stets eng mit den Lebensinteressen und Lebensbedingungen der Menschen, mit ihrem Lebensanspruch und ihrer Lebensauffassung verbunden, die durch die vorgefundenen gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt waren. So reflektieren die Lieder sowohl die gegebene soziale Umwelt als auch die subjektiven Einstellungen und Empfindungen des Volkes – sie widerspiegeln die gesellschaftliche Realität gleichsam durch die Brille subjektiver Betrachtung. Mit der Ausbreitung kapitalistischer Produktionsverhältnisse erweitern sich Anliegen und Aussagegehalt des traditionellen Volksliedes, weil das Leben weitaus komplizierter geworden ist, die sozialen Belastungen stets unerträglicher werden und das Bedürfnis nach Veränderung bestehender Lebensbedingungen wächst.

Das Entstehen einer organisierten Arbeiterbewegung und die Herausbildung des wissenschaftlichen Sozialismus fördern wachsendes politisches Bewußtsein in der Arbeiterklasse. Auf dieser Grundlage entwickelt sich eine proletarische Kultur, die im Widerspruch zum Kapitalismus neuartige geistig-schöpferische Leistungen hervorbringt. Politische Lyrik und Lieder erhalten eine zunehmend aktive soziale und politische Funktion im Leben arbeitender Menschen, weil sie nicht nur Situationen wiedergeben, sondern auch zum Eingreifen in den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß zugunsten proletarischer Lebensinteressen auffordern.

Das Arbeiterlied bildet sich heraus und stellt neben dem herkömmlichen Volkslied eine neue Qualität dar. Neue Elemente werden ausgebildet, die es ermöglichen, die Kompliziertheit der Lebensverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft und die antagonistische Haltung der Fabrikarbeiter zur herrschenden Klasse auszudrücken, dieser den Kampf anzusagen. Mit wachsender politischer Bildung der Arbeiter entwickeln sich ihre Lieder von der Klage über die Anklage bis zum Kampfaufruf.

Wie läßt sich die erstaunliche Wirksamkeit des Arbeiterliedes, durch die es zum ständigen und unentbehrlichen Begleiter

Das Arbeiterlied

und Kampfmittel vieler Generationen politisch organisierter Arbeiter wurde, erklären? Das proletarische Lied ist eine dynamische Erscheinung, die auf Grund ihres flexiblen künstlerisch-agitatorischen Wesens einen mobilisierenden Einfluß auf breite Massen von Menschen ermöglicht. Politische Argumentationen und propagandistische Leitsätze, Klassenbewußtsein, Kampferfahrung und revolutionäre Gesinnung werden durch das Arbeiterlied vermittelt und können durch gemeinsames Singen auf das politische Denken und Handeln, in hohem Grade auch gefühlsmäßig auf viele Menschen einwirken. In unterschiedlichsten Situationen kann das Lied ohne Vorbereitung angestimmt, wenn nötig – wie in illegalen Zeiten für die Arbeiterbewegung – sofort auch wieder abgebrochen werden, und seine Botschaft teilt sich sogleich anderen mit. Begünstigt durch den einfachen Sprachgebrauch, durch die zumeist bekannte Melodie und die deutlich formulierte Aussage bleibt das Lied schnell im Gedächtnis haften. Es kann jederzeit nachgesungen werden und nutzt sich nicht ab, im Gegenteil: Je öfter es erklingt, desto nachhaltiger ist die Wirkung. Das Lied aktiviert, setzt in Bewegung, fördert Gemeinschaftssinn und solidarisches Handeln. Ein Lied kann kein politisches Wissen ersetzen, doch kann es politische Grundgedanken und Forderungen verknüpft, auf Wesentliches reduziert, in einfachen Worten und Bildern anschaulich erlebbar machen; im Lied sind sie aufgehoben und bei Bedarf abrufbar. Wenn der Arbeiter sich damit identifiziert, ist es sein Lied geworden, das seinen Wertvorstellungen, seinem politischen Bewußtsein und seinem ästhetischen Empfinden entspricht.

Für den Historiker bietet das Arbeiterlied wertvolle Erkenntnisse, speziell bei

Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. In ihrer Entwicklung über die Jahrzehnte etwa seit den schlesischen Weberaufständen bedeuten die Arbeiterlieder, deren Entstehungs- und Wirkungsumfeld eine unverzichtbare Quelle, weil sie in ihrer Konkretheit aufschlußreiche Einzelinformationen vermitteln und historische Zusammenhänge deutlich machen: politische und soziale Geschichtsverläufe, ideologische Auseinandersetzungen und Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung, konkrete historische Ereignisse und politische Kämpfe, die ihrerseits wiederum Auslöser für das Entstehen von Arbeiterliedern gewesen sind.

Die deutsche Arbeiterbewegung hatte frühzeitig die Bedeutung des Arbeiterliedes und der Arbeitermusik für die Verbreitung sozialistischen Gedankenguts und als Helfer bei der politischen Agitation für konkrete Forderungen und Anlässe erkannt. Auch bei sozialistischen Festen und Feiern von Parteien, politischen Organisationen und Vereinen nahmen Darbietungen von Theatergruppen, Gesangsvereinen und Instrumentalgruppen der Arbeiter einen breiten Raum ein.

Aus dem sozialdemokratischen Parteilied entwickelte sich in den folgenden Jahrzehnten bis zum Machtantritt der Nazis das proletarische Kampflied, das vor allem in den Jahren der Weimarer Republik von den Straßen, bei Aufmärschen und in Kampfsituationen nicht wegzudenken war. Von kontinuierlichen Verboten der Lieder, Liederbücher und proletarischen Schallplatten, des Gesangs auf Versammlungen und Veranstaltungen bis zu Verhaftungen und Prozessen kündeten Polizei- und Gerichtsakten. Nach 1933 setzten sich derartige Repressionen in verstärktem Maße fort. Die Archive bieten hier anschauliches Beweismaterial für die Lebenskraft von Arbeiterliedern – allen voran der Internationale – selbst unter faschistischem Terror.

Die systematische Erforschung der Arbeitermusik in Deutschland begann erst 1954 in der DDR mit der Gründung des Arbeiterliedarchivs, seit 1956 bei der Akademie der Künste, das ich mit aufgebaut und über 30 Jahre lang geleitet habe. Eine umfassende Sammeltätigkeit und das Erfassen von Dokumenten der Arbeitermusik, die Ermittlung von Quellen und Materialien setzte ein. Vorrangig war es, Verbindungen zu noch lebenden Zeitzeugen herzustellen, um ihre Erinnerungen und ihr Liedgedächtnis abzurufen, die von ihnen bewahrte, mündlich überlieferte Liedtradition aufzuzeichnen. In den folgenden Jahren stand die Auswertung der gesammelten Bestände im Mittelpunkt. Dazu gehörte die Publikation von Liederbüchern, Bibliographien, Dokumentationen und Schallplatten, die Ausrichtung von internationalen Fachtagungen wie auch die Erarbeitung von Lehrmaterial und Ausstellungen, die vielerorts im In- und auch im Ausland gezeigt wurden.

Das Arbeiterliedarchiv ist auch heute noch für die Nutzung zugänglich, es befindet sich im Archivgebäude der Akademie der Künste am Robert-Koch-Platz 10 in Berlin. **Dr. Inge Lammel**

Der „RotFuchs“ verzichtet nicht auf seine Jubilare. Er ist stolz auf sich bündelnde Erfahrung. Herzlich gratulieren wir unseren bewährten Mitgliedern



Kurt Walter
aus Leipzig (80) am **1. August 2003**
Heinrich Markowski
aus Leipzig (75) am **15. Juli 2003**
Erika Weber
aus Buchholz (70) am **21. Juli 2003**
Anneliese Lewalder
aus Berlin (60) am **2. August 2003** und
Elvira Köhn
aus Berlin (50) am **24. Juli 2003.**

Wir wünschen ihnen Gesundheit, persönliches Glück und Freude an der Mitarbeit in unserem Verein!

¡Presente!

■ Die Schriftstellerin **Rosemarie Schuder** wurde vor 75 Jahren, am 24. Juli 1928, in Jena geboren. Nach dem Abitur war sie zunächst in Jena journalistisch tätig; ihr erstes Werk „Glas. Begegnungen im volkseigenen Jenaer Glaswerk Schott & Gen.“ entstand 1952 nach einem Studienaufenthalt im Glaswerk. Die in Berlin lebende Autorin wurde für ihr Werk vielfach ausgezeichnet, so mit dem Heinrich-Mann-Preis (1958), dem Nationalpreis der DDR (1969 und 1988), dem Lion-Feuchtwanger-Preis (1976) und dem Goethe-Preis (1988).

Rosemarie Schuder ist vor allem durch historische Romane und Erzählungen bekannt geworden: „Der Ketzler von Naumburg“ (1955) bezeugt ihre tiefe Beziehung zur bildenden Kunst; er schildert Kampf und Meisterschaft des Schöpfers der Stifterfiguren im Naumburger Dom; das zweibändige Romanwerk über Johannes Kepler („Der Sohn der Hexe“, 1957, und „In der Mühle des Teufels“, 1959) hat sowohl die wissenschaftliche Leistung des Forschers als auch seine menschliche Not in der Auseinandersetzung mit dem reaktionären Klerikalismus zum Gegenstand. In den Romanen „Der Gefesselte“ (1962) und „Die zerschlagene Madonna“ (1965) gestaltete Schuder das Leben Michelangelos; seine künstlerischen und persönlichen Konflikte sind in die politischen und gesellschaftlichen Ereignisse der Zeit gestellt, die das Aufkommen des italienischen Frühkapitalismus beleuchten. Zu ihren reifsten Werken zählt der Wiedertäuferroman „Die Erleuchteten oder Das Bild des armen Lazarus zu Münster in Westfalen – von wenig Furchtsamen auch der Terror der Liebe genannt“ (1968). Der schwere „Weg der Erkenntnis“ ist das Thema von Schuders Roman „Paracelsus und der Garten der Lüste“ (1972).

Weitere Werke u. a.: Ich hab's gewagt (1954, über Ulrich von Hutten); Meine Sichel ist scharf (1955, über Thomas Müntzer); Paracelsus (1955); Tartuffe 63 oder Die Ehe der Michaela Schlieker (1965); Agrippa und Das Schiff der Zufriedenen. Roman (1977); Serveto vor Pilatus. Roman (1982); Hieronymus Bosch, Das Zeitalter. Das Werk (1991); Welt und Traum des Hieronymus Bosch: Ein Diskurs (1991); Nummer 58866 Judenkönig. Das Leben des Kurt Julius Goldstein (1996); Hochverrat oder: Seltsame Wege zu Ferdinand Freiligrath (2001); Deutsches Stiefmutterland. Wege zu Berthold Auerbach (2003).

Noch nicht genannt habe ich bisher das Werk Schuders (entstanden in gemeinsamer Arbeit mit Rudolf Hirsch, ihrem vor fünf Jahren verstorbenen Mann), das besonders erwähnt werden muß: „Der gelbe

Fleck. Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der deutschen Geschichte“. Das Buch erzielte hohe Auflagen und ist – in der Ausgabe des PapyRossa-Verlags – wieder lieferbar (766 S., 15,24 €).

Wie konnte der deutsche Faschismus einen solchen Zulauf bekommen – auch beim Verbreiten des Judenhasses? Diese Frage motivierte Rudolf Hirsch von 1934 bis zu seinem Tod. Hirsch war jüdischer Kommunist. 1934 kehrte er von den ersten Fluchtländern Niederlande und Belgien nach Deutschland zurück, schloß sich der Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“ an, bis es 1937 für ihn bedrohlich wurde. Er flüchtete wieder, kam nach Israel und reiste 1949 in die soeben gegründete DDR zurück. Ab 1953 war er Gerichtsberichterstatter der „Wochenpost“, berichtete von beiden Auschwitz-Prozessen, vom Majdanek- und Lischka-Prozeß, schrieb als kritischer Zeuge. Von 1981 an vertieften sich Rudolf Hirsch und Rosemarie Schuder in die Arbeit am „gelben Fleck“. Aus Bekanntheit und Unbekanntem, Untersuchtem und Erlebtem ist ein beklemmender Exkurs über ein langes, düsteres Kapitel deutscher Geschichte entstanden.

Der 75. Geburtstag Rosemarie Schuders ist ein guter Anlaß, zusammen mit der Übermittlung unserer Glückwünsche noch einmal im Namen aller Antifaschisten zu danken für dieses unersetzliche Standardwerk.

■ Der Name **Moncada** ist verknüpft mit den besten revolutionären Traditionen des kubanischen Volkes. Die Gebrüder Guillermo und Narciso Moncada organisierten in Santiago, der Hauptstadt der Provinz Oriente, im Jahre 1895 den Aufstand gegen die spanische Kolonialmacht und taten sich als Offiziere der von Marti, Gómez und Maceo geführten Befreiungsarmee hervor.



Die Moncada-Kaserne

Zur Erinnerung an diese Volkshelden wurde in der „Wiege der kubanischen Revolution“ einer Kaserne der Name Moncada verliehen. In dem Maße, wie die 1902 gegründete Republik zu einem politischen und ökonomischen Anhängsel der USA wurde und das Militär zu einem Machtinstrument proimperialistischer Diktatoren, verwandelte sich die Monca-

da in eine Zwingburg zur Unterdrückung jeder freiheitlichen Regung. Während der Diktatur Batistas wurde aus dem Symbol der Unabhängigkeit eine Metapher für blutigen Terror. Den Bezug zur revolutionären Vergangenheit stellte erst jener 26. Juli (1953) wieder her, dessen 50. Wiederkehr dieses Jahr in Kuba gebührend gefeiert werden wird. Daß dieser Sturm auf Moncada auch im Geiste Martis erfolgte, erhellt aus dem Bekenntnis Fidel Castros, Marti sei der „intellektuelle Urheber“ dieses kühnen, wenn auch zunächst gescheiterten Unternehmens gewesen.

Castro sagte in seiner Rede zum 20. Jahrestag: „Der Sturm auf die Moncada lehrte uns, aus Niederlagen Siege zu machen. Er war nicht die einzige schwere Prüfung, die uns ein widriges Geschick auferlegte, doch nichts konnte mehr den siegreichen Kampf unseres Volkes aufhalten. Schützengräben aus Ideen waren stärker als Schützengräben aus Stein. Er zeigte uns den Wert einer Ideologie, die Kraft der Ideen und lehrte uns für immer, bei der Verfolgung gerechter Ziele hartnäckig und unbeugsam zu sein. Unsere heldenhaften Toten fielen nicht umsonst. Sie führten uns die Pflicht vor Augen, das einmal Begonnene fortzuführen. Sie entzündeten in den Herzen und Hirnen den unauslöschlichen Mut, sie begleiteten uns in die Kerker und in die Verbannung, sie kämpften neben uns während des ganzen Krieges. Wir sehen, wie sie in den neuen Generationen, die unter dem brüderlichen und menschlichen Schutz der Revolution heranwachsen, wieder auferstehen ...“

Buch-Tip: Robert Merle, *Moncada – Fidel Castros erste Schlacht*. Aufbau-Verlag, Berlin 1983, 384 S.

■ „Jugend aller Nationen, uns vereint gleicher Sinn, gleicher Mut ...“

Vor 30 Jahren – vom 28. Juli bis zum 5. August 1973 – fanden in Berlin die **X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten** statt – für immer unvergeßlich allen, die das Glück hatten, daran teilnehmen zu können. Für diese zur ermutigenden Erinnerung und zum Kennenlernen für jene, die damals an der Teilnahme verhindert, zu klein oder noch gar nicht geboren waren, zwei nachdrückliche Empfehlungen:

– Gisela Steineckert und Joachim Walther: Neun-Tage-Buch. Erlebnisse, Berichte, Dokumente. Zahlreiche Fotos (Farbfotos von Thomas Billhardt). Verlag Neues Leben, Berlin 1974 (und in einer Lizenzausgabe im Weltkreis-Verlag, Dortmund), 276 S. – ein auch heute noch begeisternder, wunderbarer Bild-Text-Band!

– Wer die Erde liebt ... Ein Dokumentarfilm über die X. Weltfestspiele. 1974. Regie: Joachim Hellwig. Länge: 70 Min. Icestorm GmbH, 15,30 €. **W. M.**



Aufgrund der guten Eindrücke von Ihrem Monatsblatt „RotFuchs“, das mir mein Freund und Genosse Peter Tichauer seit drei Jahren zusendet, wurde ich angeregt, an Sie zu schreiben. Ich arbeite viel mit deutscher wissenschaftlich-technischer Literatur. Deren Terminologie ist mir geläufig. Auf politischem Gebiet sind meine Deutschkenntnisse wesentlich bescheidener. Dessenungeachtet sehe ich jeden neuen „RotFuchs“ mit Interesse durch, lese auch einiges (mit Wörterbuch). Oft mache ich meine Kollegen und Genossen mit interessanten Materialien der Zeitschrift bekannt.

Als erstes möchte ich unterstreichen, daß sich der RF sehr günstig von ähnlichen Veröffentlichungen der Ukraine und Rußlands unterscheidet. Das wichtigste Positivum ist zunächst einmal, daß kein Artikel in der Länge eine Seite überschreitet. Das zwingt die Autoren dazu, gründlich an ihren Veröffentlichungen zu arbeiten, um die Gedanken höchst konzentriert auszudrücken. Zugleich bewahrt es den Leser vor Überlastung mit unnötigen Informationen.

Sehr gut finde ich die grafische Gestaltung, besonders die wachsende Zahl künstlerisch wertvoller und scharf satirischer Karikaturen. Diese haben dank ihrer emotionalen Ausdruckskraft echt internationalen Charakter. Die Arbeiten deutscher Grafiker werden in Ihrer Zeitschrift gut durch den Abdruck von Karikaturen aus ausländischen Veröffentlichungen ergänzt. Ich hoffe, daß Sie diese Praxis beibehalten.

Eine bedauerliche internationale Erscheinung ist die Überalterung kommunistischer Parteien. Junger Nachwuchs ist für sie heute lebenswichtig. Dazu erscheint es notwendig, Wege zu suchen, um junge und gesunde Kräfte heranzuziehen; aber nicht solche, die „am Wegesrand stehen“, sondern jene, die bewußt bereit sind, „sich in die Kolonne einzureihen“. Ein Mittel dazu ist es, der Jugend Möglichkeiten guter Information über die Geschichte, das heutige Leben und den Kampf von Kommunisten zu geben. Ich habe den Eindruck, daß der RF wenig für die Jugend schreibt und auch wenig junge Autoren besitzt. Diese Meinung hatte ich vor der März-Ausgabe 2003 mit dem Bericht über die zweite Leserkonferenz. Die im RF abgebildeten Fotos lassen den Schluß zu, daß meine Meinung vielleicht schon überholt ist ... Allerdings, wenn man die lebensfrohen Bilder der jungen Akteure auf Seite 5 mit dem Saalbild auf Seite 4 vergleicht, sieht man, wie bei uns gesagt wird, meist „Silberköpfe“. (...)

Da ein Hauptmotto Ihrer Zeitschrift die Kürze ist, muß ich meinen Brief abschließen. Ich würde mich freuen, wenn einige Eindrücke eines Auslandslesers über Ihr Journal Interesse fänden. Ihrer recht komplizierten Tätigkeit wünsche ich viel Erfolg.

Dr.-Ing. Wsewolod Nikolajewitsch Bernadskij, Kiew, Verdienter Wissenschaftler der Ukraine

Dieser Tage stieß ich auf einen kleinen Artikel, den ich 1965 für die Geraer „Volkswacht“ geschrieben habe. Vielleicht interessiert er Euch. Ihr könnt Euch sicher vorstellen, was ich darüber empfinde, daß unser edles Ziel gescheitert ist und ich heute nichts mehr tun kann.

Hier ein Auszug aus dem Artikel:
Ich hatte das große Glück – einige Monate zuvor war ich gerade 18 Jahre alt geworden – als einer der jüngsten Delegierten am Vereinigungsparteitag der beiden Arbeiterparteien am 21. und 22. April 1946 im Berliner Admiralspalast teilzunehmen. Erst später ist mir völlig klar geworden, daß ich eines der größten Ereignisse in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung unmittelbar miterleben durfte. Damals war ich zwar tief beeindruckt von der Tatsache, daß die Delegierten der KPD und der SPD mit grenzenloser Begeisterung einstimmig den Beschluß zur Vereinigung faßten, aber erst später begriff ich, warum die Begeisterung so groß und der Beschluß zur Vereinigung so einmütig war. Als die Ouvertüre zu „Fidelio“ verklungen war, betraten Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, von verschiedenen Seiten kommend, die Bühne, trafen in der Mitte zusammen und reichten sich unter minutenlangem, stürmischem Beifall der Delegierten und Gäste die Hände. Einem Schwur gleich brauste ein dreifaches Hoch auf die deutsche Arbeiterklasse durch den Saal.

Vielen alten Kommunisten und Sozialdemokraten standen damals vor Freude die Tränen in den Augen. Sie dachten an Ernst Thälmann, Rudolf Breitscheid und die ungezählten anderen Genossen, die den Nazi-Banditen in den Gaskammern, am Galgen und auf dem Schafott zum Opfer fielen und die nicht mehr erleben konnten, daß der Faschismus besiegt und auf seinen Trümmern die Einheit der deutschen Arbeiterklasse geschmiedet wurde. Deshalb waren die Tränen der Überlebenden Tränen der Freude über die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien und zugleich Tränen des Schmerzes und der Trauer um die gemordeten besten Vertreter der deutschen Arbeiterklasse. (...)

Dr. Gerhard Lier, Leipzig

Ich bin beeindruckt von dem Wirken des „RotFuchs“-Kollektivs und bedanke mich für die Zusendung der letzten Ausgaben. Das Bild „Begrüßung der Befreier“ in der Mai-Nummer finde ich toll. Es würde zum Schmunzeln anregen, wenn dieser Aggressionskrieg gegen Irak nicht so fürchterliche Folgen hätte. (...)

Mir geht die Frage des Roland Winkler in seinem Leserbrief immer wieder durch den Kopf: „Warum gefallen sich so viele ehemalige DDR-Bürger in der miesen Rolle der Selbstbeschmutzung?“ Mich hat dieses Problem auch bewegt, zumal man in den vergangenen Jahren den Eindruck hatte, als gäbe es in der früheren DDR nur Täter und Opfer. Ich kann diese Frage auch nicht erschöpfend beantworten, aber als einen Denkanstoß betrachte ich die Aussage Johannes R. Bechers, der vor Jahren in der „Einheit“ schrieb: „Der Kapitalismus unterzieht den Menschen einer großangelegten Entwöhnungskur im Denken ... Man sagt nicht: Denken ist verboten, eigene Gedanken sind unerwünscht. Man produziert das gewünschte Denken in solchen Massen, daß gegenüber dieser Denkmasse das eigene Denken gar nicht mehr aufkommt, und das gewünschte Denken wird den Gehirnen so raffiniert infiltriert, daß den Menschen das gewünschte fremde Denken als ihre eigene Gedankenarbeit und ihr höchstpersönliches Gedankengut erscheinen!“ (...)

Werner Jahr, Potsdam

SPD und Grüne, aber auch CDU, CSU und FDP, waren sicher über die Existenz der PDS selten so froh wie in den Juni-Tagen

dieses Jahres 2003. Die BRD beging den 50. Jahrestag des 17. Juni 1953, und die führenden Funktionäre der PDS, von Bisky über Holter, Liebich und Pau bis Zimmer, die allesamt in der DDR aufgewachsen sind und ihre Kenntnisse in diesem Staat erworben haben, betätigten sich als Kronzeugen für die Geschichtsfälscher aller Schattierungen.

Bei der jetzt laufenden abermaligen Geschichtsklitterung brauchen sich Politiker und Historiker also nicht mehr auf Schabowski, Häber und einige andere Wendehälse zu stützen. Führende demokratische Sozialisten bekräftigten in persönlichen oder gemeinsamen Erklärungen fast jede Beschuldigung und jede Lüge.

Das Debakel der PDS zur Bundestagswahl 2002 hat offensichtlich bei der Parteispitze noch keine Ursachenforschung und keine Kurskorrektur ausgelöst. Vermutlich wird in absehbarer Zeit über diese Partei, die als echte linke Opposition dringend gebraucht würde, kaum noch gesprochen. Zweifellos reiben sich die eingefleischten Antikommunisten voller Freude dankbar die Hände.

Generalleutnant a. D. Karl Leonhardt, Berlin

(...) Bereits 1951 beauftragte Adenauer einen Dr. F. Ernst mit der Vorbereitung von Maßnahmen für die Einverleibung der DDR. Dieser Ernst war unter Hitler Reichskommissar für die Verwaltung des „feindlichen Vermögens“, d. h. des beweglichen und unbeweglichen Vermögens der von Nazi-Deutschland überfallenen und okkupierten Staaten. Am 24. März 1952 fand in Westberlin die konstituierende Sitzung des „Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ statt. Dessen Vorsitzender war, wie nicht anders zu erwarten, der ehemalige Reichskommissar Dr. F. Ernst.

Bereits im Juli 1952 berichtete „Der Spiegel“: „Der Generalstabsplan für die administrative Machtübernahme ist so gut wie fertig. Es fehlt nur die Gelegenheit, ihn in der Praxis anzuwenden.“ Die Pläne des Forschungsbeirates wurden am 12. Dezember 1952 von der Adenauer-Regierung abgesegnet, und zwar mit dem besonderen Hinweis, „daß Presseverlautbarungen über Vorhandensein und Tätigkeit des Forschungsbeirates nur selten herausgegeben werden sollten“. (...)

Bemerkenswertes ist ebenfalls dem Memorandum des PSYCHOLOGICAL STRATEGY BOARD (PSB) vom 17. Juni 1953 zu entnehmen: „Der Widerstand gegen das Sowjetsystem sollte in der ganzen Zone verstärkt werden. Nicht unbedingt gewaltsam – eher passiv –, aber so, daß steigende Unruhe jederzeit in offene Gewalt übergeht.“

Im Auftrag des Nationalen Sicherheitsrates der USA wurden vom PSB Richtlinien für weitere Ziele und Maßnahmen erarbeitet und vom Präsidenten bestätigt. So sollten in Ostdeutschland verdeckter Widerstand bis zur Massenrevolte entwickelt und das Fluchtprogramm intensiviert werden. (...) Aus allem ist ersichtlich, daß die gesteuerten Ereignisse um den 17. Juni 1953 nicht der Beseitigung von Fehlentwicklungen in der DDR zum Wohle ihrer Werktätigen dienten, sondern auf die Wiedererrichtung kapitalistischer Machtverhältnisse in Ostdeutschland abzielten.

Dr. Rudolf Druх, Dessau

Im Zusammenhang mit Auftritten, Vorträgen usw. zum 17. Juni 1953 scheint ein Teil unserer Professoren und anderer prominenter DDR-Bürger, die es eigentlich besser wissen müßten, vor Selbstkasteiung

nicht mehr das damalige Wirken unserer Feinde in richtigen Relationen sehen zu wollen. Die Aktivitäten der Medien (RIAS u. a.), von Organisationen wie dem „Unterstützungsausschuß Freiheitlicher Juristen“, der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ und diverser Geheimdienste werden, wenn überhaupt, nur angetippt. Man stellt allein die Problematik in der SED und der Regierung der DDR dar und bezeichnet sie als Ursache für die „spontane Arbeiterhebung“ oder gar den „Arbeiteraufstand“. Die Verurteilung des Vorgehens gegen die Initiatoren des Putschversuchs zur Beseitigung der DDR und die an Verbrechen Beteiligten durch die Medien entspricht dabei dem „Heiligsprechen“ dieser Leute als Volkshelden des Widerstandskampfes.

Günter Werzlau, Taucha

Für mich war und ist der 17. Juni 1953 weder ein Volks- noch ein Arbeiteraufstand. Zu dieser Einschätzung gelangt man schon, wenn man nur die Anzahl der an Streikmaßnahmen Beteiligten in Betracht zieht. In der Mehrzahl der DDR-Betriebe gab es keine Arbeitsniederlegungen. (...) Wie sich die Ereignisse entwickelten, zeigte sehr deutlich, daß es nicht mehr um die Veränderung der Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse ging. Nach kurzer Zeit standen Mordaufrufe im Mittelpunkt des Vorgehens, brannten Kioske, wurde in vielen Einrichtungen des Staates marodiert. Mir wurde am 17. Juni klar, daß wir solchen Kräften unseren jungen antifaschistischen Staat nicht preisgeben durften. In Leipzig, in der Gegend des Dimitroffplatzes, leistete ich meinen Beitrag dazu, daß Randalierer und Brandstifter in die Schranken gewiesen wurden. So wie ich handelten Tausende Antifaschisten mit dem Ergebnis, daß der Angriff auf die DDR nach wenigen Stunden und an einigen Stellen nach Tagen zerschlagen werden konnte.

Wolfgang Mitschke, Halle/Saale

Vielen Dank für die reichhaltigen Beiträge auf so wenig Seiten. Ich habe mit besonderem Interesse den Artikel „Eppelmann als Nachgestalter“ gelesen. Das ist alles korrekt und gut geschrieben. Doch die (hehre) Titelgestalt scheint mir etwas zu kurz gekommen zu sein. Wer die Biographie des Rainer Eppelmann kennt – vor allem die, die 1990/91 die Runde machte –, wird sich wundern, wie der „gute Mann“ sich als zehnjähriger Schüler so exakt seine Meinung bilden konnte. Zur damaligen Zeit ging er in eine Westberliner Schule und wohnte, weil es billiger war, im Osten. Er hatte damals regelmäßigen Kontakt zu seinem Vater, der in der Residenz der CIA in Berlin-Zehlendorf campierte und dort als ehemaliger Mitarbeiter des faschistischen SD im Dienste der Amis seine Brötchen verdiente. (...) Rainer Eppelmanns spätere Kontakte zur US-Botschaft, schon als Pfarrer, liefen über eine Wohnung in der Bänischstraße 58. Sie hatten „halboffiziellen“ Charakter. 1989 wurde er dann einer der Führer des „Demokratischen Aufbruchs“.

Heute wird von Eppelmann eine geschönte Heldensaga als Biographie angeboten. (...) Ich habe 14 Jahre in unmittelbarer Nachbarschaft des sauberen Herrn gewohnt und so einiges mitbekommen.

Gerd Brunecker, Berlin

Ich möchte ein paar Anmerkungen zum „fehlenden Himbeereis“ (Artikel von Fritz Dittmar, RF 65) machen. Da ist sie plötzlich wieder, die Zeit, die heute kaum noch jemanden eint ...: Der

westdeutsche Soziologieprofessor Oskar Negt hat jahrelang das westeuropäische Phänomen der „68er“ analysiert und arbeitet, mittlerweile emeritiert, wohl noch immer am Thema. In der BRD hat ein gewisser Herr Fischer ein Bundesministeramt inne, ebenso ein Herr Schily, Herr Mahler fördert nun die Fahne der Faschisten; Herr Langhans pflegt noch seinen Harem usw. usf. – denn der Gang durch die Institutionen verlief unterschiedlich: für die meisten mittlerweile Krawattenträger scheint er abgeschossen, andere wollen heute bleiben, wohin sie einst schon nicht gekommen sind. (...)

Obwohl Dittmar in seinem Schlußabsatz richtig appellierte – sinngemäß: dem internationalen Proletariat seine bedeutende Rolle zuzuschreiben, auf daß es sie auch einnehmen möge –, ist er in seiner Semi-Auto-Retrospektion selbst mehrheitlich und ohne Not dem vorherrschenden Kontinuum Intellektualität und „68er“ erlegen. Allein aus den Westberliner Kommunen, studentischen Zirkeln und Arbeitsgemeinschaften nährte sich nicht der gesellschaftliche Wandel in der BRD und Westberlin, der sich zwar immerhin systemkritisch einstellte, aber eben letztendlich innerhalb des bestehenden kapitalistischen Systems blieb. (...) Zu oft von der bürgerlichen Presse scheinbar erfolgreich an den Wahrnehmungsrand gedrückt, fanden sich nämlich auch unzählige Arbeiterinnen und Arbeiter neben den Akademikerblöcken bei den Protesten und Demonstrationen. (...)

Dietmar Dolling, Rostock

Meine Hochachtung für Fritz Dittmar und seinen Beitrag zu den „68ern“. Der Mensch hat zwei Möglichkeiten, zu Erkenntnis und Fortschritt zu gelangen: Die erste unterscheidet ihn vom Tier und wird seit Jahrhunderten aus verständlichen Gründen behindert. Der bewußte, sich stets neu in Frage stellende Mensch liebt das Fragen mehr als das Antworten; er liebt seine Fehler, weil er darauf brennt, sie zu korrigieren. Er ist schon heute der beste Garant für einen effektiven Sozialismus ohne „Steckrüben“. Wer dagegen die zweite Möglichkeit bevorzugt und die eigenen Fehler verdrängt, hat keine Chance. Er muß den qualvollen Weg der Erfahrung gehen und wird vom Leben belehrt. Das gilt im Großen wie im Kleinen. Die Methode des Wissenschaftlers ist oft wichtiger als sein Fachwissen. Deshalb war „Ein Revolutionär ohne Seele?“ von Peter Franz ein großer Wurf zur rechten Zeit. Wenn derselbe Autor mit „Do swidani-ja, Lenin!“ daran nicht anknüpfen kann, ist das doch ganz normal. Wann gelingt schon mal ein großer Wurf?

Ron Wiesner, Dahlen (Sachsen)

Vielen Dank für den neuen „RotFuchs“, der so spannend war, daß ich ihn gleich „auf einen Sitz“ durchlesen mußte. Vor allem zur bevorstehenden Diskussion in der PDS gibt er wertvolle Anregungen.

Ich habe noch eine Bitte: Der Artikel von Prof. Hans Weber war mir aus dem Herzen geschrieben. Der Autor wirft darin Probleme auf, die ganz konkret unseren Knastalltag berühren, z. B. die jetzt eingeführte nachträgliche Sicherungsverwahrung. Ich würde gerne – wenn er es erlaubt – mit Prof. Weber in Korrespondenz treten über Strafgesetzbuch, Strafprozeßordnung, Strafvollzugsgesetz usw. Aus meiner Erfahrung bietet sich sicher manches für einen Folgeartikel an. So sind Strafgefangene in der BRD nicht kranken- und rentenversichert. Die entsprechenden Paragraphen wurden mit der Einführung des Strafvollzugsgesetz-

zes 1973 suspendiert. Uns fehlen dadurch wichtige Rentenjahre. Daß das Wohnen nach dem Knast ein Problem ist wie das Arbeiten, brauche ich wohl nicht extra zu erwähnen. Zu den Haftbedingungen der ca. 550 Frauen – mehrheitlich ohne Schulabschluß oder Ausbildung –, die sich hier befinden: Jährlich gibt es einen Lehrgang zum Volksschulabschluß für vier bis sechs Frauen; er ist wegen angeblich mangelnder Motivation derzeit ausgesetzt. Insgesamt stehen sechs Lehrstellen zur Verfügung, aber nur für Gefangene mit einer Strafe von mindestens vier Jahren. Fünf davon sind in minderbezahlten und von Arbeitslosigkeit bedrohten Frauenberufen. Der offene Vollzug umfaßt sechs Plätze; da er frühestens 18 Monate vor Strafende angetreten werden kann, ist das zu kurz für eine Ausbildung. Welche Scherereien ich hatte, bis mein Studium genehmigt wurde, will ich gar nicht erzählen; das ging bis vor den Petitionsausschuß. Derzeit ist keine Lehrstelle besetzt und der offene Vollzug hat freie Plätze. Doch ich will Euch nicht die Ohren volljammern, sondern bitte darum, mir nach Möglichkeit einen Gedankenaustausch mit Prof. Weber zu vermitteln.

Dr. Ruth Beutelspacher, JVA Aichach (Bayern)

Ingo Wagner plädiert in seinem Artikel „Der springende Punkt“ in Auseinandersetzung mit dem „Reformsozialismus“ („kapitalistischer Sozialismus“) für eine radikaldemokratische Reformstrategie, die sich zwar einerseits im Rahmen des Kapitalismus halten, andererseits aber doch an den Sozialismus heranführen soll. Offen bleibt die Frage, worauf diese Strategie eigentlich konkret abzielt. Denn auf dem Gebiet der Ökonomie müßte man sich dann mit der Fortexistenz einer Wirtschaft abfinden, die auch weiterhin am Profitprinzip orientiert ist. Es bliebe nur, auf seine solche politische Machtverschiebung hinzuwirken, die den Staat in die Lage versetzt, das Wirtschaftsgeschehen in die Interessen des Gemeinwesens einzubinden. Und das wiederum würde auf die Etablierung eines gelenkten und kontrollierten Kapitalismus hinauslaufen. Ist es das, was Ingo Wagner mit „radikaldemokratischer Reformstrategie“ meint? **Manfred Höfer, Leipzig**

(...) Wolfgang Clausner hält es allen Erstes für möglich, daß sich die PDS als „erkennbare Oppositionskraft gegen Schröders Politik der sozialen Vernichtung“ profilieren könne. Schaffe sie das nicht, würde sie sich selbst als sozialistische Partei zerstören. „Das würde die Linke in eine schwierige Lage bringen. Denn niemand wäre gegenwärtig dazu imstande, das entstehende Vakuum zu füllen.“ Im Umkehrschluß heißt dies (...), die Linke sei noch nicht in einer schwierigen Lage, und ein Vakuum sei noch nicht vorhanden. (...) Die PDS ist keine sozialistische Partei mehr und hat die Chance, eine solche zu werden, lange verspielt. Ins gleiche falsche Horn stößt Klaus Steiniger, wenn er in seinem Leitartikel ausspricht, die PDS könne zu einer einflußreichen Kraft im linken Spektrum werden. Auch die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch – ich bin der Meinung, daß es Kommunisten ohne Parteibuch nicht gibt – im „RotFuchs“-Förderverein bringt außer der wechselseitigen Selbstbestätigung nichts. (...)

RA Wilhelm Heinrich Rettler, Lutherstadt Wittenberg

Bemerkung der Redaktion:

Ohne Zweifel ist der organisierte Kommunist die Idealvariante. Das entspricht

auch der Leninschen Parteitheorie. Doch im Gebiet der früheren DDR sind die Verhältnisse nicht so ... Es gibt Zehntausende Genossinnen und Genossen, die oft 20, 30, 40 oder mehr Jahre in der SED organisiert waren, ihrer kommunistisch-sozialistischen Überzeugung nicht abgeschworen haben, aber – aus den verschiedensten Gründen der politischen Realität – heute keiner Partei angehören. Oft haben sie die PDS aus Enttäuschung verlassen, ohne irgendwo „angekommen“ zu sein. Sind sie etwa keine Kommunisten mehr? Für solche Menschen hatte die KPdSU seit Lenins Zeiten einen Namen: *Bespartinij Bolschewik – parteiloser Bolschewik.*

Mir geht es wie wohl vielen Lesern des RF: Ich lese die Zeitung „auf einen Sitz“, von der ersten bis zur letzten Seite. Es fällt mir schwer, einzelne Beiträge hervorzuheben – das ganze Blatt ist gut!

Ich möchte Euch ermuntern, weiterhin Schilderungen aus dem DDR-Alltag zu bringen. Sie vermitteln uns Genossen aus dem Westen einen „Geschmack“ vom realen Sozialismus, von seinen Schwierigkeiten und immer wieder auch von seinen großartigen Seiten. (...)

Horst Mette, Ebersberg (Bayern)

Bei uns in Nordhorn wurde unlängst die Fotoschau „Die Brücke von Varvarin“ mit

Aufnahmen von Gabriele Senft eröffnet. Die Ausstellung war sehr beeindruckend. Gabriele Senft hat die Hintergrundthematik ähnlich geschildert wie Prof. Dr. Horst Schneider in seinem Beitrag (RF 63). Es ist unserer sehr aktiven Nordhorner DKP-Ratsfrau Lou Bakker-Weckenbrock, die gleichzeitig Vorsitzende des deutsch-niederländischen Komitees „Nooit meer – Nie wieder!“ ist, zu verdanken, daß diese eindrucksvollen Fotos im Haus der hiesigen Kreisverwaltung vorgestellt werden konnten. Lou hat auch die Gedenkfeier zum 8. Mai mit Ansprachen der Bürgermeister aus der niederländischen Nachbargemeinde und Nordhorn organisiert. (Das Komitee „Nooit meer – nie wieder!“ wurde vor 20 Jahren von meinem unlängst verstorbenen Mann Heinz Deymann bei uns gegründet.)

Lisel Deymann, Nordhorn

Die vermeintliche Friedfertigkeit bürgerlicher Demokratien wird gegenwärtig in Zeitschriften wie „Wissenschaft und Frieden“ diskutiert. (...)

Wie verhält es sich damit? Nach Frank P. Pfetsch in der Zeitung „Das Parlament“ vom 4. 9. 1992 waren allein zwischen 1949 und 1990 die USA 52mal und Großbritannien 67mal in Kriege oder militärische Konflikte verwickelt. Die Kriege in Korea, in Vietnam, im Nahen Osten, in Mittel- und

Südamerika sowie in anderen Regionen richteten sich vorwiegend gegen Bestrebungen der Völker, sich von kolonialer und ökonomischer Ausbeutung zu befreien. Zur Demokratie trugen sie nicht bei. Nach der Zerschlagung des Sozialismus in Europa stieg die Zahl bewaffneter Konflikte und Kriege scharf an.

Auch demokratisch gewählte Regierungen begannen unter Führung der USA Kriege um neue Märkte und Rohstoffquellen. Die Öffentlichkeit wurde dabei durch plumpe Lügen und Manipulationen gelähmt. Friedensaktionen und Friedensaktivisten unterlagen der Diffamierung und strafrechtlicher Verfolgung. Mit Parolen vom „gerechten Krieg“ der Demokratien gegen das „Böse“ (bei geringen Opfern durch Präzisionswaffen) wird versucht, die katastrophalen Kriegsfolgen zu verharmlosen und die Kriegsbereitschaft von bürgerlichen Demokraten, Liberalen und Christen zu fördern. (...) Dem gilt es entschieden entgegenzuwirken. (...)

Joachim Wolf, Strausberg

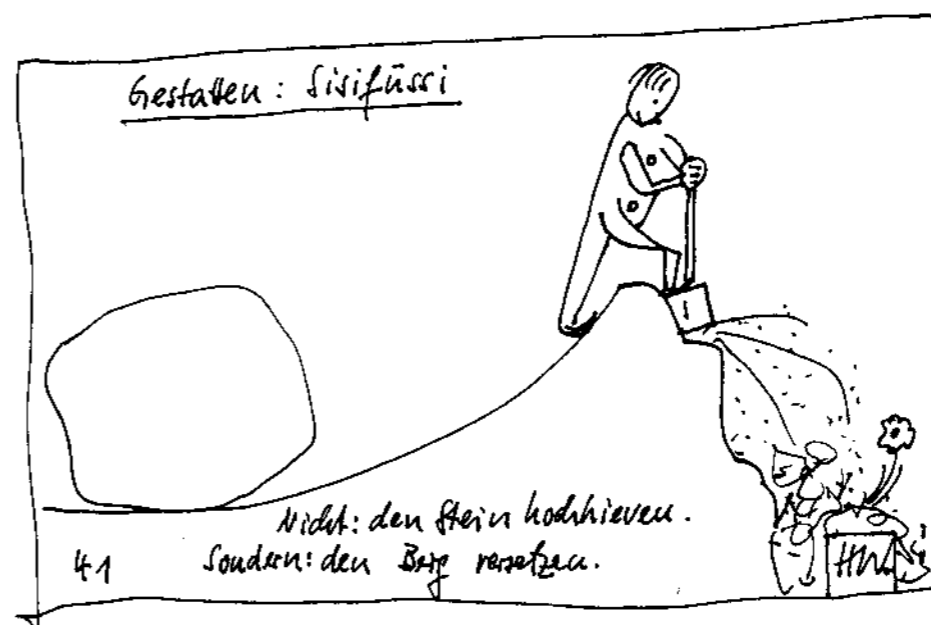
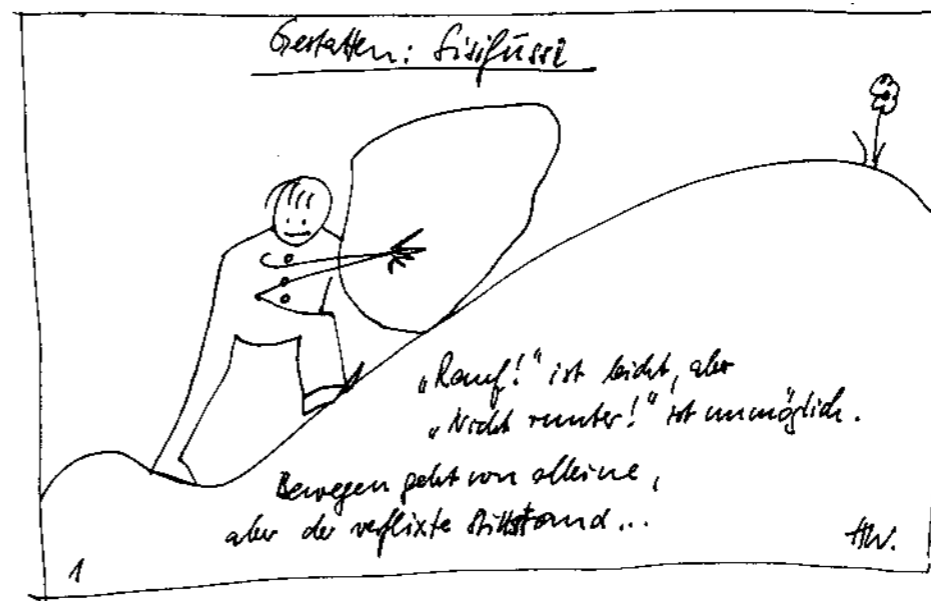
Ich habe auf dem Gebiet der Geschichte der Leiharbeit etwas gestöbert und einige wichtige Unterlagen zur Leihklaverei im Faschismus einsehen können. Das Ergebnis ist brisant. Vergleicht man die Regelungen für „deutsche Gefolgschaftsmitglieder“ während der Zeit des Faschismus mit dem, was den Herren Clement, Hartz und Konsorten als rechtlicher Rahmen vorschwebt, dann stellt sich heraus, daß – zumindest auf dem Papier – die Regelungen für die „deutsche Gefolgschaft“ großzügiger ausgelegt waren als die Bedingungen heute. Dies erklärt sich natürlich auch daraus, daß die Faschisten im Auftrag des Kapitals alles unternommen haben, um die „Belegschaften“ zu spalten: „deutsche Gefolgschaft“, „Zigeuner“, „Juden“, „Polen“, „Ostarbeiter“, „KZ-Häftlinge“. So sollte das Entstehen von Solidarität und Widerstand über die jeweilige Gruppe hinaus zumindest erschwert werden. Allerdings könnte man nun Herrn Clement fragen, wie die heute vom Kapital gesetzten Rahmenbedingungen und Absichten sind, die ihn veranlassen, Hitler in dieser Frage noch rechts zu überholen.

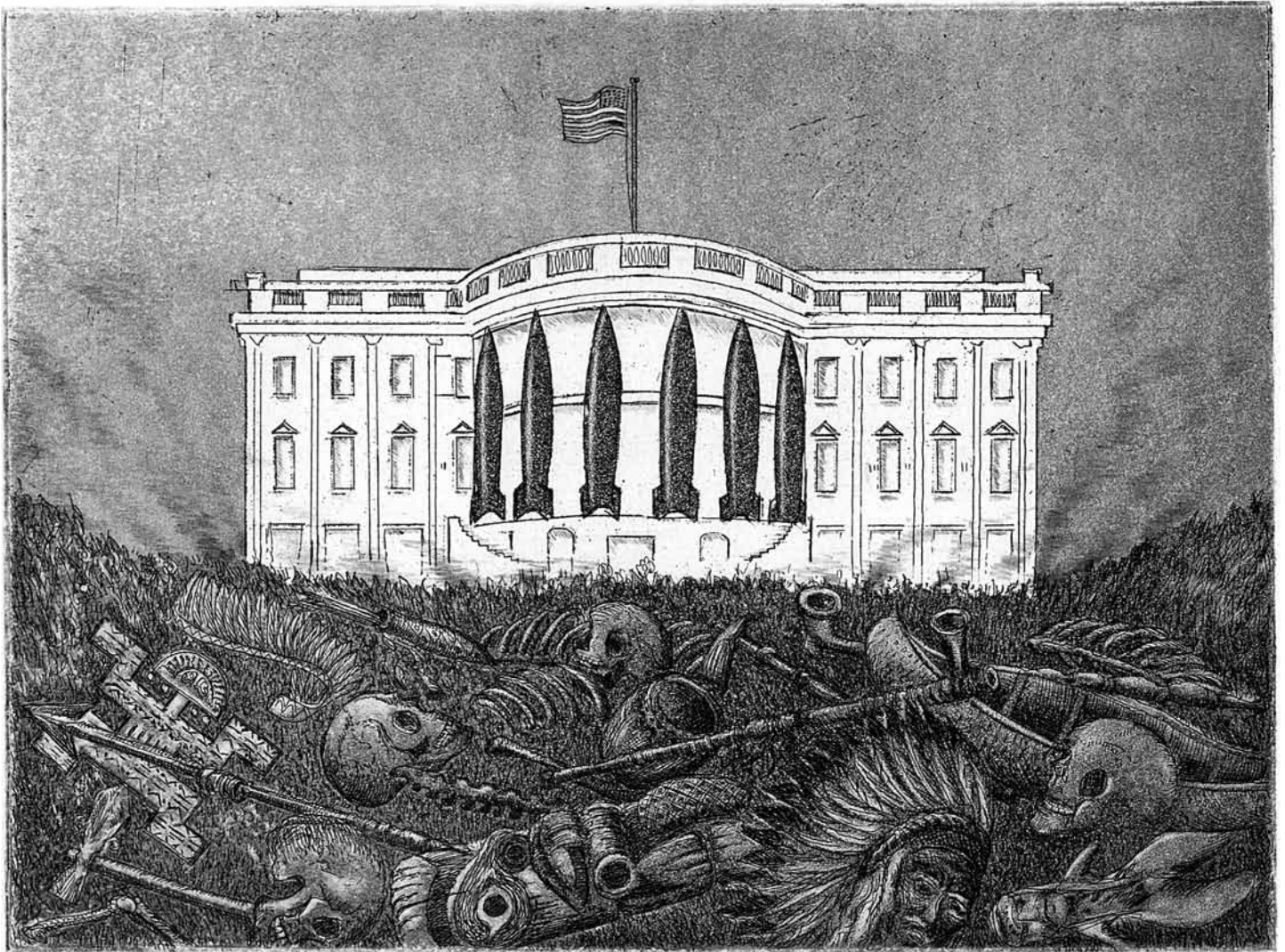
Gunnar R. Vogel, Ober-Ramstadt

Während einer erzwungenen Tätigkeit in einer wenig besuchten Bibliothek, in der ich viel Zeit hatte, um über die Sinnlosigkeit von 90 % all meines Tuns nachzudenken, dachte ich an die Sage von Sisyphos, der dazu verdammt war, einen Stein den Berg hochzuwuchten, ihn dann los- und wieder hinunterrollen zu lassen, ihn abermals hochzuwuchten usw. Ein Drehen im Kreise, das jeder Arbeitende kennt. Marx nennt es identische Reproduktion, ein unentbehrliches Glied der Produktion. Jede Hausfrau kennt solche Kreisläufe, die immer nur den alten Zustand wiederherstellen und nichts voranbringen. Sisyphos ist das Symbol dieser sinnlosen oder absurden Tätigkeit, gegen die man in der bürgerlichen Gesellschaft sehr schwer angehen kann.

Ich begann, aus Langeweile, einige Bilder zu malen und Texte – selbst verrückter Art – zu notieren. Ob das Lachen oder Lächeln über Absurdität diese verkleinern kann? Zeigen sich vielleicht in solchem Lächeln Momente einer neuen Gesellschaft, einer nicht sinnlosen oder doch weniger absurden? Können Sie so etwas – vielleicht auszugswiese – gebrauchen?

Dr. Horst Wiesemann, Lutherstadt Wittenberg





Fundament und Architektur einer Demokratie

Radierung: Klaus Parche

Am Freitag, dem **1. August 2003**, um 16.30 Uhr, trifft sich die Regionalgruppe Berlin des RF-Fördervereins mit Gästen und Interessenten in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205.

Der langjährige Staatssekretär für Körperkultur und Sport und Präsident des DDR-Fußballverbandes Prof. Dr. Günther Erbach spricht zu dem Thema

„Warum die DDR als Sportland in Verruf gebracht wird. Politik und Kommerz als Triebkräfte einer Verleumdungskampagne“

Stuhlgeld 1 Euro

Am **25. Juli 2003**
vollendet **Generalmajor a. D.**

Prof. Dr. Willi Opitz
Potsdam

sein 75. Lebensjahr.

Wir beglückwünschen den ehemaligen Rektor der MfS-Hochschule, der heute dem Sekretariat des ZK der KPD angehört, von ganzem Herzen zu seinem Ehrentag. Der „RotFuchs“ dankt ihm für seine treue Leserschaft und Verbundenheit mit unserer Zeitung.

*Wir machen bereits
jetzt darauf aufmerksam,*

daß am Sonnabend, dem **11. Oktober 2003**, die **2. Zentrale Mitgliederversammlung** des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. in Berlin stattfinden wird.

Den Bericht erstattet der Vorsitzende
Dr. sc. Gerhard Feldbauer.

Nach der Diskussion wird die Wahl der leitenden Organe des Vereins erfolgen.

Alle Genossinnen und Genossen, die zu diesem Zeitpunkt dem Verein angehören, besitzen Rede- und Stimmrecht.

Genauer wird in den nächsten Ausgaben mitgeteilt. Notiert bitte den Termin.

I M P R E S S U M

Gegründet im Februar 1998
als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost
der Deutschen Kommunistischen Partei

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
Tel. 030/561 3404, Fax 030/56493965
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle Post zu richten ist)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

E-Mail-Adresse: rotfuchs.berlin@t-online.de

Redaktionsschluß ist jeweils der **20.** des Monats.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Böhler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Bernd Fischer
Walter Florath
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 10050000), Konto-Nr. 220160759

Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Prof. Dr. Werner Roß
Rainer Rupp
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:
Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR

Internet-Redakteurin:
Iris Rudolph

Webmaster der Vereinsseite:
Dr. Hartwig Strohschein

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Sylvia Feldbinder
Bernd Koletzki